

Soldaten für den Frieden

**Frieden war und ist
unser Lebensinhalt**

Soldaten für den Frieden

Frieden war und ist unser Lebensinhalt

Eine gemeinsame Publikation

der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der
Zollverwaltung der DDR e.V.

und des

Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee
und der Grenztruppen der DDR

Berlin, im März 2017

Redaktionskommission:

Leitung: Prof. Dr. Horst Bischoff
Manfred Volland

Lektorat: Wolfgang Kroschel
Prof. Dr. Hans Fischer
Gerhard Matthes
Wolfgang Schmidt
Alfred Vogel
Heinz Wittek

Herausgeber:

Vorstand ISOR e.V.
Vorsitzender: Horst Parton
Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt
Tel. 030- 29784316
Fax: 030-29784316
E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Verband zur Pflege der Traditionen der NVA/GT der DDR
Vorsitzender: Theodor Hoffmann
Geschäftsführer: Gerhard Matthes
Tel. 03341-22488
E-Mail: gerhard.matthes@telta.de
Postfach 1109, 15331 Strausberg

Herstellung:

Druckerei Bunter Hund
Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin
info@buntherhund.com

Soldaten für den Frieden

Frieden war und ist unser Lebensinhalt

Inhalt

Vorwort	2	Deutschland braucht Frieden und keine Vorreiterrolle in Krisengebieten	49
Hoffmann, Theodor		Wolfgang Thonke	
Parton, Horst			
Soldaten für den Frieden	5	Soldat wollte ich eigentlich nicht werden	51
		Günter Voigt	
Was bewegte uns zu unserer Unterschrift?	7	„Leningrad“ mahnt	55
		Manfred Volland	
Frieden ist eines meiner höchsten Lebensideale	8	Im Kriege geboren, im Frieden gelebt	58
Heinz Keßler		Klaus Wiegand	
Zwei denkwürdige Ereignisse	10	40 Jahre in Uniform – aber für den Frieden	59
Frithjof Banisch		Heinrich Winkler	
Einige Bemerkungen zum Aufruf „Soldaten für den Frieden“	12	Für ein friedliches und selbstbestimmtes Europa	62
Herbert Bernig		Alois Zieris	
Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Friede kein Geschenk	14	Was sagen die Anderen?	67
Sebald Daum		Der Botschafter der Republik Kuba	68
Die Sicherung des Friedens ist heute aktueller denn je	16	René Juan Mujica Cantelar	
Egon Gleau		A. W. Terentjew (dt.)	69
Besinnung und Mahnung – 75 Jahre danach	19	A. W. Terentjew (russ.)	71
Manfred Grätz		Unsere Forderung: Friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu Russland	73
Wortmeldung zum Aufruf „Soldaten für den Frieden“ und zur Einschätzung der gegenwärtigen politischen Lage.	22	Hans Bauer	
Karl-Heinz Heß		Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch	74
Ein Leben für den Frieden	24	Klaus Blessing	
Raimund Kokott		Was ich heute hier zu sagen habe, verantworte ich ganz allein.	76
Eine Thüringer Meinung zum „Aufruf für den Frieden“	27	Erhard Eppler	
Siegfried Krebs		An die Unterzeichner des Aufrufs Soldaten für den Frieden	80
Mein Standpunkt, ich will gehört werden!	29	Dr. Heino Falcke, ev. Propst i.R.	
Lothar Matthäus		Was bleibt? Eine tiefe, unzerstörbare Freundschaft	81
Was mir die Feder bei der Unterzeichnung des Aufrufs „Soldaten für den Frieden“ führte	31	Dr. Rolf Funda	
Gerhard Müller		„Wir erleben eine geradezu lächerliche Kriegsrhetorik“	83
Meine Unterschrift unter den „Aufruf Soldaten für den Frieden“ – ein logischer Schritt meiner Biographie	33	Interview: Peter Wolter	
Friedemann Munkelt		„Die Leute werden sie mit Knüppeln davon jagen“	86
Warum wurde ich Soldat	35	Rainer Rupp	
Werner Murzynowski		Frieden ist ein hohes Gut –	89
Krieg und Frieden	38	Dieter Skiba	
Horst Nörenberg		Nichts ist vergessen	92
Meine Verantwortung für den Frieden	40	Karl-Heinz Schmalfuß	
Wolfgang Steger		Gute Nachbarschaft und friedlicher Handel	96
Meine Stellungnahme zum Aufruf „Soldaten für den Frieden“	42	Willy Wimmer	
Fritz Streletz		„Ächten Sie die Kampfdrohnen“	97
Warum ich mich dem Aufruf „Soldaten für den Frieden“ angeschlossen habe	44	Laura von Wimmersperg	
Otto Stüllein		Das friedensfähige Deutschland muss erst wiederentdeckt werden	99
Warum ich Soldat wurde – und geblieben bin	46	Unentdecktes Land e.V.	
Horst Sylla		Auszug aus der Rede für den Frieden	
		Bertolt Brecht	

Vorwort

Vor etwa zwei Jahren, kurz vor dem 70. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, wandten sich als Erstunterzeichner 94 ehemalige Generale und Admirale sowie weitere Offiziere der Nationalen Volksarmee mit dem Aufruf „Soldaten für den Frieden“ an die Öffentlichkeit. In der Militärgeschichte wohl einmalig, äußerte sich nahezu vollständig und einmütig die ehemalige Militärführung eines Landes in Sorge um die Erhaltung des Friedens und den Fortbestand der Zivilisation. Dem Aufruf haben sich viele Tausende ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe der DDR aller Dienstgradgruppen angeschlossen.

Die Unterzeichner des Aufrufs sind besorgt, dass der Krieg mit Beteiligung der Großmächte und der NATO wieder zum ständigen Begleiter der Menschheit geworden ist. Deshalb werden die Unterzeichner sich nicht ins geruhsame Veteranendasein zurückziehen, sondern gerade jetzt ihre Verantwortung für die Verhinderung eines neuen Krieges und für einen dauerhaften Frieden einsetzen.

Der Aufruf fand in Deutschland und international starke Beachtung. Davon zeugen die vielen Zuschriften, die die Autoren von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, darunter Politiker, Wissenschaftler, Vertreter der Kirche und Militärs, sowie aus dem Ausland erhielten. Einige dieser Stellungnahmen haben wir dokumentiert. Sie zeigen eindrucksvoll, dass sie die Sorgen der Unterzeichner des Aufrufs teilen.

Die Mahnungen des Aufrufes „Soldaten für den Frieden“ haben in der jüngsten Zeit noch an Aktualität gewonnen. Seit dem Ende des Kalten Krieges war der Frieden in Europa und in der Welt noch nie so akut bedroht, wie in der Gegenwart. Verantwortungslos wird über die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges schwadroniert. Mit der demagogischen Begründung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen müsse, wird eine Verdoppelung der deutschen Rüstungsausgaben anvisiert und eine Ausweitung deutscher militärischer Missionen im Ausland vorbereitet.

Die militärischen Fähigkeiten der Bundeswehr sollen auf die mit der Digitalisierung eröffneten neuen Felder der Kriegsführung erweitert werden. Statt die US-amerikanischen Atomwaffen endlich aus Deutschland abzuziehen, werden diese modernisiert. Von deutschem Boden aus wird der verbrecherische Drohnenkrieg der USA gesteuert bzw. logistisch unterstützt. Der Kampf der USA und ihrer Verbündeten um die Neuordnung der Welt ist noch nicht beendet. Vornehmlich geht es darum, Russland als Großmacht und seinen Einfluss auf die Weltpolitik auszuschalten.

Gegenwärtig richten die Westmächte den Hauptstoß gegen Russland. Angeblich droht aus Russland die Hauptgefahr für den Frieden. Anders als die USA und ihre Verbündeten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, hat Russland kein anderes Land bedroht oder überfallen bzw. durch Militärstützpunkte eingekreist. Unaufhörlich werden gegen Russland gerichtete Feindbilder propagiert, Wirtschaftskrieg geführt und Hochrüstung betrieben. Die NATO ist entgegen allen Versprechungen des Jahres 1990 bis an die Grenzen Russlands vorgerückt.

In diesem Zusammenhang ist die Verlegung der 3. Brigade der 4. US-Infanteriedivision nach Polen und in baltische Staaten eine erneute und zielgerichtete Provokation. Offensichtlich ist Russland das neue alte Feindbild, denn auch der auf der NATO-Ratstagung von Warschau beschlossene forcierte Aufbau des Raketenabwehrsystems in Europa ohne die angebotene Beteiligung Russlands führen zu Gegenmaßnahmen und zu einer neuen Spirale des Wettrüstens.

Das trifft auch für die nach der Beratung der Regierungschefs der EU-Staaten am 16. September 2016 in Bratislava angekündigten Schritte für eine Armee der EU und die Schaffung eines Hauptquartiers zu. Damit soll angeblich die Verteidigungskraft der EU gestärkt werden. Die EU wird militärisch nicht bedroht. Sie gehört zum stärksten Militärbündnis der Welt, das andere bedroht und deren Mitglieder, darunter die Bundesrepublik Deutschland, an allen durch die USA geführten Kriegen beteiligt waren. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein einflussreicher Staat und bestimmt, gemeinsam mit Frankreich, gewiss nicht immer zur Freude der anderen EU-Mitglieder, die Leitlinien der Politik der EU.

Dabei trägt sie nicht gerade zur Entspannung bei. Davon zeugt der Inhalt des von der Bundesregierung herausgegebenen Weißbuches zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr.

Auch im Weißbuch wird unter allen Bedrohungen die Gefahr, die von Russland ausgeht, als die größte charakterisiert.

Die Probleme, vor der die Welt heute steht, können nicht gegeneinander, sondern nur miteinander gelöst und keines davon ohne die Großmacht Russland entschieden werden. Krieg ist auf jeden Fall ein untaugliches Mittel zur Bewältigung jedweder Probleme.

Die Erfahrungen der Geschichte zeigen, dass Sicherheit nicht in Konfrontation, sondern nur gemeinsam erreicht werden kann. Ein Zeugnis dafür sind die guten Ansätze, die es Ende der achtziger Jahre und im Jahr 1990 gab. Erinnerung sei an die Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen 1985 in Stockholm, die Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über die neue Militärdoktrin 1987, das Abkommen der USA und der UdSSR über die Vernichtung der Mittelstreckenraketen sowie die Wiener Verhandlungen über die Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa und den Vergleich der Militärdoktrinen. Hoffnung erweckte die Charta von Paris, welche durch die Regierungschefs der KSZE-Staaten am 21. November 1990 verabschiedet wurde. Dort heißt es u.a.:

„Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung gründen werden. Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrelang gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker erfüllen.“

Die Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Nach der Auflösung des Warschauer Vertrages und dem Zerfall der Sowjetunion wurde der Einsatz militärischer Gewalt wieder verstärkt als Mittel der Politik von den USA und ihren Verbündeten angewandt.

Beispiele dafür sind die beiden Kriege gegen den Irak sowie die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und Libyen. Die Bundesrepublik war an allen diesen Kriegen beteiligt oder stellte Basen für die Kriegsteilnehmer zur Verfügung. In keinem der Kriege wurden die verkündeten Ziele erreicht. Dagegen wurden ganze Regionen destabilisiert und in Chaos gestürzt. Gegenwärtig bewegt uns besonders der Krieg in bzw. gegen Syrien. Er ist eine Folge des von den westlichen Geheimdiensten inszenierten arabischen Frühlings, in dem es um die Erreichung geostrategischer Ziele ging – um die Beherrschung des Mittelmeeres. Hier prallen die Interessen der Großmächte frontal aufeinander. Was auch in der Unterstützung sich feindlich gegenüberstehender Gruppierungen seinen Ausdruck findet.

Die USA und ihre Verbündeten führen Krieg unter Verletzung der Souveränität Syriens. Eine Lösung des Konfliktes kann durch die Fortsetzung des Krieges nicht erreicht werden. Notwendig ist eine Verhandlungslösung, die alle am Krieg beteiligten Seiten einbezieht. Es muss alles getan werden, damit die Visionen der Charta von Paris erfüllt werden. Anstatt Feindbilder zu verbreiten, sollte ein Sicherheitssystem geschaffen werden, das alle einbezieht und ihnen gleiche Sicherheit gewährt. Mit unserer Friedenspublikation stellen wir vor, aus welchen Motiven sich die Unterzeichner dem Aufruf „Soldaten für den Frieden“ angeschlossen haben, was sie bewegt hat, sich heute mit mahnenden Worten an die Öffentlichkeit zu wenden.

Daraus ergibt sich das Bild einer Armee, die sich völlig zurecht als Volksarmee bezeichnete. Als Repräsentanten dieser Armee äußern sich Menschen, denen es nicht in die Wiege gelegt war, eine militärische Laufbahn einzuschlagen. Sie entstammen keiner reaktionären Offizierskaste, sondern sind in einfachen Verhältnissen aufgewachsen. Sie sind eng mit dem Denken und Fühlen des Volkes verbunden, jener einfachen Menschen, die immer nur die Opfer und Leidtragenden der von den Herrschenden angezettelten verbrecherischen Kriege waren. Nicht wenige von ihnen haben noch eigene Erinnerungen an den verheerenden II. Weltkrieg und dessen schmerzliche Folgen. Sie haben den Wunsch „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ tief verinnerlicht.

Das bestimmte auch ihre Entscheidung, angesichts der Remilitarisierung der Bundesrepublik und der Bedrohungen des Friedens durch die NATO, Soldaten und Offiziere der Nationalen Volksarmee der DDR zu werden. Freiwillig und aus politischer Überzeugung haben sie die hohen Belastungen dieses Dienstes auf sich genommen, haben sie sich an Offiziersschulen und Militärakademien für ihren Beruf qualifiziert und vielfache Wohnungswechsel und oft lange Trennungen von ihren Familien auf sich genommen.

Als Angehörige einer Armee des Warschauer Vertrages haben sie die Waffenbrüderschaft mit den befreundeten sozialistischen Armeen erlebt und gestaltet und im besonderen Maße die

Freundschaft zur Sowjetarmee und zur Sowjetunion erfahren. Nicht wenige haben während ihrer oft jahrelangen Ausbildung in der Sowjetunion persönliche Freundschaften geschlossen und Bürger der einstigen Sowjetunion, darunter viele Russen, schätzen und verstehen gelernt. Das war angesichts der Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, der vielen Toten und tiefen Wunden des opferreichen Kampfes zur Niederringung des deutschen Faschismus keinesfalls eine Selbstverständlichkeit.

Vor diesem biografischen Hintergrund wird verständlich, welche Empfindungen ausgelöst werden, wenn heute schon wieder deutsche Panzer vor St. Petersburg, dem ehemaligen Leningrad stationiert sind, jener leidgeprüften Stadt, die jahrelang einer deutschen Blockade widerstand und eine Million Tote zu beklagen hatte. Die Nationale Volksarmee war die einzige deutsche Armee, die keinen Krieg geführt hat. Bis 1990 traf das auch auf die Bundeswehr zu.

Die Nationale Volksarmee war eine Friedensarmee und hat ihre humanistische Doktrin auch unter Beweis gestellt, als sie – wie die anderen Sicherheitsorgane der DDR auch - zum friedlichen Verlauf der Ereignisse von 1989/1990 beigetragen hat. Mit dem Aufruf „Soldaten für den Frieden“ melden sich also Unterzeichner zu Wort, denen die Erhaltung des Friedens Herzenssache war und ist und die zudem als Militärs klare und konkrete Kenntnisse von der Vernichtungskraft der modernen Waffensysteme haben.

Ihre Mahnungen sollten ernst genommen werden, auch in Erinnerung an jene Feststellung Albert Einsteins: „Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen.“



Theodor Hoffmann

Für den Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR



Horst Patron

Für die Initiatiogemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR e.V.)

Hoffmann, Theodor

Jahrgang 1935 Landarbeiter
Diplom Militärwissenschaftler
Seekriegsakademie/UdSSR
Admiral a. D.
Minister für Nationale Verteidigung/
Chef der NVA

Vorsitzender des Verbandes zur
Pflege der Traditionen der NVA
Und der Grenztruppen der DDR

Parton, Horst

Diplom-Gesellschaftswissenschaftler
Volkspolizei – Rat a. D.

Vorsitzender der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger der
bewaffneten Organe und der
Zollverwaltung der DDR

Soldaten für den Frieden

Als Militärs, die in der DDR in verantwortungsvollen Funktionen tätig waren, wenden wir uns in großer Sorge um die Erhaltung des Friedens und den Fortbestand der Zivilisation in Europa an die deutsche Öffentlichkeit.

In den Jahren des Kalten Krieges, in denen wir eine lange Periode der Militarisierung und Konfrontation unter der Schwelle eines offenen Konflikts erlebten, haben wir unser militärisches Wissen und Können für die Erhaltung des Friedens und den Schutz unseres sozialistischen Staates DDR eingesetzt. Die Nationale Volksarmee war keinen einzigen Tag an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt, und sie hat bei den Ereignissen 1989/90 maßgeblich dafür gesorgt, dass keine Waffen zum Einsatz kamen. Frieden war immer die wichtigste Maxime unseres Handelns. Deshalb sind wir entschieden dagegen, dass der militärische Faktor erneut zum bestimmenden Instrument der Politik wird. Es ist eine gesicherte Erfahrung, dass die brennenden Fragen unserer Zeit mit militärischen Mitteln nicht zu lösen sind. Es sei hier daran erinnert, dass die Sowjetarmee im II. Weltkrieg die Hauptlast bei der Niederschlagung des Faschismus getragen hat. Allein 27 Millionen Bürger der Sowjetunion gaben ihr Leben für diesen historischen Sieg. Ihnen, wie auch den Alliierten, gilt am 70. Jahrestag der Befreiung unser Dank.

Jetzt konstatieren wir, dass der Krieg wieder zum ständigen Begleiter der Menschheit geworden ist. Die von den USA und ihren Verbündeten betriebene Neuordnung der Welt hat in den letzten Jahren zu Kriegen in Jugoslawien und Afghanistan, im Irak, Jemen und Sudan, in Libyen und Somalia geführt. Fast zwei Millionen Menschen wurden Opfer dieser Kriege, und Millionen sind auf der Flucht.

Nun hat das Kriegsgeschehen wiederum Europa erreicht. Offensichtlich zielt die Strategie der USA darauf ab, Russland als Konkurrenten auszuschalten und die Europäische Union zu schwächen. In den letzten Jahren ist die NATO immer näher an die Grenzen Russlands herangerückt. Mit dem Versuch, die Ukraine in die EU und in die NATO aufzunehmen, sollte der Cordon sanitaire von den baltischen Staaten bis zum Schwarzen Meer geschlossen werden, um Russland vom restlichen Europa zu isolieren. Nach amerikanischem Kalkül wäre dann auch eine deutsch-russische Verbindung erschwert oder verhindert.

Um die Öffentlichkeit in diesem Sinne zu beeinflussen, findet eine beispiellose Medienkampagne statt, in der unverbesserliche Politiker und korrumpierte Journalisten die Kriegstrommeln rühren. In dieser aufgeheizten Atmosphäre sollte die Bundesrepublik Deutschland eine den Frieden fördernde Rolle spielen. Das gebieten sowohl ihre geopolitische Lage als auch die geschichtlichen Erfahrungen Deutschlands und die objektiven Interessen seiner Menschen. Dem widersprechen die Forderungen des Bundespräsidenten nach mehr militärischer Verantwortung und die in den Medien geschürte Kriegshysterie und Russenphobie.

Die forcierte Militarisierung Osteuropas ist kein Spiel mit dem Feuer – es ist ein Spiel mit dem Krieg! Im Wissen um die zerstörerischen Kräfte moderner Kriege und in Wahrnehmung unserer Verantwortung als Staatsbürger sagen wir in aller Deutlichkeit: Hier beginnt bereits ein Verbrechen an der Menschheit. Sind die vielen Toten des II. Weltkrieges, die riesigen Zerstörungen in ganz Europa, die Flüchtlingsströme und das unendliche Leid der Menschen schon wieder vergessen? Haben die jüngsten Kriege der USA und der NATO nicht bereits genug Elend gebracht und viele Menschenleben gefordert?

Begreift man nicht, was eine militärische Auseinandersetzung auf dem dichtbesiedelten europäischen Kontinent bedeuten würde?

Hunderte Kampfflugzeuge und bewaffnete Drohnen, bestückt mit Bomben und Raketen, Tausende Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, Artilleriesysteme kämen zum Einsatz. In der Nord- und Ostsee, im Schwarzen Meer träfen modernste Kampfschiffe aufeinander und im Hintergrund ständen die Atomwaffen in Bereitschaft. Die Grenzen zwischen Front und Hinterland würden sich verwischen. Millionen Mütter und Kinder würden um ihre Männer, um ihre Väter und Brüder weinen. Millionen Opfer wären die Folge. Aus Europa würde eine zerstörte Wüstenlandschaft werden.

Darf es soweit kommen? Nein und nochmals Nein!

Deshalb wenden wir uns an die deutsche Öffentlichkeit: Ein solches Szenario muss verhindert werden. Wir brauchen keine Kriegsrhetorik, sondern Friedenspolemik.

- Wir brauchen keine Auslandseinsätze der Bundeswehr und auch keine Armee der Europäischen Union.
- Wir brauchen nicht mehr Mittel für militärische Zwecke, sondern mehr Mittel für humanitäre und soziale Erfordernisse.
- Wir brauchen keine Kriegshetze gegen Russland, sondern mehr gegenseitiges Verständnis und ein friedliches Neben- und Miteinander.
- Wir brauchen keine militärische Abhängigkeit von den USA, sondern die Eigenverantwortung für den Frieden. Statt einer „Schnellen Eingreiftruppe der NATO“ an den Ostgrenzen brauchen wir mehr Tourismus, Jugendaustausch und Friedenstreffen mit unseren östlichen Nachbarn.
- Wir brauchen ein friedliches Deutschland in einem friedlichen Europa.

Mögen sich unsere Kinder, Enkel und Urenkel in diesem Sinne an unsere Generation erinnern.

**Weil wir sehr gut wissen, was Krieg bedeutet, erheben wir unsere Stimme
gegen den Krieg, für den Frieden.**

Unterzeichner

Armeegeneral a.D. Heinz Keßler

Admiral a.D. Theodor Hoffmann

Die **Generaloberste a.D.** Horst Stechbarth; Fritz Streletz; Fritz Peter

Die **Generalleutnante a.D.** Klaus Baarß; Ulrich Bethmann; Max Butzlaff; Manfred Gehmert; Manfred Grätz; Wolfgang Kaiser; Gerhard Kunze; Gerhard Link; Wolfgang Neidhardt; Walter Paduch; Werner Rothe; Artur Seefeldt; Horst Skerra; Wolfgang Steger; Horst Sylla; Ehrenfried Ullmann; Alfred Vogel; Manfred Volland; Horst Zander

Vizeadmiral a.D. Hans Hofmann

Die **Generalmajore a.D.** Olivier Anders; Heinz Bilan; Bernhard Beyer; Günter Brodowsky; Kurt Brunner; Heinz Calvelage; Sebald Daum; Willi Dörnbrack; Alfred Dziewulski; Johannes Fritz-sche; Egon Gleau; Otto Gereit; Roland Großer; Peter Herrich; Karl-Heinz Hess; Günter Hiemann; Lothar Hübner; Siegmund Jähn; Günter Jahr; Manfred Jonischkies; Günter Kaekow; Johannes Kaden; Helmut Klabunde; Klaus Klenner; Raimund Kokott; Kurt Kronig; Manfred Lange; Bernd Leistner; Hans Leopold; Klaus Listemann; Heinz Lipski; Hans Georg Löffler;

Rudi Mädler; Manfred Merkel; Günter Möckel; Dieter Nagler; Johannes Oreschko; Rolf Pitschel; Hans Christian Reiche; Fritz Rothe; Günter Sarge; Dieter Schmidt; Horst Schmieder; Gerhard Schönherr; Gerhard Seifert; Kurt Sommer; Erich Stach; Manfred Thieme; Wolfgang Thonke; Henry Thunemann; Walter Tzschoppe; Günter Voigt; Gerd Weber; Dieter Wendt; Klaus Wiegand; Heinrich Winkler; Heinz-Günther Wittek; Erich Wöllner; Werner Zaroba; Manfred Zeh; Alois Zieris

Die **Konteradmirale a.D.** Herbert Bernig; Eberhard Griebach; Hans Heß; Werner Henniger; Klaus Kahnt; Werner Kotte; Helmut Milzow; Gerhard Müller; Joachim Münch

Namens einer großen Anzahl von **Obersten und Kapitänen zur See a.D.** Volker Bednara; Frithjof Banisch; Bernd Biedermann; Karl Dlugosch; Thomas Förster; Günter Gnauck; Günter Leo; Friedemann Munkelt; Werner Murzynowski; Gerhard Matthes; Lothar Matthäus; Friedrich Peters; Helmut Schmidt; Fritz Schneider; Heinz Schubert, Helmar Tietze; Wilfried Wernecke; Rolf Zander; OSL a.D. Günter Ganßauge

Weitere Angehörige der NVA aus den Reihen der Offiziere, Fähnriche, Unteroffiziere und Soldaten bekunden ihre Zustimmung.

Was bewegte uns zu unserer Unterschrift?

DDR-Militärs äußern sich

Frieden ist eines meiner höchsten Lebensideale

Heinz Keßler

Jahrgang 1920, Maschinenschlosser

Diplom Militärwissenschaftler, Militärakademie/UdSSR

Armeegeneral Minister für Nationale Verteidigung

Ich kann mich gut erinnern und möchte noch einmal wiederholen, was ich vor 37 Jahren in einem Interview zum 40. Jahrestag der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges geäußert habe:

„Ich war schon vor meiner Einberufung im Ergebnis der mir zuteilgewordenen Erziehung antifaschistisch eingestellt, und für jeden Antifaschisten, ihnen voran die Kommunisten, gehört der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gehört die Verteidigung des ersten sozialistischen Staates der Erde und damit des Friedens zu den unerschütterlichen Maximen seines Lebens“. Damit will ich unterstreichen, wer sich zu sozialistischen Idealen bekennt muss sich auch leidenschaftlich für den Frieden einsetzen.

Als ich in den Krieg ziehen musste, gab mir meine Mutter mit auf den gefährvollen Weg: „Junge, schieße nie auf sowjetische Soldaten, das sind unsere Freunde. Die Sowjets wollen keinen Krieg. Die Sowjets brauchen Frieden, um ihr gewaltiges Land umzugestalten“.

Das war einer der Gründe, warum ich gleich zu Beginn des Krieges, beim ersten Aufklärungseinsatz, zur Sowjetarmee übergelaufen bin. Das faschistische Deutschland hat mein Überlaufen zur Sowjetarmee hart bestraft, aber meine Mutter, und das war mir wichtig, war stolz auf ihren Sohn, der ihre Hinweise berücksichtigt hat. Die Faschisten rächten sich an ihr und sperrte sie in das KZ Ravensbrück ein. Wer mich kennt, weiß, dass ich auch im hohen Alter diesen Idealen treu geblieben bin.

Ich weiß sehr gut was Krieg bedeutet. Ich habe ihn persönlich in aller Härte erlebt. Die Menschheit darf nie vergessen, was der Zweite Weltkrieg an Opfern gefordert hat. Der grausamste, schlimmste und schwerste aller Kriege seit Menschengedenken hat insgesamt 55 bis 60 Millionen Menschenleben gefordert. Das Elend, welches dieser Krieg hinterlassen hatte, ist kaum in Worte zu fassen und wird ewig in den Memoiren der Völker einen Platz des Gedenkens einnehmen. Unermesslich sind allein die Opfer, die die Sowjetunion für die Befreiung der Menschheit erbracht hat. Man spricht von 27 Millionen Sowjetbürgern, die im Zweiten Weltkrieg an der Front und im Hinterland ihr Leben gelassen haben.

In der Sowjetunion wurden mehr als 1700 Städte, 70 000 Dörfer und über 6 Millionen Gebäude zerstört. Auch Deutschland hatte Millionen Tote zu beklagen. Sechs Millionen Juden, Zehntausende deutsche Kommunisten, Sozialdemokraten, Tausende Sinti und Roma, sowie andere Gegner des Faschismus wurden ermordet.

In meiner Diskussionsrede auf der Gründungskonferenz des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in Krasnogorsk am 12./13. Juli 1943 habe ich leidenschaftlich vor allen im Interesse der deutschen Jugend appelliert: „Wir wollen ein Deutschland, wo die Voraussetzung geschaffen ist, dass es nie wieder einen solchen Krieg gibt.“ Der Sieg der Sowjetarmee, im Bündnis mit den Alliierten war eine welthistorische Befreiungstat und eine gute Voraussetzung dafür. Als nach 1945 deutsche Kommunisten, Sozialdemokraten, viele Christen und einfache Bürger, in Anbetracht des unsagbaren Leides und der menschlichen und materiellen Opfer schworen: Niemals wieder Krieg und Faschismus, war das mit der Hoffnung verbunden, dass Deutschland die richtigen Lehren für die Zukunft ziehen wird.

Der Pulverdampf war noch nicht verzogen, da begann man im Westen des Landes im engen Zusammenwirken mit den USA mit der Wiederaufrüstung der BRD. Das konnten und durften wir nicht ohne entsprechende Gegenmaßnahmen zulassen. Wir mussten gemeinsam mit unseren Freunden, der Länder des Warschauer Vertrages, Maßnahmen treffen, um den Frieden zu verteidigen. Mein weiteres Leben war eng verbunden mit dem Aufbau und der Entwicklung der bewaffneten Kräfte der DDR. Jahrzehnte war ich als Stellvertreter und als Minister für Nationale Verteidigung der DDR tätig. Jahrzehnte habe ich Verantwortung in den Streitkräften der DDR dafür getragen, dass wir uns als wahre Volksarmee weder an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt noch unsere

Soldaten mit dieser Absicht ins Ausland geschickt haben. Wir haben Sozialismus und Frieden auch ohne Krieg erfolgreich verteidigt.

Ich habe Verantwortung für eine Armee getragen, die über eine hohe Gefechtsbereitschaft verfügte, in der militärisch hervorragend ausgebildete Soldaten dienten und die technisch mit modernsten Waffen ausgerüstet war. Freund und Feind mussten das neidlos anerkennen. Unsere NVA war eine Armee modernster Prägung, die während ihrer Existenz einen bedeutenden Beitrag dafür erbrachte, dass trotz des Kalten Krieges die Waffen in den Arsenalen verblieben und nicht zum Einsatz kamen. Damit haben die DDR und ihre Armee die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg mit aller Konsequenz verwirklicht: Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.

Selbst in den kritischen und auch für mich schmerzlichen Ereignissen des Jahres 1989/1990 waren unsere Weisungen eindeutig: Keinen Einsatz der Waffen zur Lösung der Konflikte, obwohl es sich eindeutig um konterrevolutionäre Umtriebe handelte.

Es ist einmalig in der deutschen Militärgeschichte, dass eine hochmoderne Armee ihre Mission in der Sicherung des Friedens sah und diese Mission ehrenhaft erfüllt hat. Wenn alle Politiker und militärisch Verantwortlichen in Europa gegenwärtig so handelten, brauchte die Menschheit keine Angst vor einem neuen Waffengang zu haben. Sehr viel Leid bliebe der Menschheit erspart. Damit kämen riesige Summen an Geld und materiellen Gütern den echten Existenz- und Lebenserfordernissen zugute.

Erst als die NVA 1990 liquidiert und der Warschauer Vertrag 1991 aufgelöst wurden, begann für Deutschland wieder eine Periode aktiver Kriegsbeteiligung und des militärischen Einsatzes deutscher Soldaten im Ausland. Vom Kosovo-Krieg angefangen, über den Krieg in Afghanistan, im Irak, im Nahen und Mittleren Osten: Deutschland war entweder direkt oder indirekt dabei. Die Forderung „Nie wieder Krieg“ wurde ersetzt durch „Dabei sein ist alles“, also aktive deutsche Beteiligung an fast allen kriegerischen Ereignissen in dieser Welt.

Gegenwärtig sind die Soldaten der Bundeswehr im Einsatz in: Afghanistan, Kosovo, Sudan, Libanon, Mali und Senegal, am Horn von Afrika, in Somalia, im Nahen Osten im Nordirak in der Türkei und damit direkt im Krieg gegen Syrien. Der schwarze deutsche Reichsadler auf schwarz-rot-goldenen Grund und das Eiserne Kreuz als Symbole deutscher Kriegspolitik begleiten die Soldaten der Bundeswehr bei ihren Kriegseinsätzen.

Unüberhörbar werden die Kriegstrommeln der NATO und allen voran der BRD gen Osten, gen Russland, geschlagen und die Gefahr „Aus dem Osten“ wird zum Schreckensgespenst erhoben. Das ist nicht neu. Das alles ordnet sich ein in die modernisierte Form des über 100 Jahre verbreiteten Antikommunismus in Deutschland. Das neue Weißbuch der Bundeswehr ist eindeutig ein Dokument der weiteren Militarisierung der BRD.

Um auf diese Gefahren aufmerksam zu machen und die Kriegspolemik durch Friedensdiskussionen zu ersetzen, um die permanente Hetze gegen Russland durch eine vertrauensvolle Atmosphäre des Humanismus und des Friedens zu ersetzen, haben über 100 Generale der NVA den Aufruf „Soldaten für den Frieden“ unterschrieben. Wir haben uns davon leiten lassen und können das als gut ausgebildete Militärwissenschaftler auch beurteilen und fordern:

Der Krieg darf nicht zur „Ultima Ratio“ der Politik werden, das würde auch zum Untergang des deutschen Volkes führen. Krieg bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Frieden kann es nur MIT und nicht GEGEN Russland geben.

Ich bin heute noch stolz auf meine Unterstellten, dass sie ein solch starker Friedenwille weiterhin eint, und sie das mit ihrer Unterschrift unter diesen Aufruf in aller Öffentlichkeit bekunden. Dieses Dokument „Soldaten für den Frieden“ ist einmalig in der deutschen Militärgeschichte und beweist: **die DDR und ihre NVA waren Bastionen des Friedens.**

Zwei denkwürdige Ereignisse

Frithjof Banisch

Jahrgang 1947, KFZ-Schlosser

Diplom-Militärwissenschaftler, Generalstabsakademie/UdSSR

Oberst

Stellvertreter des Chefs der Grenztruppen und Chef Grenzsicherung

Vor wenigen Wochen trafen sich an vielen Orten, vor allem in den neuen Bundesländern, Frauen und Männer aus innerer Verbundenheit zueinander und sie erinnerten sich an gemeinsame Erlebnisse im Verlaufe ihrer Dienstzeit. Die Gespräche drehten sich auch um die Familien, gemeinsame Freunde und Bekannte, die leider nicht unter uns weilen und auch um diejenigen, die beim letzten Treffen noch anwesend waren und bedingt durch ihr Alter und den angegriffenen Gesundheitszustand heute nicht mehr an solchen Treffen teilnehmen können.

Die, von denen hier die Rede sein soll, dienten oder arbeiteten viele Jahre in den Reihen der Grenzpolizei, der Deutschen Grenzpolizei und in den Grenztruppen der NVA der DDR, später in den Grenztruppen der DDR, um korrekt zu sein.

Die 70ste Wiederkehr des Tages der Bildung der Grenzsicherungskräfte am 1. Dezember 1946 ist ein würdiger und zugleich denkwürdiger Anlass für diese Treffen. Die Älteren kamen einst aus den unterschiedlichen sozialen Schichten und auch ihre ursprünglich erworbene Bildung konnte unterschiedlicher nicht sein, angesichts der Lebensumstände in ihrer Kindheit und Jugend vor dem Krieg. Das unmittelbare Erleben des Faschismus und des schlimmen Krieges, das Begreifen der ungeheuren Menschenverachtung, für viele der Verlust der Heimat, die materiellen, moralischen und geistig-kulturellen Folgen prägten Menschen dieser Generation in besonderer Weise.

Beim Eintritt in die Reihen der Deutschen Grenzpolizei spielten oft Motive des einfachen Broterwerbs eine verständliche Rolle. Und natürlich war da der Wunsch, gemeinsam mit anderen nun an einer guten Sache zu arbeiten. Es ging um die Stabilisierung einer im Entstehen begriffenen neuen Ordnung, auch an der Demarkationslinie zwischen östlichen und westlichen Besatzungszonen, später an der Staatsgrenze beim Aufbau antifaschistisch-demokratischer Gesellschaftsstrukturen, die bessere Lebensverhältnisse im Frieden und ohne Ausbeutung befördern. Heute sind noch erfreulich viele dieser Generation unter uns und sie haben damals ihre Erlebnisse, ihre Erfahrungen, das beim Schutz der Staatsgrenze erworbene Wissen und ihre Fertigkeiten an die Jüngeren weitergegeben.

Den etwas später Geborenen waren die unmittelbaren Schrecken des Krieges erspart geblieben. Dennoch waren ihnen die Folgen täglich gegenwärtig. Sie sahen die Zerstörungen in den Städten und vor allem an den Menschen mit ihren körperlichen Verstümmelungen und hörten ihren Erzählungen über das Erlebte und das böse Erbe danach. Sie wuchsen mit Flüchtlingskindern auf oder waren selbst Betroffene. Dieser Generation waren dann schon Möglichkeiten einer soliden Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zugänglich. Der Ruf: „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!“ war vielen Menschen dieser Generation der Nachkriegskinder ein gewichtiges Motiv, sich in eine menschlichere Gesellschaft einzubringen und dort auch als Grenzer Dienst an der Waffe zu leisten. Die Auseinandersetzung der Systeme hatte längst begonnen und Bestrebungen der UdSSR, Deutschland mit seiner Geschichte und der exponierten geostrategischen Lage aus dem Spannungsfeld heraus zu halten, sollten scheitern.

Die damals dort führenden Politiker und Militärs nutzten die territorialen Ergebnisse des letzten Weltkrieges und sicherte ihrem geschundenen Land folgerichtig den Einfluss mit dem über Allem stehenden Ziel, nie wieder die Folgen eines 22. Juni 1941 erleben zu müssen. Der denkwürdige Tag des deutschen Überfalls auf die Völker der UdSSR, dessen 75ste Wiederkehr in diesem Jahr begangen wurde, steht also mit unserem 70sten Jubiläum in einem direkten Zusammenhang.

Die Politik der USA nutzte die Chance eines eroberten Westeuropa als wirtschaftlichen Absatzmarkt der Zukunft für sich, und zugleich den kontinentalen Brückenkopf als Standbein ihrer Streitkräfte für zukünftige Auseinandersetzungen und einen idealen Stör- und Horchposten in Mittel- und Westeuropa. In diesem Widerspruch der Interessenlagen, mit all seinen oft und rasch

wechselnden Einflüssen, entstand in Folge des Krieges die territoriale Trennlinie mitten durch Deutschland. Nun bemühten sich Menschen der Vorkriegs-, der Kriegs- und frühen Nachkriegsgeneration im deutschen Osten, zunächst unter und mit sowjetischen Einheiten, um gesicherte Demarkationslinien und später, gemeinsam mit der ersten DDR-Generation als Grenzer, um eine zuverlässig geschützte Staatsgrenze im Interesse der Koalition und des Friedens in Europa. Das gelang 44 Jahre lang gemeinsam Dank der Frauen und Männern aus drei Generationen, insgesamt also ca. 500.000 Grenzern. Sie waren zugleich die militärische Vorhut und handelten ununterbrochen nach Raum und Zeit, gestützt auf die NVA, die GSSD und die anderen Kräfte des Zusammenwirkens und der Zusammenarbeit. Wir sollten das nicht vergessen.

Als es politischen Kräften in beiden bisher widerstreitenden Lagern auf europäischem Boden glückte, den Weltmachtambitionen der USA-Eliten neuen Raum zu gewähren und einstige Verbündete der UdSSR durch konterrevolutionäre Umbrüche zu demontieren, führten die Sprach- und Orientierungslosigkeit in der DDR-Politik zur chaotischen Öffnung der Grenzübergänge zu Berlin (West) und zur BRD. Vor den im Dienst befindlichen und voll bewaffneten Grenzern, ob am Brandenburger Tor, der grünen Grenze oder den Militärs in Führungsverantwortung, also vor all den als „Todes- und Mauerschützen“ mit ihrem „Schießbefehl“ Verleumdeten, stand eine Entscheidung ...

Es fiel kein Schuss! Später dann erübrigte sich eine Sicherung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin und der BRD, denn der Staat selbst erlebte eine feindliche Übernahme mit allen Konsequenzen, bis hin zur politischen Strafjustiz der Sieger, auch und besonders gegen DDR-Militärs und Grenzer aller Dienstgrade. Bereits wenige Monate nach dem Vollzug der deutschen Einheit und nach der Zerschlagung der stärksten antiimperialistischen Kräfte in der Weltarena, einst vereint im Warschauer Vertrag, entfesselte man mit deutscher Hilfe wieder Kriege im Interesse der grenzenlosen Freiheit des Kapitals, auch in Europa. Das nicht paktgebundene Land antiimperialistischer Orientierung, Jugoslawien, gibt es heute nicht mehr. Es wurde als erstes zerteilt, um darüber zu herrschen und sich dauerhaft einzunisten.

Weitere Staaten mit der gleichen politischen Grundorientierung der Paktfreiheit, wie der Irak, wurden mit erlogenen Kriegsanklägen Opfer der Supermacht und deren Verbündeter. So genannte bunte Revolutionen mussten über Grenzen getragen werden und ein „Arabischer Frühling“ sollte für Freiheit sorgen. Dafür stehen besonders deutlich die Ereignisse in Polen, später im Baltikum, dann in Serbien und Georgien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Syrien, in Staaten Afrikas, Lateinamerikas und aktuell die in der Ukraine.

Russophobie und Antikommunismus in mannigfaltigen Erscheinungsformen werden im Westen nach Kräften befördert, selbst gegen eigene Wirtschaftsinteressen. Deutsche Politiker vergehen sich aus Opportunismus und US-Hörigkeit am eigenen nationalen Interesse, an den Lehren der Vergangenheit, und auch an ihrem Wahlvolk. Das Phänomen „Internationaler Terrorismus“, der durch die Kriege, deren Folgen und die ungleiche Verteilung des Zugangs zu den Reichtümern dieser Erde gezüchtet wird, ist für die Leute zum sichtbaren Ersatzfeindbild geworden. Kriege und Not führen zu Fluchtbewegungen in bisher nicht gekanntem Umfang und erschüttern West- und Mitteleuropa nach Bankenkrise und Eurokrise wohl nicht ganz ungewollt.

Wir haben die 70ste Wiederkehr des Tages der Gründung der Grenzsicherungskräfte der SBZ und der DDR in würdiger Weise begangen. Zugleich erinnerten wir an das denkwürdige Datum, nämlich die 75ste Wiederkehr des 22. Juni 1941, das die Völker in weiten Teilen Osteuropas so eindrucksvoll begingen, denn die können den damals über sie gekommenen mörderischen Krieg nie vergessen. Auch deshalb war unser Grenzregime so wie es war. Wir lernten den Frieden wertschätzen, um den wir uns einst gemeinsam mit anderen Menschen als Grenzer erfolgreich bemüht haben. Gesicherte Grenzen bedeuteten für uns damals gesicherter Frieden in Europa.

Heute stehen NATO - Panzer an den Grenzen Russlands und der Aufruf „Soldaten für den Frieden“, den schon viele Grenzer unterschrieben haben, ist brennend aktuell, denn es sind Kinder und Enkel da, die Krieg und seine Folgen nie erleben sollten!

Einige Bemerkungen zum Aufruf „Soldaten für den Frieden“

Herbert Bernig

Jahrgang 1931, Maschinenschlosser

Diplom Militärwissenschaftler, Seekriegsakademie UdSSR

Konteradmiral, Chef Seehydrographischer Dienst

Als am 05. 05. 2015 in Berlin der Aufruf „Soldaten für den Frieden“ der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, war das für mich ein gutes Gefühl, nicht nur, weil ich diesen Aufruf selbst aus innerer Überzeugung mitunterzeichnet habe, sondern auch weil sich hier kompakt höchste und hohe ehemalige Generale, Admirale und Offiziere der NVA zur gegenwärtigen militär- und sicherheitspolitischen Lage auf unserem Kontinent und den sich daraus erwachsenden Gefahren, gemeinsam äußerten.

Der gesamte Aufruf ist meines Erachtens getragen von der zwingenden Logik: Der Ernstfall muss der Frieden sein.

Ich bin mir natürlich bewusst, dass dieser Aufruf der Öffentlichkeit zwar vorgestellt aber eine notwendige breitgefächerte Basis damit noch nicht erfasst wurde. Es war auch zu erwarten, dass Boulevardblätter und politische Widersacher mit Hohn, Spott und Angiffterei nicht sparen würden. Das sind wir zur Genüge gewohnt.

Sicher wäre es besser gewesen, wenn der Aufruf wirksamer gewesen wäre. Heißt das aber, dass er umsonst war? Nein und nochmals nein! Die Gefahrenlage im Sinne des Aufrufs ist gegenwärtig keinesfalls entspannter, sondern im Gegenteil noch ernster und komplizierter geworden.

Die Initiatoren und Unterzeichner des Aufrufs haben auf der Grundlage ihrer soliden militärfachlichen Kenntnisse und Erkenntnisse sowie ihres politischen Verantwortungsbewusstseins eine sehr reale und sachliche Einschätzung der Lage sowie ihre Folgerungen und Forderungen daraus abgeleitet. Diese Einschätzung ist ihnen auch nicht plötzlich oder kurzfristig in den Sinn gekommen, sondern sie basiert auf jahrelangen, beständigen Beobachtungen der sich immer mehr zuspitzenden Situation. Das kann ich auch aus persönlicher Erfahrung sagen.

So fand sich schon kurz nach dem Anschluss der DDR an die BRD, im Januar 1991 in Rostock eine kleine Gruppe von ehemaligen Offizieren der Volksmarine zusammen, um nach der völlig veränderten militärpolitischen Lage Gedanken auszutauschen, wie man unter diesen veränderten Bedingungen auch weiterhin das Ziel der Friedenserhaltung und –sicherung unterstützen könnte. Wir gründeten die Interessengemeinschaft „Entrüstung“ und empfanden uns dabei als kleiner Teil einer umfassenden Friedensbewegung. Bereits Ende August erhielt die IG eine Einladung des Arbeitskreises „Darmstädter Signal“, - eines Zusammenschlusses kritischer Soldaten der Bundeswehr, als Gast an ihrem Arbeitstreffen Ende August in Buchenwald teilzunehmen, die wir auch mit zwei Mitgliedern der IG wahrnahmen. Seit dieser Zeit besuchten und besuchen wir heute noch die Mehrzahl der Treffen dieses Arbeitskreises. Dabei sind wir nicht mehr Gäste, sondern bringen uns auch entsprechend ein.

Die IG „Entrüstung“ nahm auch an der Vorbereitung und Durchführung von Friedenskonferenzen teil und organisierte eine selbständig in Stralsund. Ebenso beteiligten wir uns an Protestkundgebungen, Mahnwachen und anderen Maßnahmen.

Ich bin überzeugt, dass es auch in anderen Regionen viele ähnliche Beispiele gibt, an denen ehemalige Soldaten der NVA teilnehmen und damit beweisen, dass ihr Streben und ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens keine „Tageslaune“ ist und mit welcher Sorge sie besonders die gegenwärtige Politik der NATO, der EU und auch der Bundesrepublik Deutschland verfolgen. Ich meine, es droht nicht nur ein neuer kalter Krieg, er ist schon da und eskaliert. Mag man auch die Fragen z. B. um die Krim und die Ostukraine, in Syrien, in Afrika und anderswo unterschiedlich einschätzen und bewerten, militärisch zu lösen sind diese komplexen

Probleme nicht. Waffen, Kampfmittel und anderes Kriegsgerät sind bekanntlich hochtechnisiert, automatisiert und digitalisiert, sodass ihr Einsatz in allen Sphären, ob zu Lande, auf See oder in der Luft, einschließlich im Kosmos, schwer kontrollierbar wird. Er kann also schnell aus dem Ruder laufen und damit zur Katastrophe führen!

Ich bin persönlich kein Pazifist und gestehe jedem Land das Recht zu, seine Grenzen zu schützen und zu verteidigen. Aber eben nur das! Die Tatsachen sprechen jedoch eine andere Sprache. Eine erhebliche Anzahl von Soldaten, Waffen und Kampfmittel werden unter dem Deckmantel des Beistandes für Verbündete auf fremden Territorien stationiert und durch umfassende Manöver auf ihren schnellen Einsatz trainiert. Ist das keine Eskalation der Gefahr? Dabei versucht man, anderen Staaten das Recht auf Verteidigung abzusprechen. Wie soll sich z.B. Russland fühlen und verhalten, wenn die Schlinge um den Hals durch die NATO immer enger gezogen wird? Glauben die Politiker und Generale der NATO ernsthaft, das russische Volk und die russischen Militärs hätten den 22.Juli 1941 vergessen? Ich will damit Besorgnisse von bestimmten Anrainerstaaten keineswegs beiseiteschieben. Ich meine aber, dass diese Probleme prinzipiell nur politisch gelöst werden können und es ist höchste Zeit, das durchzusetzen.

Insofern ist die Gültigkeit aller Feststellungen und Forderungen im Aufruf „Soldaten für den Frieden“ weiterhin äußerst aktuell!

Ich würde jeden Satz heute noch einmal unterschreiben. Wir sollten alles tun, damit die Gedanken unseres Aufrufs eine breitere Öffentlichkeit erfährt und wirksamer in der Politik Einfluss gewinnt. Der Frieden ist wieder ernsthaft in Gefahr!

Aber: **Der Ernstfall muss der Frieden sein.**

Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Friede kein Geschenk

Sebald Daum

Jahrgang 1934, Bäcker

Diplom Militärwissenschaftler Generalstabsakademie/UdSSR

Generalmajor, Stellvertreter des Chefs des Militärbezirks und Chef für Ausbildung

Als ich den Aufruf „Soldaten für den Frieden“ unterzeichnete, tat ich es in dem Bewusstsein und der Erkenntnis, dass die Gefahr eines Krieges, auch in Europa, wieder zu einer Realität geworden ist und ich das nicht so einfach hinnehmen will und kann.

Meine Lebenserfahrung, mein Wissen als Soldat und die Erkenntnisse über die Grausamkeiten von Kriegen, sowie meine Erlebnisse als Kind und Jugendlicher im Krieg und danach mit seinen Folgen, ließen mich unruhig werden durch die erneute Kriegspolitik der USA, der EU, der NATO und insbesondere durch das größer gewordene Deutschland, das, nach den Worten ihres Bundespräsidenten, wieder mehr „Verantwortung übernehmen soll“. Gegenüber solch einer gefährlichen Politik kann und darf man nicht mehr tatenlos zusehen und schweigen.

Ich will deshalb nicht, wie vor mehr als 75 Jahren, zu der schweigenden Masse gehören, die dann, als das Elend und die Not über Deutschland kamen, erklärten, nichts gewusst zu haben. Die hinterher fragten: „Wie konnte es geschehen“ oder sagten: „Ja hätten wir das gewusst, ja dann...“ Da war es zu spät. Ich will nicht, unter Missbrauch des Wortes Frieden, wieder an eine Kriegsvorbereitung gewöhnt werden.

Ich habe als Kind und dann als Jugendlicher den Krieg und seine Folgen erlebt. Nach dem Krieg des faschistischen Deutschlands gegen Polen, wurden wir im Januar 1940, bei eisiger Kälte, mit meinen Eltern aus unserer Heimat Galizien ins sogenannte Reich „heim geholt“. Nach Transport, Treck und Lagerleben, kamen wir in den neu benannten „Warthegau“, der nun auf einmal deutsches Land war. Hier wurden wir auf einem polnischen Bauernhof angesiedelt, von dem der polnische Bauer vor unseren Augen durch die „SS“ von seinem Hofe, seinem Eigentum, vertrieben wurde. Das hat sich bei mir, auch durch die Darstellungen besonders meiner Mutter, die das nie verkraftet hat, stark eingeprägt. Als Sechsjähriger habe ich das sicher noch nicht so klar verstanden, aber später mir schon die Fragen gestellt, warum gibt es solch eine Ungerechtigkeit und wer gibt jemandem das Recht, so mit anderen Menschen zu verfahren.

Dann erlebte ich als Elfjähriger 1945 die Flucht vor der nahenden Front, wieder im Januar, bei eisiger Kälte, ohne den Vater, der als Soldat im Krieg verwundet, im Lazarett war. Auf dem Treck, habe ich viel Elend und Schreckliches erlebt und auch die Rücksichtslosigkeit der Wehrmacht beim Rückzug auf den gleichen Straßen, auf denen wir flohen. Und als wir dann endlich in einem kleinen Dorf im Mansfelder Gebirgskreis landeten, als Flüchtlinge, waren wir keinesfalls zu Beginn willkommen.

Diese Erlebnisse prägten sich bei mir fest ein. Als ich dann später Menschen kennenlernte, die die Grausamkeiten des Krieges, die sie erlebt hatten, mir schilderten, oder die im KZ im Widerstand gegen Hitler und seine Geldgeber, die fürchterlichen Jahre überlebten, verstand ich immer besser, was Kriege bedeuten, warum und wie sie entstehen und wem sie nützen.

Die Kriege sind nun mal nicht „Gottgewollt“, kein Gesetz der Natur, sondern werden durch eine Politik gewinnsüchtiger, die Welt beherrschen wollender Kapitalisten, angezettelt. Auch wenn ich als Jugendlicher bis zum 18. Lebensjahr nicht die Absicht hatte, den Soldatenberuf zu ergreifen, ich wollte Lehrer werden, so haben dann doch meine Kindheitserlebnisse und die Lebenserfahrungen der Älteren mich dazu gebracht, mehr zu tun gegen das schon wieder aufkommende Kriegsgeschrei und eine Kriegspolitik.

Ich wurde Soldat, um den Krieg zu verhindern. Das möge vermessen klingen, aber am Ende war es so. Ich wollte mit dazu beitragen, dass „Nie mehr eine Mutter ihren Sohn beweinen“ muss, dass nie mehr Kinder ohne Vater oder Mutter aufwachsen müssen, weil sie sie durch den Krieg verloren haben. Und ich wollte auch, dass nie mehr Menschen von ihrem Eigentum vertrieben und zu

Flüchtlingen werden. Und ich wollte, dass Gewalt und Wahn, Lügen und Hass sich nie wieder in den Köpfen von Menschen festsetzen.

Ich wollte, dass vom deutschen Boden nie wieder Krieg, sondern nur Frieden, ausgeht. Ich habe oft von meinen Eltern gehört, dass sie, vor allem aber meine Vorfahren, mit Polen, Ukrainer und Russen, mit Juden und Zigeunern, mit Menschen verschiedenen Glaubens, in ihrem Dorf in Galizien in Frieden miteinander auskamen, ohne Hass und Streit, als gute Nachbarn miteinander lebten.

Und ich hatte erlebt, welche Freundschaft mir russische Menschen in Stalingrad/Wolgograd, Leningrad, Sewastopol und Moskau entgegenbrachten, die sicher Grund genug gehabt hätten, mich zu hassen für das, was Deutsche ihnen und dem russischen Volk angetan hatten. Das Gegenteil war der Fall, ich wurde als Freund empfangen, als Freund ausgebildet und geachtet.

Ich wurde deshalb auch ein Freund des russischen Volkes und begriff:

Soll Friede in Europa sein, so nur mit Russland gemeinsam und niemals gegen die russische Nation und sein Volk.

Die Geschichte hat das mehr als einmal bestätigt und gerade für uns Deutsche als Lehre hinterlassen. Mir ist es unverständlich, dass deutsche Politiker das wieder nicht begreifen wollen.

Und nun muss ich wieder erleben, dass eine Kriegspolitik verstärkt auf der Tagesordnung der Herrschenden in den USA, der EU, der NATO und auch Deutschland steht. Dass sie durch Kriege in Jugoslawien, im Irak, in Afghanistan, in Libyen rechtmäßige Regierungen wegschossen, seit mehr als vier Jahren auch in Syrien, Chaos, Not, Elend schufen und Menschen wegen der Kriege wieder als Flüchtlinge ihre Heimat verlassen müssen.

Und auch in Europa ist Krieg. In der Ukraine, wo mit Waffen politische Probleme gelöst werden sollen. Aber auch das Heranrücken der NATO mit Truppen und immer gefährlicherem Kriegsgerät an die russischen Grenzen, wo deutsche Soldaten wieder in Litauen an der russischen Grenze, die Interessen des Kapitals verteidigen sollen, ist mehr als eine Provokation gegenüber dem russischen Volk und seiner Regierung, es ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer des Krieges.

Nun muss ich wieder erleben, wie ein Feindbild aufgebaut wird. Die Hetze gegen das russische Volk und seinen Präsidenten Putin nimmt schizophrene Züge an. An allem ist wieder der Russe schuld und ganz besonders sein Präsident, nur, weil Russland und Putin sich den amerikanischen Vorstellungen der Weltherrschaft widersetzen, weil Putin dem amerikanischen Prinzip, Politik durch Krieg zu ersetzen, nicht folgen will. Es gehört schon ein gehöriges Maß an Unverschämtheit dazu, die russischen Interessen und Sicherheitsbedenken nicht anerkennen zu wollen, aber seine eigenen als das Maß aller Dinge anzusehen, denen jeder sich zu unterwerfen hat.

Deshalb erhebe ich wieder meine Stimme gegen solch eine gefährliche Politik. Gerade wir als Deutsche haben allen Grund, friedfertig zu sein. Gerade wir haben allen Grund, in Frieden mit allen Völkern zu leben, ohne Hass, ohne Diktat, ohne Feindschaft und Krieg.

Es gilt Julius Fuciks Warnung mehr denn je:

„Menschen, ich hatte euch lieb, seid wachsam!“

Die Sicherung des Friedens ist heute aktueller denn je

Egon Gleau

Jahrgang 1937, Feinmechaniker

Diplom-Militärwissenschaftler Generalstabsakademie UdSSR

Generalmajor 1. Stellvertreter Chef Militäarakademie „Friedrich Engels“

Fragt man am Jahreswechsel die Menschen nach ihren persönlichen Wünschen im neuen Jahr, so antworten viele von ihnen: „stabile Gesundheit bis ans Lebensende“, andere sagen wieder: „schöne Reisen in ferne Länder“, oder „einen festen Arbeitsplatz.“

Die meisten aber antworten auf diese Frage: „einen sicheren und dauerhaften Frieden auf der ganzen Welt!“ Das ist heute aus meiner Sicht tatsächlich die wichtigste Antwort, die wir angesichts der gegenwärtigen Lage von jedem Menschen erwarten. Eigentlich glaubte die Menschheit im Jahr 1989, dass mit den politischen Umwälzungen, d. h. den „friedlichen Revolutionen“ in den Ländern der ehemaligen europäischen Ostblockstaaten, die Auflösung des Warschauer Vertrages, sowie die umfangreichen Abrüstungsvereinbarungen zwischen der Sowjetunion und den USA der „Kalte Krieg“ zwischen den Supermächten und ihren Militärblöcken für immer beendet und das Zeitalter eines dauerhaften Friedens in der ganzen Welt angebrochen ist.

Doch die weitere Entwicklung in der Welt vollzog sich anders, als das ursprünglich von der SU, den USA, Großbritannien und Frankreich abgesprochen und vereinbart war. Die Grenzen der NATO blieben nicht, wie vereinbart, unverändert, sondern verschoben sich mit der Einbeziehung der Territorien der DDR, sowie der Länder Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Albanien, Kroatien und aller baltischen Länder kontinuierlich weiter nach Osten. Damit ist die NATO seit 1999 von ursprünglich 14 Staaten auf 26 angewachsen. Nun soll auch noch die Ukraine als neues NATO-Mitglied die vordere Linie des Militärpaktes gegen Russland komplettieren.

Die heute in der Welt geführten Kriege unter der Überschrift „Kriege gegen den Terror“ wie in Afghanistan(seit1978) in Irak(seit2003), in Jemen und Sudan(seit2004), in Nigeria(seit2009), in Syrien(seit2011), in Libyen(seit2013), sowie in der Ukraine (seit2014) sind ausnahmslos völkerrechtswidrig und können zusammengefasst als ein „anhaltender Weltkrieg mit niedriger Intensität“ bezeichnet werden.

In den Leitmedien der USA und ihrer militärischen Verbündeten werden diese, zum Teil auch unter ihrer direkten Beteiligung geführten Kriege, lauthals als notwendiges Mittel zur Herstellung von Freiheit, Demokratie und Fortschritt begründet. Anstelle diplomatischer Lösungswege setzt man sofort und mit Absicht auf militärische Gewalt. So einfach werden heute Kriege propagiert und geführt, ohne spürbare positive Veränderungen für die betroffenen Völker. Das belegen eindeutig vor allem die Kriege in Afghanistan, Irak und Syrien. Statt Demokratie, Freiheit und Wohlstand beklagen die Menschen in diesen Ländern mehr als zwei Millionen Tote, zerstörte Städte und Dörfer, sowie eine ruinierte Infrastruktur.

Außerdem sind mehrere Millionen Menschen, darunter viele Kinder und Frauen, auf der Flucht in eine bessere und sichere Welt. Das sind die wahren, aber zugleich auch traurigen Ergebnisse.

Zu den bereits genannten Fakten kommen noch die derzeit stark gestörten Beziehungen zwischen den USA und Russland, verursacht durch die immer wieder scheiternden Waffenstillstandsvereinbarungen und gegenseitigen Schuldzuweisungen beider Seiten. Das gilt vor allem für das Völkermorden in den Bürgerkriegen in der Ukraine und in Syrien. Im Ergebnis derartiger, zugespitzter Auseinandersetzungen zwischen den USA und Russland erklärte Syriens Machthaber Assad in einem Interview am 15. Oktober 2016: „In Syrien liegt der Geruch eines 3. Weltkrieges in der Luft.“

Die „Deutsche Wirtschafts-Nachrichten“ schrieben am 4. Oktober 2016 zur Lage in Syrien: „Die Zusammenarbeit mit dem russischen Präsidenten Putin ist gescheitert, weil sich Obama in Washington nicht mehr durchsetzen kann. Eine Eiszeit hat begonnen, eine militärische Eskalation ist nicht mehr undenkbar.“

Auch der bei vielen Menschen bereits schon vergessene, völlig unverantwortliche und bis heute noch umstrittene Abschuss des malaysischen Passagierflugzeuges MH17 mit 298 Menschen an Bord am 17. Juli 2014 über der Ukraine, zählt zu einem der größten Kriegsverbrechen der Neuzeit.

Derartige militärische Praktiken, zu denen man auch die weltweit umstrittenen Bombardierungen von Krankenhäusern und Versorgungskonvois einordnen muss, sind Verbrechen an der Menschheit und bewegen sich bereits an der Schwelle eines weltweiten Krieges. Da in der heutigen, so digitalen und technisch profilierten Welt die meisten Länder über alle modernen technischen Mittel und Kräfte verfügen und dadurch exakt und fehlerfrei auch feststellen können, wer oder was sich wann und wo auf der Erde und im Luftraum bewegt, sollten derartige militärische Zwischenfälle endlich der Vergangenheit angehören.

Zusammengefasst kann man konstatieren: **Alle derzeitigen Kriege sind Kriege mit System, wo für die Lösung strittiger Fragen mit ausschließlich „diplomatischen Mitteln“ kein Platz mehr ist.**

Allein diese Tatsache beweist: Wir sind nach der so genannten „Periode der politischen Umwälzungen“ trotz anfänglicher Fortschritte in der Annäherung zwischen den „Supermächten“, immer noch nicht in einer Zeit der gegenseitigen Souveränität und Stabilität, sowie eines sicheren und dauerhaften Friedens angekommen. Die Welt von heute steht nach mehr als 25 Jahren erneut wieder an der Schwelle des „Wettrüstens“ und des „Kalten Krieges“.

In Anbetracht dessen sind der Zusammenhalt und der Kampf der Kräfte für den Frieden heute aktueller denn je. Dabei ist Deutschland wie kein anderer Staat der Welt gemäß den Artikeln 107 und 111 der UNO-Charta, besonders in die Pflicht genommen. Allein nur gute Äußerungen in „Sonntagsgesprächen“ sind dabei natürlich nicht ausreichend.

Zur Verhinderung neuer Kriege und Sicherung eines dauerhaften Friedens in der Welt brauchen wir noch mehr diplomatische Aktivitäten, die noch stärker und wirksamer auf die oben genannten Ziele ausgerichtet sind, nicht mehr finanzielle Mittel für ein grenzenloses Wettrüsten, sondern ihre Verwendung für soziale und humanitäre Erfordernisse sowohl im eigenen Land als auch in anderen bedürftigen Ländern, stärkere Aktivitäten in Richtung „Koexistenz und militärische Abrüstung weltweit“.

Wenn zum Beispiel Russlands Präsident Wladimir Putin auf die ständige Erweiterung der NATO nach Osten und die immer stärker werdende Präsenz der US-Truppen in den neuen NATO-Staaten sowie auf die offen gegen Russland gerichtete US-Politik in Syrien vor der Staatsduma und damit auch vor aller Welt mit dem sofortigen Abbruch der derzeitigen Beziehungen zu den USA und dem sofortigen Ausstieg aus der vereinbarten atomaren Abrüstung droht, sowie die Wiederherstellung der NATO in den Grenzen von 1999 und die Aufhebung aller bestehenden Sanktionen gegen Russland mit Nachdruck fordert, dann wird unmissverständlich deutlich, wie ernsthaft gefährdet gegenwärtig der seit Ende des 2. Weltkrieges schwer erkämpfte Frieden in Europa und in der Welt ist.

Ich bin im Jahr 1937 geboren und habe damit die Ängste und Schrecken des 2. Weltkrieges als Kind miterlebt. Diese schrecklichen, bis heute unvergessenen Jahre, mit den häufig wiederkehrenden, bildlichen Erinnerungen an den schweren Bombenangriff der Alliierten auf meine Heimatstadt Dessau am 7. März 1945, sowie die folgenden schweren Nachkriegsjahre, (auch Hungerjahre genannt), haben meine persönliche Entwicklung sehr frühzeitig und vor allem inhaltlich bestimmt.

Getragen von dem Wunsch, in einer besseren Welt, einer Welt ohne Angst und Hunger zu leben, reifte bei mir der feste Entschluss, freiwillig in die bewaffneten Kräfte der DDR einzutreten und Berufsoffizier zu werden. Diesen Weg habe ich mit aller Kraft und Entschlossenheit in Angriff genommen und erfolgreich verwirklicht. Damit wollte ich vor allem einen möglichst langfristigen persönlichen Beitrag für eine bessere Welt leisten.

In meiner mehr als 35jährigen Dienstzeit als Offizier der Nationalen Volksarmee war mein Denken und Handeln in Übereinstimmung mit dem von mir geleisteten Schwur stets darauf gerichtet alles tun, um einen Krieg zu verhindern und den Frieden wirksam zu schützen und standhaft zu verteidigen. Mit dem persönlichen Blick auf die Geschichte kann ich heute mit Fug und Recht behaupten: „Die Nationale Volksarmee der DDR hat ihren Klassenauftrag gemäß der Verfassung

der DDR gewissenhaft und in Ehren erfüllt.“ Wir standen im Kampf um die Verhinderung eines neuen Krieges und die Sicherung und Erhaltung des Friedens auf der richtigen Seite. Wir haben diesen Kampfauftrag, Schulter an Schulter mit den Armeen des Warschauer Paktes zuverlässig erfüllt und waren nicht an Kriegshandlungen in der Welt beteiligt.

Auf diese historische Leistung bin ich gemeinsam mit allen gleich gesinnten Weggefährten in Uniform immer wieder aufs Neue besonders stolz.

In tiefer Sorge um die ständig anhaltende und wachsende Gefahr einer weltweiten militärischen Auseinandersetzung haben sich ehemalige Verantwortungsträger der NVA im Jahr 2015 berechtigt mit einem „AUFRUF“ an die breite Öffentlichkeit der BRD gewandt um möglichst viele Menschen im Kampf um die Verhinderung eines Krieges wachzurütteln und sie aktiv in den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens in der Welt einzubeziehen. Meine ausgeprägten und fundierten militärischen Kenntnisse sind die Basis dafür, dass ich mich voll und ganz mit meiner Person zum Inhalt dieses „Aufrufes“ bekenne. Aus diesem Grund trägt dieser auch meine Unterschrift.

Die Resonanz der Menschen zum „Aufruf“ ist breit gefächert und reicht von vorwiegend breiter Zustimmung bis zu ungerechtfertigten Verurteilungen und Verleumdungen, die sich vor allem auf mangelnde Kenntnisse zur „Sache“ gründen. Für manche Menschen, darunter leider auch Politiker, gibt es nur die Maxime zu kritisieren und meckern. Mitmachen bei Veränderungen ist für diese Kategorie keine Option. Schade!

Das bundesweite Echo und Meinungsbild zum Thema „Krieg und Frieden“ macht deutlich, dass unsere Auffassungen und Aktivitäten zu diesem Thema nicht nur richtig und wichtig sind, sondern sogar noch verstärkt werden müssen. Wir sind, im Kampf um diese wertvollen Ziele schon viele, doch ein sicherer und dauerhafter Frieden in Europa und in der Welt braucht mehr Menschen und auch noch mehr wirksame politische Aktivitäten.

Besinnung und Mahnung – 75 Jahre danach

Manfred Grätz

Jahrgang 1935, Berufssoldat

Diplom Militärwissenschaftler Generalstabsakademie/UdSSR

Generalleutnant Chef des Hauptstabes der NVA

Der 22. Juni 1941, ein schicksalsschwerer Tag, weckt noch heute, 75 Jahre später, speziell unter älteren Menschen, die unterschiedlichsten Erinnerungen, Gedanken, Emotionen. Bei Vielen sind es sehr schmerzliche, leidvolle. Ich gehöre zu Letzten.

Deshalb schreibe ich auch meine persönlichen Gedanken und Erlebnisse zu diesem Tag. Sie sind von Emotionen getragen, von kindlichen Erinnerungen, die dazu beitragen, Charakter und Persönlichkeit zu formen. Mögen sie den Einen oder Anderen, Jüngere zum Nachdenken anregen.

Es sind nur wenige Episoden, die ein Sechsjähriger mit ins Erwachsenen-Leben nimmt, schemenhaft und verklärt, bruchstückartig zumeist, deutlich und markant die wenigsten. Das müssen einschneidende, entscheidende Dinge, Ereignisse gewesen sein, die schon im frühen Kindesalter etwas Außergewöhnliches zumindest erahnen lassen. Der 22. Juni 1941 gehörte für mich dazu. Nie werde ich diesen Tag vergessen:

Es war an einem Sonntagmorgen. Ich lag noch im Bett im elterlichen Schlafzimmer, als mein hochbetagter Urgroßvater eintrat. Er war sein Leben lang Ziegeleiarbeiter gewesen und, wie ich später erfuhr, ein Sympathisant der SPD. Die Tür zum Korridor stand einen Spalt offen und ich hörte ihn mit sorgenvoller Stimme zu meiner Mutter sagen.

„Jetzt hat er auch noch Russland überfallen.“ Und nach kurzem Schweigen fügte er sinngemäß hinzu: „Das hat Napoleon schon mal versucht.“

Kindliche Intuition ließen mich erahnen, dass etwas ganz Außergewöhnliches, etwas Schlimmes passiert sein müsse. Mit „er“, das erfasste ich damals schon, war Hitler, „unser Führer“, wie er damals genannt wurde, gemeint. Wer Napoleon war, erklärte mir bald meine Mutter. Sie blieb an diesem Tage einsilbig, sorgenvoll, traurig. „Hoffentlich passiert Deinem Papa nichts!“ Viel mehr war an diesem Tage von ihr nicht zu hören. Mein Vater war schon seit 1939 Soldat. Damals war ich sechs Jahre alt und Krieg war Alltag, er währte schon zwei Jahre. Vater trug seitdem Uniform, wenn er – selten genug – mal nach Hause kam. Fronturlaub hieß das.

Der Krieg dominierte das Leben der Menschen, auch von uns Kindern. Erfolgsmeldungen bestimmten das öffentliche Leben. Vom unaufhaltsamen Vormarsch der tapferen deutschen Wehrmacht, von Siegen und Eroberungen, von der Überlegenheit des Deutschen Reiches war die Rede, so tönte es aus unserem kleinen Rundfunkgerät, einem „Volksempfänger“, im Volksmund auch „Goebbelsschnauze“ genannt. Aber das durfte man nicht sagen, war verboten. Auch in der Schule, die ich dann im Herbst des gleichen Jahres besuchte, hörten wir die gleichen Töne.

Anders bei uns im Elternhaus. Dort dominierten Sorge und Angst um „unsere“ Soldaten, sechs aus unserer Großfamilie. Nur zwei sind zurückgekehrt. Mein Vater war nicht unter ihnen. Mit zunehmender Dauer des Krieges mehrten sich auch die Sorgen um die eigene Existenz. Aus den anfänglichen Erfolgsmeldungen waren bald Meldungen über planmäßigen Rückzug, heldenhafte Abwehrschlachten, Verluste geworden. Erstmals hörte ich auch vom „Heldentod“ tapferer Soldaten. Ich soll meine Mutter einmal gefragt haben, ob denn das ein besserer Tod sei. Das hat sie mir später einmal erzählt.

Lebensmittelrationierungen, zunehmende Luftangriffe, nächtliche Fliegeralarme ließen uns den Frieden herbeisehnen. Ich lernte den Krieg regelrecht hassen, intuitiv, so wie man als Kind eben etwas hasst. Deshalb habe ich den 8. Mai 1945 als Befreiung erlebt, ganz einfach als Befreiung vom verhassten Krieg.

Erst später, in den Jahren nach dem Krieg, während des Aufbaus der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und in den Gründerjahren der DDR, als FDJler, erfuhr und verstand ich die Wahrheit. Ich erfuhr die Wahrheit über Hitler und seinen Größenwahn, seine Rassenhysterie, seine „Theorie“ Volk ohne Raum, verstand den dem System innewohnenden Antikommunismus und Antibolschewismus einzuordnen, erhielt Kenntnis vom „Plan Barbarossa“, wie der „Russlandfeldzug“ genannt wurde und verstand politische und militärische Zusammenhänge zunehmend besser. Das geschah in den Jahren der Hoffnung, des Aufatmens nach dem schrecklichen Krieg, der nichts als Not, Elend und verbrannte Erde hinterließ. Mehr als 50 Millionen Tote, davon allein 27 Millionen aus der Sowjetunion. Die Zerstörung von 1700 Städten, 70000 Dörfern und ca. sechs Millionen Gebäuden, allein in der Sowjetunion wurden Opfer dieses verbrecherischen Zerstörungswahns.

Nie wieder Krieg!

Diese befreiende Losung, eigentlich mehr ein Programm, eine Verpflichtung, fand damals millionenfachen Widerhall in aller Welt. Damals!

Doch die einstige Anti-Hitler-Koalition war nicht von langer Dauer. Schon bald führte die Systemauseinandersetzung zu neuen Spannungen. Die Westmächte fürchteten um ihre Einflussphären, der alte Antikommunismus trieb neue Blüten und schon bald war jener Verbündete gegen Hitler, der den Hauptanteil am Sieg über das faschistische System hatte, die größten Lasten getragen und die mit Abstand meisten Opfer zu beklagen hatte, die Sowjetunion, der Hauptfeind. In dieser Zeit, 1952, wurde ich Soldat, beseelt einzig und allein von dem Gedanken „Nie wieder Krieg!“ Ich wollte mithelfen, einen solchen zu verhindern.

Jahrzehnte des Kalten Krieges folgten. Zwei hochgerüstete Militärkoalitionen, Warschauer Vertrag und NATO, standen sich unversöhnlich gegenüber. Auch unsere Nationale Volksarmee der DDR, deren 60. Gründungstag wir in diesem Jahr festlich begingen, trug in den 34 Jahren ihres Bestehens als angesehenes Mitglied des Warschauer Vertrages wesentlich dazu bei, das in unserer Verfassung festgeschriebene hehre Ziel, die Erhaltung des Friedens, zu erreichen. Es erfüllt noch heute mit Stolz, in einer solchen Armee gedient zu haben, die jetzt auftragsgemäß verteufelt und als nicht legitim diffamiert wird, und die zugleich von Anderen – nicht nur von unseren Freunden – zu den besten Armeen der Welt gezählt wird.

Es bleibt dabei: Wir waren die einzige deutsche Armee, die keinen Krieg geführt hat und die in keine bewaffneten Auseinandersetzungen verwickelt war, weil in der DDR die richtigen Lehren aus unserer leidvollen Geschichte gezogen wurden. Umso bitterer ist es, wenn man gegenwärtig mit wachem Verstand das Weltgeschehen verfolgt und sich die Frage stellt: Und heute, 75 Jahre später? 75 Jahre, nachdem das Inferno 2. Weltkrieg mit dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion kulminierte?

Die Welt ist wieder aus den Fugen geraten. Kriege gehören erneut zur Tagesordnung der Weltpolitik. Das Monopolkapital drängt die Politik zu immer neuen Abenteuern, um Einflussphären und Macht zu sichern. In nahezu allen Regionen der Welt brennt es. Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht, um ein menschenwürdiges Dasein zu finden oder Kriegen zu entfliehen. Losungen von einst, wohlgermerkt solche, die schon in der Goebbels'schen Propaganda Unheil stifteten, wie die „Gefahr aus dem Osten“ und dem „Volk ohne Raum“ sind längst wieder ausgegraben und haben Eingang gefunden in das politische Vokabular der Gegenwart. Militärische Kontingente der NATO rücken näher an die Grenzen Russlands, Truppenstationierungen in den baltischen Ländern, in Ostpolen, in Rumänien sind vollzogen oder geplant, von einem Raketenabwehr-System (ein Schelm, wer Böses dabei denkt) ist die Rede, Obama fordert mehr militärisches Engagement von den Europäern, von multinationalen Verbänden ist die Rede – alles, um der „drohenden Gefahr aus dem Osten“ zu begegnen und dem IS -Terror Einhalt zu gebieten. Welch eine Lüge, welch eine Heuchelei! Und Deutschland mit seiner Bundeswehr mit-tendrin, das ist die nüchterne Bilanz. Vom Bundespräsidenten, Herrn Gauck, auf der Münchener Sicherheitskonferenz höchst offiziell angekündigt und in die Welt hinausposaunt, vom Bundeskabinett angeschoben und von Frau Minister mit Freuden in die Realisierungsphase befördert: Deutschland muss wieder mehr Verantwortung übernehmen in der Welt.

Erstmals seit dem Kalten Krieg (war er eigentlich jemals zu Ende? Nein! sagt der Autor) wird wieder aufgerüstet. Neue Milliarden-Investitionen für die Ausrüstung und Bewaffnung der Truppe und personelle Aufstockung künden davon, dass die Ära der Abrüstung für die Bundeswehr vorbei ist. „Es ist Zeit für die Bundeswehr wieder zu wachsen“, so Frau von der Leyen erst Anfang Mai im Bendler-Block. Reichen die vielen Auslandseinsätze, an denen die Bundeswehr gegenwärtig beteiligt ist, nicht mehr aus? Sind die Opfer nicht Mahnung genug?

Unser „Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR“ und mit ihm sicher Tausende ehemalige Soldaten wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen das Vergessen.

Millionen Opfer des brutalen Vernichtungskrieges, der vor nunmehr 71 Jahren mit der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands endete, sind uns Mahnung und Verpflichtung. Am Vorabend des 75. Jahrestages des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion verneigen wir uns vor den Opfern und erneuern unser Bekenntnis zum Frieden, dokumentiert im gemeinsamen Aufruf unseres Verbandes mit ISOR „Soldaten für den Frieden“ vor einem Jahr zum 70. Jahrestag der Befreiung. Wir bekräftigen erneut unsere feste Überzeugung, dass Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen untaugliche Mittel zur Lösung der die Welt bewegenden Probleme sind. Wir brauchen ein friedliches Miteinander mit unseren Nachbarn und allen Ländern dieser Erde. Wir brauchen ein friedliches Deutschland, ein friedliches Europa, eine friedliche Welt.

Es darf keinen erneuten 22. Juni 1941 geben!

Wortmeldung zum Aufruf „Soldaten für den Frieden“ und zur Einschätzung der gegenwärtigen politischen Lage.

Karl-Heinz Heß

Jahrgang 1928, Werkzeugmacher

Diplom-Militärwissenschaftler Generalstabsakademie UdSSR „W. I. Lenin“ UdSSR

Generalmajor Chef Raketentruppen/Artillerie im Kommando Militärbezirk III

Ja, ich war 35 Jahre Berufssoldat in der Nationalen Volksarmee der DDR und habe auf der Grundlage des Fahneneides und der Verfassung der DDR meine Aufgaben wie so viele andere Angehörige der NVA in Ehren erfüllt. Wie es zu dieser Entwicklung und zu ersten persönlich politischen Überlegungen im Leben als Jugendlicher kam:

Mein Vater, der den 2. Weltkrieg und die Gefangenschaft überlebte, hat die Grundlage für mein Handeln gelegt. Es war im Herbst 1949, mein Vater und ich haben Brennholz im Wald gesammelt, um für den Winter gerüstet zu sein. Während einer kleinen Ruhepause fing er erneut zu reden an. Es waren einfache Worte und höre sie jetzt noch: „Nun was ist, Junge? Hast lange genug überlegt.“ Wir hatten schon ziemlich oft über diese Frage diskutiert. Ich sagte zu und wurde zur Volkspolizeischule nach Zittau delegiert. So begann meine politische und fachlich-militärische Entwicklung.

Vom VP-Anwärter bis zum Generalmajor der NVA habe ich eine Unmenge gefährlicher Waffen kennengelernt. Unser Auftrag bestand darin, die Waffen aus dem Effeff beherrschen zu können. Und sie wurden immer moderner, gefährlicher und mächtiger. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich war über sechs Jahre Kommandeur einer Raketenbrigade Operativ-taktischer Raketen der NVA. Ja, wir beherrschten die Waffen, aber nicht ein Soldat der NVA hat sie jemals und noch dazu im Ausland eingesetzt.

Der wichtigste Auftrag, den uns Partei und Regierung gab, lautete, „alles zu tun, damit vom deutschen Boden nie wieder ein Krieg ausbricht“. Die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages hatte ausschließlich Verteidigungscharakter. Das Hauptziel war, niemals gegen einen beliebigen Staat oder Staatenbund militärische Handlungen zu beginnen, wenn wir nicht überfallen werden. Und die Staaten des sozialistischen Lagers haben danach gehandelt.

Den Frieden zu erhalten, war keine so einfache Angelegenheit. Dafür mussten wir ständig um eine hohe Gefechts- und Einsatzbereitschaft kämpfen und persönlich große Anstrengungen aufbringen. In der Gefechtsausbildung, bei Übungen und bei Manövern haben wir unser Können erfolgreich demonstriert.

Es ist und bleibt eine unumstößliche Tatsache, die Nationale Volksarmee und die Armeen des Warschauer Vertrages haben dafür gesorgt, dass der existierende „Kalte Krieg“ nicht zu einem „heißen Krieg“ geführt hat. Nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers und damit auch des Militärbündnisses des „Warschauer Vertrages“ änderte sich so nach und nach die politische Lage im Weltmaßstab. Lokale Kriege gehören jetzt fast zum Alltag in unserem Leben. Ich erinnere an die kriegerischen Auseinandersetzungen der USA und ihrer Verbündeten in Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Jemen, Sudan, Libyen. Dazu zwei Beispiele.

Unter Einbeziehung des USA Geheimdienstes wollte man der Menschheit suggerieren, dass Irak Atomwaffen entwickelt und damit die Völker bedroht. Der angeblich beste Geheimdienst der Welt hat kläglich oder absichtlich versagt, nur um den Vorwand für diesen verbrecherischen Krieg zu schaffen. Die Verluste beider Irak-Kriege betrug rund 74000 Gefallene und Millionen Verwundete. Und, wurden die Ziele erreicht? Keine Atomwaffen gefunden, keine Demokratie eingeführt, Massenflucht der Menschen begann, Zerstörung der Städte, Dörfer und Kulturgüter, Terrorismus bis zum heutigen Tag. Darüber schweigt man in den USA und ihren Verbündeten.

Ein anderes Beispiel ist Afghanistan. Was hat denn nun der NATO-Einsatz in zehn Jahren gebracht? Die Taliban sind heute stärker, trotz NATO Einsatzes. Nichts Anderes als ich schon zum Irak Krieg geschrieben habe. Vielleicht noch eine kurze Passage zur Bundeswehr. „Kundus“ war in der Hand der Bundeswehr. Kürzlich hörte ich im Deutschlandfunk, dass der Bereich Kundus wieder in der Hand der „Taliban“ ist. Weiter, rund 2000 Menschen dieser Region, die auch der Bundeswehr zugetan waren, mussten die Flucht ergreifen. Sie leben jetzt am Stadtrand von Kabul in staubigen Elendsbehausungen. So sagten das die dort lebenden Menschen in einer Reportage. Keine weiteren Kommentare dazu.

Nach meiner Meinung müsste schlussfolgernd gesagt werden: „Alle militärischen Aktionen des Westens waren eine Katastrophe für die betreffenden Länder“. Deshalb war es mir eine Selbstverständlichkeit, den Aufruf „Soldaten für den Frieden“ zu unterschreiben. Dieser Aufruf entstand zu einem historischen Ereignis, nämlich zum 70. Jahrestag der Befreiung der Völker Europas vom Faschismus.

Die Sowjetunion hatte bekanntlich die meisten Opfer an Menschen, Material, Kulturgütern und vielem anderen bis zum Sieg über den Hitlerfaschismus im II. Weltkrieg. Schade, dass viele Menschen die heutige Lage noch nicht voll begreifen. Mit der Auflösung des sozialistischen Weltsystems und des Warschauer Vertrages war vereinbart, dass die NATO sich nicht nach Osten erweitert. Wie sieht es real aus: Die NATO ist bis an die Grenzen von Russland vorgerückt und provoziert immer gefährlicher, auch mit konstruierten Argumenten. Die UNO schweigt und tut nichts gegen diese gefährliche Entwicklung im Weltmaßstab.

Oder betrachten wir die Flüchtlingslawine nach Europa. Auch eine Entwicklung durch die westlichen Kriege. Wie man sieht, ist auch die EU nicht in der Lage, die gesetzlichen Regelungen durchzusetzen.

Liebe Mitmenschen, ich habe meine Meinung geäußert, um auch denen die Augen zu öffnen, die die gegenwärtige Gefahr für den Frieden noch nicht so ernst empfinden. Oktober 2016

Ein Leben für den Frieden

Raimund Kokott

Jahrgang 1930, Berufssoldat

Dr. rer. pol. Militärpolitische Akademie „W. I. Lenin“ UdSSR

Generalmajor Stellvertreter für operative Aufgaben

beim Stellvertreter des Chefs der Politischen Hauptverwaltung

Seit einigen Jahren bin ich gemeinsam mit einigen Freunden und Genossen, die in der NVA der DDR dienten, sehr besorgt über die bedrohliche Situation in Europa und die kriegerischen Auseinandersetzungen besonders im Nahen Osten. Dabei beunruhigt uns besonders die Rolle der BRD bei der Bewältigung dieser Lage. Auch wir sind der Meinung, dass Deutschland eine größere Verantwortung, wenn es sein muss auch Führung in Europa übernimmt, jedoch im Sinne der Festigung des Friedens und der Völkerverständigung. Also nicht im Sinne der weiteren Militarisierung und der Bedrohung anderer Völker.

Ich habe den Aufruf „Soldaten für den Frieden“ in tiefer Überzeugung unterschrieben, weil er eindeutig auf die Gefahren eines möglichen Krieges aufmerksam macht und Auswege aus der gefährlichen Situation zeigt. Ich bin mir eins mit der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit meiner ehemaligen Mitstreiter des Offizierskorps der NVA meine Meinung teilt, und auch heute aktiv in diesem Sinn tätig ist.

Für mich als ein Kind der letzten Kriegsgeneration ist die Sehnsucht nach Frieden förmlich in die Wiege gelegt worden. Geboren 1930 in Schlesien, habe ich bis zu meinem 15. Lebensjahr nur Faschismus und Krieg kennengelernt. Obwohl mir ein unmittelbarer Fronteinsatz noch erspart blieb, habe ich Vieles, was Krieg bedeutet, wahrgenommen. Unsere Familie, Mutter mit fünf Kindern, war seit Januar 1945 auf der Flucht, wurde im August ausgesiedelt, wie viele Millionen Deutsche aus den Ostgebieten. Sie alle zahlten den Verlust ihrer Heimat für diesen faschistischen Krieg.

Gemessen an den Grausamkeiten des deutschen Faschismus mit dem Krieg gegen die Völker Europas war der Verlust der Heimat noch das kleinere Übel. Die größten Opfer brachten dabei die Völker der Sowjetunion mit mehr als 27 Millionen Toten. Dieses Land mit seiner Armee brachte im Mai 1945 mit der Niederschlagung des Faschismus den Frieden für unser Volk und gleichzeitig die Befreiung vom faschistischen Joch. Unsere Familie fand anschließend 1946 in einer Kleinstadt Brandenburgs ein neues Zuhause. Es war alles in Allem eine gelungene Integration. Über die Antifa-Jugend fand ich den Weg zur linken Bewegung, der ich heute noch im greisen Alter treu bin

Der Marxismus erschloss mir eine neue Welt: ohne Ausbeutung und Krieg.

Trotz aller Widrigkeiten der Nachkriegsjahre machte sich bei der Bevölkerung eine Aufbruchsstimmung für den Aufbau einer neuen Gesellschaft bemerkbar. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass der Krieg kein Naturgesetz ist, sondern durch Menschen verursacht wird. Entgegen dieser Vernunft nahm die Geschichte einen anderen Verlauf. Im Westen Deutschlands begannen sich Anzeichen einer neuen Militarisierung abzuzeichnen, die auch gegen unsere junge neue Republik gerichtet waren, die uns zu Schutzmaßnahmen zwangen. Auch ich folgte dem Ruf zur Verteidigung der Heimat durch Beitritt in die bewaffneten Organe unseres Staates, in denen ich, einschließlich der NVA, über 40 Jahre diente.

Unsere Armee diente vorrangig zwei großen Zielen:

1. Die DDR vor jedem äußeren Feind zu schützen. Den Frieden zu bewahren und ein Beitrag zu leisten, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.
2. Die Armee des Volkes zu sein; die Einheit von Volk und Armee immer zu wahren und die Waffen nie gegen das eigene Volk einzusetzen.

Diese Zielsetzung hat unsere Nationale Volksarmee, im Bestand der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages ehrenhaft erfüllt. Dieser Zielsetzung habe auch ich mich immer verpflichtet gefühlt und meinen Beitrag zu deren Erfüllung geleistet.

Selbst bei den Ereignissen der stürmischen Herbstes der Jahre 1989 und 1990, die eine ernste Gefahr für Fortbestand der DDR darstellten, ist die NVA nicht von dieser Zielsetzung abgewichen. Jedoch in dieser kritischen Lage konnte die NVA nicht abseitsstehen. Der Bitte des Genossen Hans Modrow Rechnung tragend, entschied sich der Minister für Nationale Verteidigung, erstmalig auch Angehörige der NVA an der Seite der Volkspolizei zur Unterstützung von Ruhe und Ordnung in Dresden einzusetzen. Bei der Durchfahrt von Flüchtlingszügen aus Prag in die BRD kam es zu Tumulten, vorrangig von Jugendlichen. In dieser Situation sah sich die VP überfordert. Gemeinsam mit anderen Offizieren wurde ich Vorort eingesetzt. Die gebildeten Hundertschaften waren als Reserve für die VP vorgesehen und erfüllten ihre Aufgaben ohne den Einsatz von Waffen. Bei den abendlichen Massendemonstrationen von Tausenden Bürgern, unter denen sich nicht wenige befanden, die sich das Ziel stellten, diese Demonstrationen zu Gewalttätigkeiten ausufern zu lassen, kam es darauf an, diese zu isolieren.

Die Bürgerproteste richteten sich in der Zeit vorrangig auf die Verbesserung der Zustände in der DDR. Nur mit politischen Mitteln, mit Dialog und Verständigung waren diese lösbar. Die Lage spitzte sich in den Abendstunden des 8. Oktober noch einmal zu. Hunderte Demonstranten versammelten sich zu einer nicht genehmigten Kundgebung auf der Prager Straße. Sie wurden durch die Sicherungskräfte isoliert und die mündlichen Auseinandersetzungen nahmen scharfe Formen an. Wir standen vor der Frage, diese Kundgebung gewaltsam aufzulösen oder andere Wege zu finden.

Jede Anwendung von Gewalt hätte die ohnehin kritische Lage wesentlich verschärft. Es gelang, eine friedliche Lösung, die letztlich zu einem friedlichen Dialog beider Seiten führte. Das war im Wesentlichen ein Verdienst Hans Modrows und beteiligter Kirchenvertreter. Das Ergebnis wurde von Vertretern der Gruppe 20 in den Dresdner Kirchen dargelegt. Insgesamt führte das zur Deeskalation der Dresdner Ereignisse und war richtungsweisend für die „Runden Tische“, als Forum der gesellschaftlichen Kräfte im Gespräch mit der Staatsmacht. Unsere Armeeinghörigen zeigten während des Einsatzes eine hohe Moral, strenge Disziplin und gute Einsatzbereitschaft.

Dieser Einsatz war für die VP sehr wertvoll, weil er ihr Sicherheit für weitere Einsätze verlieh. Die Entscheidungen zur „gewaltlosen Lösung“ der anstehenden Probleme mit der Opposition waren typisch für unsere Staatsmacht im gesamten Verlauf der Ereignisse 1989/1990. Besondere Bemühungen gingen in dieser Zeit vom neuen Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Egon Krenz und dem Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates Generaloberst Fritz Strelitz aus. Oberste Prämisse war in allen Festlegungen, der Nichteinsatz der Waffen gegen das Volk. Alle Festlegungen der Staatsmacht der DDR fanden die volle Unterstützung der Führung der GSSD, ihre Soldaten blieben in den Kasernen.

Üblicherweise „Umbruch, Wende oder friedliche Revolution“ genannt, war es ein Ereignis historischen Ausmaßes, das in der Welt Seinesgleichen sucht. Millionen Menschen haben sich bewegt. Oft standen sie sich feindlich gegenüber. Grenzen wurden überwunden. Ein Volk, zum Teil nicht freiwillig, schließt sich dem anderen an. Und bei alledem gab es kein einziges Todesopfer. Manche sagen dazu: Es war ein Wunder. Ich sage: Es war von Menschen gemacht, die ein hohes Verantwortungsbewusstsein hatten und die das Leben anderer achteten.

Rückblickend haben wir bei diesem für uns so tragischen Ereignis, im Interesse des Friedens alles richtiggemacht. Blicke ich jedoch auf die heutige Welt, auf unser Deutschland so bin ich um meinen Schlaf gebracht.

In meinem hohen Alter muss ich noch einmal erleben:

- wie schreckliche Kriege geführt werden;
- wie sich die NATO mit den USA an der Spitze zu einem Kriegsinstrument entwickelt;
- dass sich deutsche Soldaten in mehr als zehn Ländern im Kriegseinsatz befinden;
- und Deutschland der drittgrößte Waffenproduzent und Exporteur der Welt ist.

Dieses Deutschland, das im letzten Jahrhundert zwei Weltkriege entfachte und dabei gegen die Sowjetunion den grausamsten aller Kriege führte, hat leider daraus keine oder nur wenig Lehren gezogen. Hundert Jahre Demut wären angesagt gegenüber dem Sowjetvolke, den Juden, den Polen, Jugoslawen und weiteren Völkern Europas, die unter der deutschen Soldateska gelitten haben. Leider gibt es schon wieder Menschen in unserem Lande, die ihren Blick feindlich gegen den Osten richten. Menschen, wacht auf. Wir haben nur diese eine Welt. Fallt den Kriegstreibern in den Arm und tut aktiv etwas für den Frieden. Diesen Appell möchte ich an alle, an Jung und Alt richten.

Das sagt Euch ein alter ergrauter Mann. Ein Veteran der NVA. Ein Vater, Groß- und Urgroßvater. Mein großer Wunsch wäre, dass auch der jüngste Spross unserer Familie, mein Ururenkel, (drei Jahre) in einem friedlichen Europa alt werden kann.

Eine Thüringer Meinung zum „Aufruf für den Frieden“

Siegfried Krebs

Jahrgang 1953, Diplom- Kulturwissenschaftler

Unteroffizier auf Zeit, Mitarbeiter in einer Sektion der Offiziershochschule
„Ernst Thälmann“ der Landstreitkräfte

Es war am 27. März 2014. Die Regionalgruppen Erfurt vom RotFuchs-Förderverein und ISOR hatten gemeinsam zu einem militärpolitischen Vortrag eingeladen. Als Redner konnte hierfür Admiral a.D. Theodor Hoffmann gewonnen werden. Der Berufsmilitär vom Jahrgang 1935 war 1989/90 in der Regierung Modrow Minister für Nationale Verteidigung der DDR und unter der nachfolgenden Regierung de Maiziere Chef der Nationalen Volksarmee. In seinen Ausführungen ging Hoffmann auch auf die unterschiedlichen Traditionen von NVA und Bundeswehr ein. Dabei wurde auf seine Erklärung „Ruhmlose Jahrestage“ hingewiesen.

Dieser Vortrag mit langer anschließender Diskussion gab den Anstoß für Überlegungen, auch in Thüringen eine Regionalgruppe des „Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen e.V.“ (VTNVAGT) zu bilden. Konkreter wurde das am 8. Mai 2015 besprochen – am Rande einer Kranzniederlegung auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Erfurt. Also nur wenige Tage nach der öffentlichen Vorstellung des Aufrufes „Soldaten für den Frieden“ durch Admiral a.D. Theodor Hoffmann, Horst Parton, Generalleutnant a.D. Manfred Grätz, Generalleutnant a.D. Manfred Volland und andere.

Als es dann am 25. Juni 2015 formal zur Gründung der Erfurter VTNVAGT-Regionalgruppe kam, spielte dieser Aufruf eine große Rolle für uns neue Mitglieder. Wir, und das heißt natürlich auch ganz besonders ich, sehen den Verband nicht als Veteranen-Organisationen an. Für uns stehen im Vordergrund die militärpolitischen Traditionen der DDR: Alles dafür zu tun, dass es trotz aller politischen Spannungen nie zu einem Krieg der Waffen kommt. Der Auftrag der NVA bestand deshalb darin, gerade auch durch hohe Gefechtsbereitschaft in der Koalition des Warschauer Vertrages einen Krieg zu verhindern.

Leider nein. Mit Absicht haben die Konzern- und Staatsmedien der Bundesrepublik Deutschland diesen Aufruf ehemaliger Generale, Offiziere, Fähnriche, Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade der bewaffneten Kräfte der DDR bis heute totgeschwiegen. Aber das ist aus Sicht der ökonomisch und politisch Herrschenden sowie ihrer „Lautsprecher“ auch verständlich. Denn angesichts zunehmender Aggressivität von USA, NATO und EU einschließlich der von ihnen geführten Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien und der Sanktions- und Kriegsdrohungen gegen Russland, China oder die DVR Korea stören warnende Stimmen. Es stören vor allem warnende Stimmen von Menschen, die den verheerenden II. Weltkrieg selbst erlebt haben oder die dank ihrer Ausbildung wissen, was Kriegswaffen anzurichten vermögen.

Aber (militärischer) Sachverstand ist nun mal nicht gefragt, erst recht nicht besonnene Friedenspolitik oder Achtung der Souveränität anderer Staaten. Dafür dürfen umso mehr in Medien oder auf Podien lautstark jene Damen und Herren von Sanktionen, „humanitären Interventionen“, sogenannten Flugverbotszonen, „Regime-change“ oder „bunten Revolutionen“ tönen, die von all diesen Dingen null Ahnung haben. Egal ob es sich hierbei um eine Mrs. Clinton in den USA, eine Frau Ministerin von der Leyen oder um die Damen Marie-Luise Beck und Rebecca Harms von der (oliv-)Grünen Partei handelt.

Meine Thüringer Freunde und ich stehen daher voll zu diesem Aufruf, der mit diesem nach wie vor aktuellem Appell schließt:

- „Wir brauchen keine Kriegsrhetorik, sondern Friedenspolemik.“

- Wir brauchen keine Auslandseinsätze der Bundeswehr und auch keine Armee der Europäischen Union.
- Wir brauchen nicht mehr Mittel für militärische Zwecke, sondern mehr Mittel für humanitäre und soziale Erfordernisse.
- Wir brauchen keine Kriegshetze gegen Russland, sondern mehr gegenseitiges Verständnis und ein friedliches Neben- und Miteinander.
- Wir brauchen keine militärische Abhängigkeit von den USA, sondern die Eigenverantwortung für den Frieden. Statt einer ‚Schnellen Eingreiftruppe der NATO‘ an den Ostgrenzen brauchen wir mehr Tourismus, Jugendaustausch und Friedenstreffen mit unseren östlichen Nachbarn.
- Wir brauchen ein friedliches Deutschland in einem friedlichen Europa.“

Wie heißt es in der „Internationale“?

Es rettet uns kein höh’res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.

Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun.

In diesem Sinne kann und muss ein jeder selbst tätig werden und mit den eigenen Mitteln und Möglichkeiten etwas für den Frieden tun. Das kann die Teilnahme an Antikriegsdemonstrationen ebenso sein, wie das überlegte Ankreuzen auf den Wahlzetteln. Wichtiger aber noch ist das persönliche Gespräch mit anderen, auch durch das Weitertragen des Aufrufes. Ich selbst unterstütze den Aufruf durch meine Tätigkeit als freier Journalist oder als Moderator von politischen Diskussionen.

Mein Standpunkt, ich will gehört werden!

Lothar Matthäus

Jahrgang 1932, Uhrmacher

Diplom-Militärwissenschaftler Militärakademie der Luftstreitkräfte/UdSSR

Oberst Stellvertreter Chef des Stabes im Kommando LSK/LV

Ich bin Mitunterzeichner des Aufrufs „Soldaten für den Frieden und gegen den Krieg“. Für mich war es selbstverständlich und eine Ehre. Ich bin mit jeder weiteren Mitarbeit einverstanden und dazu bereit. Der erste Aufruf war für mich und viele andere Bürger von historischer Bedeutung. Es wurden die gegenwärtigen Kernpunkte unseres Lebens aufgezeigt und brachte den Sinn des Soldatsein in den bewaffneten Kräften der DDR zum Ausdruck. Der Aufruf war für mich eine gute Grundlage für Gespräche und Diskussionen in meiner Familie, mit Bekannten und in der gesellschaftlichen Arbeit.

Mein Staat gab mir 1955 die Möglichkeit, vier Jahre an einer sowjetischen Militärakademie zu studieren. Ich lernte die Zusammenhänge des Militärwesens, die Strategie und Taktik. Die Waffensysteme gaben mir Auskunft über mögliche Katastrophen und Vernichtung der Menschheit bei einer Anwendung. Bei der Fahrt nach Moskau, sah ich entlang der Eisenbahn zerstörte Anlagen, Dörfer, Städte und verbrannte Wälder. Dieses war das Werk der faschistischen deutschen Truppen, die am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfielen. Über 27 Millionen Sowjetbürger kamen zu Tode, dem Land wurden unersetzliche Verluste an materiellen und kulturellen Werten zugefügt. Die Faschisten hinterließen eine verbrannte Erde. Es war zehn Jahre nach Kriegsende, die Zeit reichte nicht aus, alles wiederaufzubauen. Dies waren beim Anblick meine Gedanken, ich stellte mir die Frage, wie wird uns das sowjetische Volk aufnehmen?

Von den sowjetischen Bürgern wurden wir gut aufgenommen und wegen unseres disziplinierten Verhaltens sehr geachtet. Die DDR wurde anerkannt und gewürdigt. Wir lernten viele Menschen in Moskau und Leningrad kennen, niemand wollte je wieder Krieg. Während des Studiums wurden viele Freundschaften geschlossen, die auch danach bis 1990 hielten. Ich bin im 2. Weltkrieg aufgewachsen, habe meine Heimat verloren, umgesiedelt von Ostpreußen nach Sachsen. Viele Verwandte kamen zu Tode. Der Krieg und seine Folgen sind bei mir tief eingeebrannt, der Krieg hat mich geprägt.

Der Losung „Nie wieder Krieg und Faschismus“ habe ich mein weiteres Leben gewidmet. Über mein Soldatsein erfuhren die Familie, insbesondere meine Enkel. Wenige erlebten aber mein Dasein als Soldat. In allen meinen gesellschaftlichen Funktionen, so als Mitglied der FDJ, Parteileitung und Parteikontrollkommission, stand der Soldat im Mittelpunkt.

Wichtig für mich war und ist meine Ehefrau. 60 Jahre sind wir verheiratet, immer erhielt ich die beste Unterstützung und alle Klippen meisterten wir gemeinsam. Bewundernswert war und ist die Fürsorge für unsere Tochter und ihre Erziehung. Umzüge, neuer Arbeitsplatz, Einrichtung der Wohnung wurden von ihr gemeistert, Respekt! Ich habe für meine Familie, Enkel und Freunde ein Büchlein geschrieben: „Erinnerungen an mein Leben“ gibt Auskunft über mein Soldatsein. Nunmehr können sie ihre Vorstellung zu Krieg und Frieden vertiefen und damit auch Probleme und Zusammenhänge hinterfragen. Für meine Generation, die die Zeit von 1939 bis 1945 durchlebte, sollte als Anlass ein Büchlein oder Aufzeichnung hinterlassen werden. Ich würde mich freuen, von meinen Enkeln zu hören „Unser Opa war ein Soldat des Friedens“.

Ich erwarte von der Bundesregierung für den Rest meines Lebens, sich weltweit für Abrüstung und Vermeidung jeglicher Kriegshandlungen einzusetzen. Der Krieg brachte auch die Flüchtlinge zu uns. Es ist eine Schande für Deutschland, dass die Bundeswehr wieder an der russischen Grenze im Einsatz steht, gerade dort, wo deutsche Soldaten schon mehrfach eingesetzt waren und nicht eben mit Ruhm bedacht, als Krüppel oder tot zurückkehrten. Die BRD übernimmt 75 Jahre nach den 22. Juni 1941 - mit der Teilnahme ihrer Soldaten an der zunehmenden Einkreisung Russlands eine Führungsrolle bei dessen realer Bedrohung. Oh Deutschland; wohin hast du uns bloß gebracht?

Ich fasse zusammen:

Das Studium in Monino/Moskau hat uns nicht nur hervorragende militärwissenschaftliche Erkenntnisse und bleibende Eindrücke vom ersten Arbeiter- und Bauernstaat UdSSR vermittelt, es hat insbesondere unsere Standpunkte und Überzeugungen von der Gerechtigkeit unseres Kampfes um Frieden und Sozialismus gestärkt. Wir haben die Überzeugung mitgenommen, dass wir als Militärs in der Zeit des Kalten Krieges vor allem durch hohe Gefechtsbereitschaft unseren Beitrag zur Friedenssicherung leisten mussten.

Ich bin heute noch stolz als Offizier der NVA, ausgerüstet mit Erkenntnissen der sowjetischen Militärwissenschaft, meinen Beitrag dazu geleistet zu haben. Natürlich schmerzt es mich, dass unsere Bemühungen nicht zum endgültigen Erfolg geführt haben, und auch meine Entwicklung vor mehr als 20 Jahren mit der Beendigung des sozialistischen Staates ein jähes Ende nahm.

Die Erinnerung und mein Stolz bleiben aber. Heute, im gestandenen Alter, habe ich meinen Platz im Ältestenrat des Verbandes zur Pflege der Tradition der NVA und Grenztruppen der DDR e.V. gefunden. Es ist nunmehr meine gesellschaftliche Wirkungsstätte.

gespräch mit einem vertreter der schweigenden mehrheit

es wird krieg geben
achselzucken

menschen werden sterben
achselzucken

raketen werden die welt vernichten
achselzucken

eine rakete könnte auch dein haus treffen
heftiges abwinken
halt
das geht nicht
dagegen muss man was tun
ich habe doch gerade
den rasen neu eingesät

Manfred Sestendrup

Was mir die Feder bei der Unterzeichnung des Aufrufs „Soldaten für den Frieden“ führte

Gerhard Müller

Jahrgang 1941, Mechaniker

Diplom-Militärwissenschaftler Seekriegsakademie UdSSR

Konteradmiral Stellvertreter Chef Rückwärtige Dienste

Die Lage in Europa und der Welt hat sich nicht verbessert, eher verschlechtert. Der Krieg in Syrien, die Kämpfe in Afghanistan, die IS-Anschläge, die Kämpfe in der Ukraine und mit den daraus resultierenden Flüchtlingsströmen aus allen Teilen der Welt sind beunruhigend.

Statt sich geschlossen gegen die Ursachen dieser Probleme zu wenden, beschließt die EU Sanktionen gegen Russland, lässt die NATO an den Grenzen zu Russland aufmarschieren. Nicht Russland ist die Ursache. Die USA haben mit „langer Hand“ in der Ukraine die Fäden gezogen, viel Geld investiert, wollten die Ukraine in die NATO haben und der alte Präsident sollte ein Abkommen mit der EU unterzeichnen, das eindeutig gegen Russland gerichtet war. Damit wollte man Russland isolieren, den Zugang der russischen Schwarzmeer-Flotte zum Schwarzen Meer blockieren. Das konnte sich Russland nicht bieten lassen, bei allen Verstößen gegen das Völkerrecht.

Auch die Barrikaden auf dem Maidan waren mit US-Hilfe organisiert worden. Selbst nachts waren diese besetzt, solange die USA zahlten – 100 bis 150 \$ je Nacht. Danach hörte man vom Maidan nichts mehr, auch die Scharfschützen waren plötzlich weg. Wo war auf einmal die revolutionäre Situation, wo blieb das angekündigte Untersuchungsergebnis? Woher kam der neue Regierungschef? Ein Ukrainer aus den USA. Alles organisiert, um Russland zu schaden.

Als ehemaliger Angehöriger der Volksmarine hatte ich sowohl eine Offiziershochschule in der Sowjetunion als auch die dortige Seekriegsakademie abschließen können. Ich bin über Jahrzehnte mit russischen Offizieren befreundet, kenne also die Einstellungen und Mentalität der Russen. Mich befremdet die Haltung der BRD und anderer Staaten zu Russland.

Von Russland ist noch kein Krieg ausgegangen. Die Sowjetunion hat im Zweiten Weltkrieg Millionen Opfer gebracht und den größten Anteil an der Befreiung vom Faschismus geleistet. Wie beschämend ist dagegen die Würdigung zum 70. Jahrestag der Befreiung!

Ich will dabei Stalins Verbrechen nicht unterschlagen. Ich habe sowohl Solschenizyns Buch „Archipel Gulag“ als auch das Buch „Stalin“ der englischen Autoren gelesen. Heute, nach der Lektüre, würde ich den fragenden sowjetischen Menschen „wie konnte ein so kluges und gebildetes deutsches Volk einen Hitler dulden“ nur antworten „und wieso habt ihr Stalin geduldet?“ Das heutige Geschrei der polnischen Regierung und auch der baltischen Staaten ist für mich völlig unbegründet, auch wenn sie unter Stalins Herrschaft gelitten haben.

Für Deutschland wäre Russland „der“ Partner – ein unendlicher Markt, reich an vielen Rohstoffen. Stattdessen sind wir USA-hörig.

- Die USA schürten und schüren in der Welt die Konflikte, immer nur im eigenen Interesse. Sie wollen die einzige Weltmacht sein und wenn es sein muss mit Atomschlägen gegen Russland.
- Die USA putschen in aller Welt, führen Kriege ohne UN-Mandat: z. B. Irak, Lybien.

Das Ergebnis: Zerstörung, Flüchtlinge und Tote.

Der russische Mensch ist nicht kriegerisch, sondern friedliebend. Das ist historisch bewiesen. Ich habe in meinen insgesamt acht Jahren Aufenthalt in der Sowjetunion so viel Gastfreundschaft erlebt, wie es für Deutsche nicht denkbar wäre. Ich verneine aber auch nicht, als Faschist bezeichnet worden zu sein. Oder mein Mentor, der aktiv am Krieg teilnahm, und

sich weigerte, uns zu unterrichten, da er in der Familie viele Opfer zu beklagen hatte. Er bekam Befehl und Parteauftrag. Davon erfuhren wir erst, als wir uns näher kennenlernten, ja sogar familiäre Kontakte pflegten. Später in Leningrad, während meines Studiums an der Seekriegsakademie, unternahmen wir gemeinsame Ausflüge und begingen gemeinsam Feiertage. Seine Ehefrau sagte uns ganz offen: „Ihr ward für mich Feinde.“ Und heute sagt sie zu uns „meine Kinder“.

Während der 70er und 80er Jahre haben wir und viele meiner Kameraden diese Familie mehrfach in die DDR eingeladen, das Land von Süd nach Nord gezeigt und immer wieder bis weit über Mitternacht diskutiert. Inzwischen lebt diese Familie in den USA, sie sind als Juden ausgewandert. Zur ihrer Goldenen Hochzeit waren wir nach New York eingeladen, für die anderen jüdischen Gäste unbegreiflich. Und wieder waren es Worte, Gespräche, um all das zu begreifen.

Und so wie wir aus „Feinden“ schließlich Freunde wurden, ist es in der Politik. Man muss sprechen, verhandeln und nicht Druck und Gewalt ausüben. In unserer Politik können wir anderen Staaten nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben, auch wenn in anderen Staaten die Frauen unterdrückt und diskriminiert werden.

Was haben wir in Afghanistan erreicht? Über 50 Särge sind nach Hause geflogen worden und im Land herrschen weiterhin Unruhe und Chaos.

Wozu muss die Bundesmarine im Mittelmeer präsent sein, wenn es dort die NATO-Partner Türkei, Griechenland, Italien, Frankreich, Spanien und Portugal gibt? Teilweise waren Schnellboote im Einsatz, die für diese Region nicht geeignet sind.

Ich jedenfalls bin stolz darauf, in der NVA gedient zu haben, die als Armee der DDR an keiner kriegerischen Handlung teilgenommen hat. Auch am friedlichen Ergebnis der Wende haben die NVA und die anderen bewaffneten Organe der DDR einen hervorragenden Anteil. Dafür wurden wir jedoch von der BRD bezeichnenderweise als „gedient in fremden Heeren“ abgefertigt.

Abschließend noch ein Wort zur Ablehnung des letzten Chefs der Volksmarine Vizeadmiral Born, den o. g. Aufruf zu unterzeichnen. Es befremdet mich, wie man so ein Dokument nicht unterzeichnen will. Wie kann man seine Einstellung so ändern, selbst wenn man noch so viele Kontakte zur Bundesmarine pflegt.

Mit freundlichen Grüßen von der Hohen Düne

Meine Unterschrift unter den „Aufruf Soldaten für den Frieden“ – ein logischer Schritt meiner Biographie

Friedemann Munkelt

Jahrgang 1945, Berufssoldat

Diplom-Militärwissenschaftler Generalstabsakademie UdSSR „W. I. Lenin“ UdSSR

Oberst Stellvertreter des Chefs der Politischen

Verwaltung Militärbezirk III

Am 30.06.1945 im Kreis Görlitz geboren, verkörpere ich, Oberst a.D. Friedemann Munkelt, die unmittelbare Nachkriegsgeneration. Ich hatte das große Glück, im Frieden geboren zu werden und aufzuwachsen. Sowohl in der Grundschule, als auch in der Erweiterten Oberschule „Theodor Körner“ in Reichenbach O/L, wo ich 1964 das Abitur ablegte, hatte ich Lehrer, derer ich mich auch heute noch mit großer Dankbarkeit erinnere.

Es dominierte in der Erziehung und Bildung der Nachkriegszeit ein Gedanke: Nie wieder Krieg!

Relativ früh war für mich klar, dass ich beim Aufbau eines friedliebenden deutschen Staates dabei sein wollte. So führte mich mein Weg nach dem Abitur in die SED und weiter in die Nationale Volksarmee. Nach Abschluss der Offiziersschule 1967 als Unterleutnant, begann ich den Truppendienst als Zugführer eines Panzerzuges im MSR-3 in Brandenburg/Havel.

Ein Grundgedanke, der sich durch die gesamte politische Arbeit zog, war die Freundschaft zur Sowjetunion, und für uns als Armeeingehörige zu ihren Streitkräften, der Sowjetarmee. Wissend um die Rolle der Roten Armee beim Sieg über den Hitlerfaschismus, waren wir bemüht, mit ihren in der DDR stationierten Armeeingehörigen enge Kontakte herzustellen. Das war nicht immer einfach, führte aber zu einer Vielzahl von Begegnungen verschiedenen Charakters und waren auch für uns immer Höhepunkte im militärischen Leben. Ich möchte zwei Momente nennen, die meine ohnehin positive Haltung zur Sowjetunion prägten.

Inzwischen FDJ-Sekretär eines Bataillons, besuchte ich 1972 mit einem Freundschaftszug der FDJ der NVA die Stadt Smolensk. Die Stadt war durch die Faschisten im 2. Weltkrieg schwer geprüft, keine Familie, die nicht in dieser Zeit Tote zu beklagen hatte. Vor Beginn der Reise wurden wir darauf hingewiesen, dass wir seit Kriegsende die ersten Deutschen in Uniform seien und es deshalb durchaus zu Irritationen kommen könnte. Dieser Vorbehalt war schnell nach den ersten Begegnungen gegenstandslos, uns schlug eine große Herzlichkeit entgegen, die ich später noch sehr oft erleben durfte. Einig waren wir uns im Streben um Frieden. Hier wurden wir oft gefragt, was macht ihr Deutschen dafür?

Der zweite prägende Moment war und ist die Freundschaft mit meinem Freund Iwan Semjonow, kurz Wanja genannt, die sich zu Beginn der 70er Jahre entwickelte, er Komsomolsekretär eines Regimentes in Rathenow, ich FDJ-Sekretär in Brandenburg. Seit dieser Zeit stehen wir, teilweise mit Unterbrechungen, in Verbindung. Später trafen wir uns als Hörer an der Militärpolitischen Akademie W.I. Lenin in Moskau wieder und während meines Studiums an der Generalstabsakademie. Wir lernten in dieser Zeit seine gesamte Familie kennen, die aus Baschkirien stammte. Es ist schwer zu beschreiben, sowjetische bzw. russische Gastfreundschaft muss man erlebt haben! Leider ist unser Freund 2014 an den Folgen seines Einsatzes in Tschernobyl verstorben. Zum 70. Jahrestag des Sieges haben meine Frau und ich seine Familie in Moskau besucht.

Um zur Gegenwart zu kommen: Natürlich sind mir die gesellschaftlichen Umwälzungen in Russland bekannt, mit all ihren nationalen und internationalen Folgen. Was aber geblieben ist, ist eine tiefe Friedensliebe der Menschen Russlands. Neben dem Besuch bei Freunden in Moskau,

wie bereits erwähnt, haben wir an den Feierlichkeiten zum Tag des Sieges in Tschechow teilgenommen. Es war ein beeindruckendes Erlebnis, zum Beispiel das „Unvergessene Regiment“, ein Demonstrationszug mit Bildern der gefallenen und verstorbenen Teilnehmer des 2. Weltkrieges. Auch da wurde nochmals das ganze Elend von Kriegen sichtbar. Allein, um ein Beispiel zu nennen, unser dortiger Gastgeber hat im Krieg seinen Vater verloren und vier Brüder seines Vaters, dies ist beileibe kein Einzelfall. In den Gesprächen wurden wir immer wieder zur Politik Deutschlands befragt. Auf der einen Seite konnten wir guten Gewissens antworten, dass viele Menschen die entscheidende Rolle der Sowjetunion im 2. Weltkrieg nicht vergessen haben und mit Russland in Frieden leben wollen. Auf der anderen Seite steht die offizielle Politik der Bundesrepublik Deutschland, militär-politisch gerade im Weißbuch 2016 bestimmt. Dort heißt es unter anderem: „Russland wendet sich dabei von einer engen Partnerschaft mit dem Westen ab und betont strategische Rivalität.“ Und weiter:“ Im Zuge einer umfassenden Modernisierung seiner Streitkräfte scheint Russland bereit, an die Grenzen bestehender völkervertraglicher Verpflichtungen zu gehen.“ (S. 32). Und damit sind wir wieder beim Aufruf von ISOR und unseres Verbandes.

Es würde den Rahmen einer Begründung für meine Unterschrift unter den Aufruf sprengen, wollte ich alle Facetten der Militärpolitik unseres Landes und der NATO beleuchten. Aber was sich gegenwärtig seitens dieser Kräfte abspielt, ist an Zynismus nicht zu überbieten. Das beginnt mit der Verächtlichmachung des russischen Präsidenten, führt über die Initiierung von „Regime-change“ à la Ukraine und Syrien direkt in den Krieg. Die Rolle der USA dabei ist hinlänglich bekannt. Die Gefahr, dass diese Kriege eine Entwicklung zum Flächenbrand nehmen, ist so groß wie nie zuvor, medial ist er schon im vollen Gange!

Deshalb die Unterschrift unter den Aufruf, wehret den Anfängen, zwingt die Regierenden zu einer Politik des Friedens und der Verständigung unter den Völkern.

Es gibt genügend Probleme auf unserem Planeten, die unserer ganzen Kraft bedürfen, unserer friedlichen Kraft!

Warum wurde ich Soldat

Und warum haben wir Soldaten der NVA und Grenztruppen 1989/90 keine Waffen gegen das eigene Volk eingesetzt

Werner Murzynowski

Jahrgang 1941, Traktoren- und Landmaschinenschlosser
Diplom-Militärwissenschaftler Seekriegsakademie/UdSSR
Kapitän zu See Chef der 6. Flottille

Meine Kindheit begann noch in der Zeit des Nationalsozialismus zu Beginn eines der schlimmsten Kriege in der Weltgeschichte. Es entstanden zwei deutsche Staaten unter Kontrolle der jeweiligen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Die Bundesrepublik Deutschland sah sich als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Gleichzeitig begann der Kalte Krieg zwischen zwei Weltsystemen, der sich hauptsächlich auf deutschem Territorium abbildete. Die politischen Ziele der damaligen Weltmächte haben eine Zeit geprägt, die sehr oft am Rand eines dritten Weltkrieges endete.

Das Leben meiner Familie spielte sich hauptsächlich in der DDR ab. Die politischen, wirtschaftlichen, militärischen Ereignisse dieser Zeit haben meine politischen Gedanken geprägt und Vorstellungen einer sozial gerechten Gesellschaft entwickelt. Nach Abschluss der Grundschule begann ich die Lehre als Schlosser und wohnte in einem Internat. Während meiner Lehrzeit war die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in der Republik teilweise beunruhigend und bei uns Lehrlingen täglicher Gesprächsstoff. Ich erinnere mich an Gespräche über Vorhaben der BRD zur Einverleibung der DDR am Tag X und an den Plan DEKO II vom Frühjahr 1952 (<http://home.snfu.de/veith/decoii.htm>), der präzise beschreibt, wie man die DDR in den Bestand der BRD zurückholen wollte.

Ein Adenauer Zitat im „Rheinischen Merkur“ vom 20. Juli 1952 verdeutlicht das: „Was östlich von Werra und Elbe liegt, sind Deutschlands unerlöste Provinzen. Daher heißt die Aufgabe nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung. Das Wort Wiedervereinigung soll endlich verschwinden. Es hat schon zu viel Unheil gebracht. Befreiung sei die Parole.“

Die Maxime unserer Väter – nimm nie wieder eine Waffe in die Hand – war nicht durchsetzbar. Der bewaffnete Schutz zum Aufbau einer neuen Gesellschaft musste organisiert werden. Die Jugendorganisation rief dazu auf, sich zum Schutze der Republik freiwillig zu den bewaffneten Organen zu melden.

In unserer Lehrgruppe wurde das Thema sehr ernsthaft diskutiert. Wir waren im dritten Lehrjahr und die meisten über 18 Jahre alt, somit im wehrfähigen Alter.

Alle in der Gruppe haben sich verpflichtet, den bewaffneten Kräften beizutreten. Da ich noch keine 18 Jahre alt war, musste ich das Einverständnis meiner Eltern einholen. Ganz sicher war ich mir nicht, ob meine Eltern zustimmen würden, zumal ich die Einstellung meines Vaters kannte. Ich fuhr also mit Zweifeln nach Hause und konfrontierte Vater und Mutter mit meinem Vorhaben. An das Gespräch habe ich mich sehr oft erinnert. Die Worte meines Vaters haben sich in mein Gehirn eingebrannt. „Junge, wir sehen diese Notwendigkeit ein und wenn es dein Wille ist, dann lerne dich zu verteidigen. Aber merke dir: richte deine Waffe nie gegen das eigene Volk, gebrauche sie nur zur Verteidigung.“ Daran habe ich mich gehalten und alle Entscheidungen in meiner militärischen Laufbahn unter diesem Gesichtspunkt getroffen.

Am 27.07.1959 wurden wir zu den bewaffneten Organen einberufen. Mein Dienst begann mit der Grund- und Spezialausbildung an der Flottenschule Parow der Seestreitkräfte der DDR. Wenige Monate später folgte ich dem Aufruf zur Ausbildung zum Seeoffizier an der Offiziersschule der Seestreitkräfte der DDR und beendete diese Ausbildung nach vier Jahren mit der Ernennung zum Seeoffizier.

Danach wurde ich als Kommandant auf einem Torpedoschnellboot Projekt 183 in die 6. Flottille versetzt. Als Kommandant war ich in vielen Seeinsätzen im Rahmen von Gefechtsausbildung und Gefechtsdienst in der südwestlichen Ostsee im Einsatz. Dabei hatten wir fast ständig Kontakt

mit Einheiten der Bundesmarine, der Dänischen und auch Norwegischen Marine, die selbständig und im Zusammenwirken vor unserer Haustür (Mecklenburger Bucht) operierten. Es kam oft zu Provokationen, die durchaus darauf schließen ließen, dass man es mit Drohgebärden ernst meinte. Was sollten wir denken, als die Bordgeschütze einer Fregatte auf unser Boot gerichtet wurden oder in einem anderen Fall die Totenkopfflagge in der Rah gezeigt wurde. Direkte Überflüge in geringen Höhen durch Starfighter waren auch keine Seltenheit. Eine Reihe von Gefechtsausbildungsmaßnahmen und Manöver der Bundesmarine und der NATO -Seestreitkräfte in der Mecklenburger Bucht und Arkonasee, ließen auf eine deutliche Absicht schließen.

Für mich war das jedenfalls eindeutig. Demzufolge legte ich gesteigerten Wert auf Wissen und Können in der Ausbildung – im Hinterkopf immer die Sicherung des Überlebens im bewaffneten Konflikt. Das war auch später mein Leitmotiv in allen Dienststellungen vom Kommandanten bis zum Flottillenchef. Nach einigen Jahren als Kommandant folgte für mich die militärische Weiterbildung zur Übernahme höherer Dienststellungen, die mit dem Abschluss der Seekriegsakademie der UdSSR endete.

In den folgenden Dienststellungen habe ich eine Reihe von Erlebnissen in meinem Kopf, die mir immer das Gefühl vermittelten, dass die aggressiven politischen und militärischen Absichten der NATO wahr und ernst zu nehmen waren.

Deshalb habe ich in sowohl als Kommandant, als Chef einer Schiffsschlaggruppe und als Flottillenchef der Gefechtsausbildung, der Organisation des Zusammenwirkens und der Gefechtssicherung höchste Priorität eingeräumt. Als Beispiel möge hier das NATO Manöver „Baltic Operations“ im Herbst 1985 dienen.

Im Oktober 1985 operierte ein Verband der NATO Ostseeanrainer und der USA mit dem Schlachtschiff IOWA in der Ostsee. Im östlichen Teil der Ostsee kam es auch zu einem demonstrativen Waffeneinsatz dieses Schiffes mit dem Hauptkaliber der Artillerie. Man muss wissen, dass die IOWA als Kernwaffenträger mit den Raketen Tomahawk, die eine Reichweite von bis zu 2.500 km hatten, damit eine mächtige Bedrohung der sozialistischen Staaten war. Diese Situation wurde sehr ernst genommen und als Bedrohung der sozialistischen Staatengemeinschaft aufgefasst. Die Kräfte des Gefechtsdienstes aller drei Flotten der Vereinigten Ostsee Flotten haben diesen Verband ununterbrochen beobachtet und begleitet.

In der Volksmarine wurde die Struktur in den 70er Jahren den militärischen Erfordernissen angeglichen und ständig Kräfte zum sofortigen Einsatz in Bereitschaft gehalten, die in der Form des Gefechtsdienstes gegnerische Kräfte beim Eindringen in die südwestliche Ostsee rechtzeitig aufzuklären, zu begleiten und im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung vernichtend zu bekämpfen hatten.

Unsere Flottille war mit einer Schiffsschlaggruppe im Bestand von vier Raketenschnellbooten und fünf Torpedoschnellbooten im Einsatz und handelte im direkten Zusammenwirken mit einer unserer Küstenraketenkräfte und einer Schiffsschlaggruppe der Baltischen Rotbannerflotte. Für die Aufklärung und Begleitung gegnerischer Kräfte war ab 1971 immer eine Schiffsschlaggruppe in Bereitschaft. Sie war ständig mit Gefechtsmitteln ausgerüstet und in der Lage zu sofortigen Gefechtshandlungen. Aus ihrem Bestand waren je zwei RS-Boote und zwei TS-Boote in ständiger Bereitschaft zum schnellstmöglichen Auslaufen. Dazu wurden die Besatzungen wöchentlich in einem militärischen Zeremoniell und folgendem Wortlaut vergattert.

Zum Schutze der Seegrenzen der Deutschen Demokratische Republik im festen Bündnis mit den Waffenbrüdern der Vereinten Ostseeflotten

Vergatterung

Es gab für mich keinen Grund, in irgendeiner Weise an der Notwendigkeit unseres Auftrages zu zweifeln. Anfang 1983 wurde ich in den Stab der Flottille als Leiter der Unterabteilung Operativ versetzt und nach einem Jahr als Stabschef der Flottille eingesetzt. Ab 1987 habe ich den Befehl zur Führung der 6. Flottille übernommen. In diesen Dienststellungen war ich hauptsächlich verantwortlich für die gesamte Einsatzplanung der Flottille und für die Organisation des Zusammenwirkens mit den Küstenraketenkräften, den Marineflieger- und Hubschrauberkräften und der Luftverteidigung für die Einheiten und Einrichtungen der Flottille.

Im Verteidigungsfall war der Chef der Flottille auch gleichzeitig Chef der Stoßkräfte der Volksmarine mit der Aufgabe ihrer unmittelbaren Führung in Kampfhandlungen im Zusammenwirken mit den Kräften der Baltischen- und Polnischen Seekriegsflotte.

In der Zeit meiner Verantwortlichkeit habe ich nicht erlebt, dass von einer vorgesetzten Ebene Befehle für die Planung von Angriffsoperationen gegeben wurden.

Unserem Verfassungsauftrag entsprechend waren unsere Handlungen immer auf die Abwehr von Angriffen von See und aus der Luft ausgerichtet mit dem nachfolgenden Übergang zur Erringung der Seeherrschaft in der südwestlichen Ostsee gerichtet. Darauf waren auch alle Ausbildungs- und Manöverinhalte der Flottille orientiert. Das letzte Training der Stoßkräfte fand im Juni 1989 statt. In einer taktischen Übung der 6. Flottille wurde der Einsatz der Schiffsschlaggruppen der Flottille im Zusammenwirken mit den Kräften der 24. Raketenbootsbrigade der Baltischen Rotbannerflotte und einer Schiffsschlaggruppe der Polnischen Seekriegsflotte sowie unseren Küstenraketenkräften und Marinefliegerkräften trainiert. Geübt wurde der Einsatz der Raketen auf maximale Schussdistanz nach Angaben von Schiffs- und Landführungshaltern. Als Zieldarstellung durchlief ein Verband der Baltischen Rotbannerflotte die Südwestliche Ostsee von West nach Ost. Das Ziel war durch aufeinanderfolgende, konzentrierte Schläge fiktiv zu bekämpfen. Die Aufgabenstellung wurde insgesamt mit guten und sehr guten Ergebnissen erfüllt. Grundlage war der hohe Grad unserer Gefechtsausbildung zum Einsatz der Hauptbewaffnung nach Führungshalter mit dem Ziel, die Raketenkräfte möglichst aus der Waffenreichweite des Gegners zu halten. Zur Unterstützung wurden Maßnahmen des Funkelektronischen Kampfes, die Organisation der Nachrichtenverbindungen und die Organisation der Luftabwehr verstärkt trainiert.

Im Herbst 1989 begann eine unruhige Zeit aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen, die sich auch in unserer Flottille sehr stark auswirkten. Ich erinnere mich an den 5. Oktober, meinem Geburtstag, an dem der Chef der Volksmarine die Führungskader der Volksmarine in das Kommando zur Dienstberatung befohlen hatte. Er erläuterte die Lageentwicklung in der Republik und erinnerte an den Verfassungsauftrag, der einen Einsatz der Nationalen Volksarmee gegen das eigene Volk weder mit noch ohne Waffeneinsatz vorsah.

Somit war klar, dass in der Volksmarine kein Kommandeur, auf welcher Ebene auch immer, seine Unterstellten gegen das eigene Volk einsetzen würde.

Unsere Aufgabe bestand nun in der Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung und Disziplin sowie der absoluten Sicherung von Waffen und Munition. Und das ist uns gelungen.

Aus meinem Beitrag sollte sichtbar werden, weshalb wir uns um einen hohen Grad der Gefechtsbereitschaft bemüht und die Gefechtsausbildung sehr ernst genommen haben. Wir haben es nicht verdient, dass nach 25 Jahren des Beitritts der DDR zur BRD unsere Leistungen für die Erhaltung des Friedens immer noch herabgewürdigt werden.

Aktivitäten dazu gibt es aber fast täglich in den Medien und einzelnen Veranstaltungen. Zum Beispiel führt die Konrad-Adenauer-Stiftung auch in diesem Jahr ein Seminar zum Thema: „Die NVA, Armee einer Diktatur“ durch. Damit versucht sie, unsere Leistungen im Kampf um Frieden herabzuwürdigen.

Es gibt aber auch andere Denkrichtungen. Folgender Ausspruch von Egon Bahr verdeutlicht das. Er äußerte u. a., das Unwürdigste, was bisher in Deutschland passierte, war der Umgang mit den Soldaten bei der Auflösung der NVA. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Krieg und Frieden

Horst Nörenberg

Jahrgang 1946, Maschinen- und Traktorenschlosser

Diplom-Militärwissenschaftler, Militärakademie/UdSSR

Oberst Leiter der Abteilung Mot.-Schützen im Kommando der Landstreitkräfte

Mit seinem grandiosen Werk „Krieg und Frieden“ dokumentiert Tolstoi eine Zeitepoche der Geschichte und zeigt die Grausamkeit von Kriegen im 19. Jahrhundert. Der Militärdiktator Napoleon überzog ganz Europa mit Krieg und brachte Millionen den Tod, Verkrüppelung und Verwüstung. Adolf Hitler, ein Kriegsverbrecher, stürzte Europa im 20. Jahrhundert in die größte Katastrophe der Geschichte unseres Planeten.

„Wieder und wieder gelangen wir zur gleichen Erkenntnis: Es ist immer die Einzelpersönlichkeit, die einen Krieg befürwortet, heraufbeschwört und in Szene setzt, natürlich unterstützt von ein paar Kriegstreibern, Militaristen und Großverdienern.“ (Frank Fabian: Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands, Bassermann Verlag 2015)

Friedrich der Große, Napoleon, Bismarck, Wilhelm II., Hindenburg, Hitler, die US-Präsidenten Johnson und Bush gehören zu diesen Persönlichkeiten. „Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, denn die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne den Zweck gedacht werden“. So Carl von Clausewitz.

Unsere Geschichte ist die Geschichte von Kriegen. „Kriege werden gemacht, geschürt, inszeniert. Man muss das hässliche Gesicht verstecken, das Kriege in Wahrheit haben. Bismarck schob, wie das gewöhnlich geschieht, patriotische Ziele vor, schürte religiöse, rassistische und nationale Vorurteile, schürte Hass – systematisch. Nur so waren seine Kriege möglich. In einem gewissen Sinne, von vielen ungesehen führte Bismarck geradlinig zum Ersten Weltkrieg, der in Folge mit einer gewissen logischen, halblogischen Konsequenz in den Zweiten Weltkrieg mündete – den barbarischsten aller Kriege, mit sechzig Millionen Toten. Ohne Bismarck wäre Deutschland all dies vielleicht erspart geblieben. So aber blieb Deutschland lange, zu lange, diesem Untertanengeist verhaftet.

Wenn der in der Politik anzulegende Maßstab, Freiheit, Chancengleichheit, und juristische Gleichheit, Wohlstand und Toleranz wirklich etwas gelten, wenn man Krieg als das sieht, was er wirklich ist, nämlich die schlimmste Geißel der Menschheit, dann fällt ein endgültiges Urteil leicht.“ (Frank Fabian ebenda.)

Immer waren es die Ausbeutergesellschaften, die durch ihren Charakter, dem Streben nach Profit und Macht über Absatzmärkte zu Kriegen führten. Neben der Sklaverei hat der Kapitalismus den menschenverachtenden Kolonialismus und die schlimmsten Kriege der Geschichte zu verantworten, den 1. Weltkrieg, den 2. Weltkrieg und den Vietnamkrieg. Sein größtes Verbrechen aber war der Faschismus in Europa und die Verbrechen des japanischen Militarismus.

Als die Sieger 1945 über die Kriegsverbrecher urteilten, saßen da auch die Mächtigen der deutschen Industrie und der Banken. Da aber die Westmächte von gleichen Interessen gelenkt wurden und der Feind im Osten schon ausgemacht war, wurden sie mit Samthandschuhen angefasst. Ähnlich war es mit Hitlers Generälen nach 1945.

„Die deutschen Militärs setzten noch in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges auf Zeitgewinn. Sie versprachen sich davon, die unmittelbar bevorstehende bedingungslose Kapitulation des faschistischen Deutschlands weiter hinauszögern zu können. Damit verlängerten sie nicht nur die Schrecken des Krieges, sondern auch die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur auf deutschem Boden; waren selbst willige und gnadenlose Vollstrecker. So kalkulierten sie bewusst die Zerstörung des Gebietes zwischen Oder, Neiße und Elbe ein und trugen dazu bei, dass sich Angst und Schrecken bei der eigenen Bevölkerung vertiefen mussten; auch gegenüber den gegnerischen Truppen. Sie sorgten schließlich mit ihrer Befehlsgebung dafür, dass in kürzester Zeit noch zahlreiche Verbrechen an eigenen Kameraden und Zivilpersonen aber auch an Kriegsgefangenen und Soldaten des Gegners durch Erhängen, Erschießen oder

Erschlagen begangen wurden. So erfüllten sie bereitwillig bis zur letzten Minute dieses grausamen Vernichtungskrieges die Forderungen ihres Oberbefehlshabers, Adolf Hitler, sogar über dessen Tod hinaus.

Von dieser Verantwortung und Schuld gegenüber dem eigenen Volk und Vaterland können die deutschen Militärs nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht freigesprochen werden; auch wenn es dafür immer wieder Versuche gab und gibt. Es war schließlich ihr Krieg den sie umfassend vorbereitet und total geführt haben“. (Klaus Weier, Schreckliche Generäle, 2012) Diese Generale waren die Väter der Bundeswehr.

Wenn wir uns die heutige Weltlage ansehen, finden wir die gleichen Merkmale des Kapitalismus wie im 19. und 20. Jahrhundert. Sehr anschaulich dokumentierten das Michael Lüders in seinem Buch „Wer den Wind sät - Was westliche Politik im Orient anrichtet“, oder Noam Chomsky „Wer beherrscht die Welt“ und Carlo Masala „Weltunordnung“.

Michael Lüders beschreibt die westlichen Interventionen im Nahen und Mittleren Osten und zeigt ihre desaströsen Folgen, darunter Terror, Staatszerfall, den Siegeszug islamistischer Milizen und den Erfolg des »Islamischen Staates«. Wer wissen will, wie in der Region alles mit allem zusammenhängt, der greife zu diesem Schwarzbuch der westlichen Politik im Orient.

In den vergangenen Jahren hat sich die Bundesrepublik der Militarisierung der Außenpolitik stärker denn je verschrieben. Frau von der Leyen entwickelt sich immer mehr zur Kriegsministerin.

Das Schwarzbuch der LINKEN zur Aufrüstung und Einsatzorientierung der Bundeswehr zeigt das sehr deutlich. Frau von der Leyen bewegt sich auf den Spuren Bismarcks, nur im Gegensatz zu ihr stand Bismarck für gute Beziehungen zu Russland.

Dem Westen fehlt eine Strategie für die Zukunft. Für eine Gemeinschaft gemeinsamer Interessen. Um das gescheitertes Finanzsystem zu retten, ist der Kapitalismus offenbar bereit, Krieg, Terror und Chaos zu verbreiten, das richtet sich besonders gegen Russland und China.

Dagegen wenden wir uns mit unserem Aufruf „Soldaten für den Frieden“. Die Welt muss sich vom geopolitischen Kurs der USA und Europas lösen, nur so können wir die Welt vor einer von Menschen gemachten Katastrophe bewahren.

Immer waren es die Ausbeutergesellschaften, die durch ihren Charakter, dem Streben nach Profit und Macht über Absatzmärkte zu Kriegen führten.

Meine Verantwortung für den Frieden

Wolfgang Steger

Jahrgang 1934, Weber

Diplom Militärwissenschaftler Generalstabsakademie/UdSSR

Generalleutnant, Stellvertreter des Chefs des Hauptstabes für operative Fragen

Als General der NVA, in verantwortungsvoller Tätigkeit, als studierter Militärwissenschaftler, war ich stets mit den Fragen Krieg und Frieden konfrontiert. Ich schätze mich glücklich, in einem Staat gedient zu haben, in dem die Entscheidungen stets in Richtung Frieden getroffen wurden. Damit stand ich nie vor der Entscheidung als Befehlshaber (Chef eines MB) Entschlüsse zu fassen, die verheerende Folgen für meine unterstellten Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere gehabt hätten.

Aus einer einfachen Arbeiterfamilie gekommen, der Vater war Weber, und ich folgte ihm, war der familiäre Zusammenhalt das wichtigste in unseren Leben. Der Krieg hatte Spuren auch in meinem familiären Umfeld hinterlassen. Der Hunger und der Mangel an den nötigsten Mitteln für den Lebensunterhalt zwangen uns täglich, mit primitiven Mitteln um das Überleben zu kämpfen.

Deshalb war ich bereit, mit 17 Jahren den bewaffneten Kräften der DDR (HVA) beizutreten, um einen Beitrag zu leisten gegen den Krieg. Mag das auch für manchen ironisch klingen, aber bereits zu dieser Zeit war die Wiederaufrüstung Deutschlands sichtbar. Es galt, unsere Republik auch durch eigene junge Kräfte militärisch zu sichern.

Ich habe den Dienst in den bewaffneten Kräften der DDR stets sehr ernstgenommen und mich den militärischen Gepflogenheiten untergeordnet. Mit Fleiß und Ausdauer führte mein weiterer Weg über die Offiziersschule, die Frunse-Akademie in Moskau über die Generalstabsakademie der Sowjetarmee in hohe militärische Dienststellungen bis zum Chef eines Militärbezirkes und Stellvertreter des Chefs des Hauptstabes der NVA. Auf diese Entwicklung bin ich auch noch heute berechtigt stolz.

All das war mit vielen persönlichen Einschränkungen und Entbehrungen verbunden. Wer kann heute noch nachvollziehen, was es bedeutet, wenn eine Mutter über Monate ganz allein die Kinder großziehen musste, auf sich allein gestellt alle familiären Entscheidungen zu treffen hatte? Wenn die Familie alle zwei bis drei Jahre umziehen musste? Unsere Frauen mussten Opfer bringen, die gar nicht hoch genug zu würdigen sind. Ohne die Einsicht unserer Frauen wäre auch unser Dienst nicht möglich gewesen.

Je höher die Verantwortung war, die mir übertragen wurde, desto klarer festigte sich bei mir die Erkenntnis, dass eine mögliche militärische Auseinandersetzung schlimme Folgen für die Menschheit haben würde. Es galt alles zu tun, damit eine solche Auseinandersetzung unbedingt verhindert wird und das war nur möglich, wenn wir den hohen militärischen Anforderungen, die uns im Rahmen des Warschauer Vertrages zugewiesen waren, auch gerecht werden.

Auch diese schwierige Zeit habe ich mit Würde getragen. Wusste ich doch, dass ich damit, so wie viele Tausend andere, mitgeholfen habe, das militärstrategische Gleichgewicht zu sichern und damit einen neuen Krieg zu verhindern.

Auch die kritische Zeit 1989/1990 war ein Beweis, dass mit hoher militärischer Verantwortung Entscheidungen getroffen wurden, die im Interesse der Menschen waren. Man kann nicht genügend betonen: Wir in der NVA haben alles getan, dass die Waffen nicht zum Einsatz kamen und die Ereignisse nicht in militärische Auseinandersetzungen übergingen.

Die Entwicklung hat bestätigt, dass sich unsere Mühen gelohnt haben.

Gibt es höhere Ideale, als mit militärischen Mitteln und militärischer Macht Kriege zu verhindern?

Deshalb war es mir auch ein echtes Bedürfnis den Aufruf „Soldaten für den Frieden“ zu unterzeichnen.

Mein halbes bewusstes Leben war ich mit der Sowjetarmee und der der Sowjetunion verbunden. Nicht ein einziges Mal habe ich empfunden, dass aus diesem Land eine Gefahr für die Menschheit ausgeht. In Gegenteil. Durch die bitteren Erfahrungen mit unsagbaren Opfern im Großen Vaterländischen Krieg gibt es einen ausgeprägten Friedenswillen unter den russischen Menschen.

Deshalb berührt es mich schmerzlich, dass heute wieder die Kriegstrommeln gen Osten, gen Russland gerührt werden.

Diese Erkenntnis macht mich stolz, meine Unterschrift unter diesen Aufruf geleistet zu haben.

Sinn des Soldat seins

Wichtigste Aufgabe der Soldaten ist es, an der Seite der Waffenbrüder den Frieden zu sichern und den Krieg durch hohe Wachsamkeit und Gefechtsbereitschaft zu bekämpfen, bevor er ausbricht.

Der Sinn des Soldat seins im Sozialismus besteht darin, Frieden zu schaffen und Frieden zu erhalten, auch für unsere Nachbarvölker, für alle Menschen in Europa und in der Welt.

*Heinz Keßler, Armeegeneral
Minister für Nationale Verteidigung der DDR*

Meine Stellungnahme zum Aufruf „Soldaten für den Frieden“

Fritz Streletz

Jahrgang 1926, Berufssoldat

Diplom Militärwissenschaftler Generalstabsakademie/UdSSR

Generaloberst Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und

Chef des Hauptstabes

Stellvertreter des Oberkommandierenden der Armeen des Warschauer Vertrages

Als mich vor etwa zwei Jahren mein Freund und Kampfgefährte Generalleutnant a.D. Manfred Volland darüber informierte, dass die Absicht besteht, auf Grund der gefährlichen Entwicklung der internationalen Lage einen Aufruf „Soldaten für den Frieden“ vorzubereiten, war ich sofort bereit, an diesem Vorhaben mitzuarbeiten.

Diese Bereitschaft hängt mit meinem persönlichen Lebensweg zusammen.

Mit 19 Jahren geriet ich im Februar 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft und habe 3 ½ Jahre in verschiedenen Lagern verbracht. Hier sah und spürte ich die Folgen der faschistischen Aggression gegen die Sowjetunion und das Leid der Bürger dieses Landes.

Es reifte in mir der Gedanke: So etwas darf sich nicht wiederholen. So viel Leid und Elend darf nicht wieder über die Menschheit kommen. Dafür muss jeder einzelne seinen Beitrag leisten. Von diesem Gedanken habe ich mich auch in meiner 40jährigen Dienstzeit in den bewaffneten Kräften der DDR leiten lassen.

Deshalb habe ich auch meinen Freund Manfred Volland bei der Vorbereitung des Aufrufs „Soldaten für den Frieden“ aktiv unterstützt. Es war für uns sehr erfreulich, dass über 100 Generale, viele Oberste und weitere Verantwortungsträger mit ihrer Unterschrift ihre Sorge und Verantwortung um die Erhaltung des Friedens bekundeten.

Wir konnten und wollten nicht mehr schweigen zur dramatischen Entwicklung der internationalen Situation in Richtung Krieg, die drastische Zuspitzung aller militärischen Aktivitäten seitens der USA und der NATO gegen Russland, insbesondere seit Beginn des Ukraine Konfliktes.

Deshalb haben wir uns an die Öffentlichkeit gewandt, um unseren Sorgen über die gefährliche Entwicklung Ausdruck zu verleihen. Als Militärs, die in der DDR in verantwortungsvollen Funktionen tätig waren, haben wir uns in großer Sorge um die Erhaltung des Friedens und um den Fortbestand der Zivilisation in Europa an die deutsche Öffentlichkeit gewandt.

Frieden war immer die wichtigste Maxime unseres Handelns. Es ist eine gesicherte Erfahrung, dass die brennenden Fragen unserer Zeit nicht mit militärischen Mitteln zu lösen sind.

Jetzt konstatieren wir, dass der Krieg wieder zum ständigen Begleiter der Menschheit geworden ist.

Die von den USA und ihren Verbündeten betriebene Neuordnung der Welt hat in den letzten Jahren zu Kriegen in Jugoslawien und Afghanistan, im Irak, Jemen und Sudan, in Libyen, Somalia und Syrien geführt. Fast zwei Millionen Menschen wurden Opfer dieser Kriege und Millionen sind auf der Flucht.

Weil wir sehr gut wissen, was Krieg bedeutet, erheben wir unsere Stimme gegen den Krieg, für den Frieden. Eine solche Friedensbotschaft, unterzeichnet von ehemaligen Verantwortungsträgern einer Armee, ist auch einmalig in der deutschen Militärgeschichte.

Es gab Reaktionen im In- und Ausland, die uns alle überrascht haben. Ich konnte mich selbst bei meinen Aufenthalten in Kuba und China davon überzeugen, welche hohe Wertschätzung unser Aufruf bei den führenden Kadern der Armee Kubas und der Volksbefreiungsarmee Chinas hinterlassen hat.

Wir, die ehemaligen Angehörigen der Nationalen Volksarmee der DDR werden auch weiterhin aktiv für den Frieden kämpfen. Dazu haben wir den Verband zur Pflege der Traditionen

der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR gegründet. Er soll die Erinnerung an die Leistungen der Angehörigen unserer Armee im Verteidigungsbündnis des Warschauer Vertrages bewahren, auf aktuelle Aufgaben in der politischen Auseinandersetzung und im Friedenskampf orientieren sowie helfen, gegen Diskreditierungen und Verleumdungen der Angehörigen unserer Armee gemeinsam aufzutreten.

Jeder Angehörige der Nationalen Volksarmee kann auch heute erhobenen Hauptes und mit Stolz auf seinen Ehrendienst zurückblicken. Er hat einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa geleistet. Ich bin stolz darauf, in der ersten deutschen Armee vom Soldaten bis zum Generaloberst gedient zu haben, die keinen Krieg geführt hat.

Keiner von uns hat einem „Unrechtsstaat“ gedient. Ich bin fest davon überzeugt, und die Reaktionen auf unseren Aufruf „Soldaten für den Frieden“ bestätigen das:

Trotz der vielen Verleumdungen und Diskriminierungen wird die Geschichte ein gerechtes Urteil über den Beitrag der Nationalen Volksarmee der DDR zur Erhaltung des Friedens in Europa fällen.

Warum ich mich dem Aufruf „Soldaten für den Frieden“ angeschlossen habe

Otto Stüllein

Jahrgang 1936, Berufssoldat

Dr.rer.mil. Kapitän zur See

Mitarbeiter im Stab der Vereinten Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages

Als ich im Jahre 1954 nach bestandem Abitur freiwillig den Dienst in den bewaffneten Kräften der Deutschen Demokratischen Republik antrat, geschah das, weil ich die Notwendigkeit einsah, dass der bedrohlichen Entwicklung in Westdeutschland ein Gegengewicht entgegengesetzt werden müsse:

Der Kalte Krieg hatte begonnen. Unter Beteiligung einstmals führender Generale und Offiziere der faschistischen Wehrmacht wurde die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland betrieben. Offen wurde die Liquidierung der DDR proklamiert und die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 als Ziel verkündet.

Als Offizier der Volksmarine führte mich mein Weg über die Stationen Stralsund, Peenemünde, Leningrad, Rostock bis nach Moskau in das Kommando der Vereinten Streitkräfte der Warschauer Vertragsstaaten.

In dieser Zeit leistete die Nationale Volksarmee der DDR einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Friedens, ohne sich jemals an kriegerischen Handlungen zu beteiligen. Es sei daran erinnert, dass zu jener Zeit auch die BRD, eingedenk der Lehren aus der deutschen Geschichte, Auslandseinsätze der Bundeswehr kategorisch ausschloss.

Als im Oktober 1990 die NVA zusammen mit ihrem Staat aufhörte zu bestehen, endete mein Dienst als Berufsoffizier und ich engagierte mich ehrenamtlich in der Friedensbewegung, ohne dass ich dazu meine Grundüberzeugung hätte aufgeben oder verändern müssen. Nach Ende der Blockkonfrontation glaubte ich wie viele meiner bisherigen Berufskollegen, dass nunmehr eine friedliche Entwicklung der Menschheit einsetzen würde.

In der Überzeugung, dass ein stabiler Frieden nur durch rigorose Abrüstung erreicht werden kann, wandte sich die Interessengemeinschaft EntRüstung Rostock, die sich vorwiegend aus ehemaligen Admiralen und Offizieren der Volksmarine rekrutierte, Anfang der 1990er Jahre mit Aufrufen „Für eine militärfreie Ostsee“ und „Für eine radikale Abrüstung in der Ostseeregion“ an die Öffentlichkeit und initiierte mehrere Ostseefriedenskonferenzen. Wir hielten es für möglich und notwendig, in der Ostseeregion – sozusagen als „Europa in der Nussschale“ – ein Beispiel für kollektive Sicherheit durch Abrüstung, eine Keimzelle für eine gesamteuropäische Friedensordnung auf der Grundlage der OSZE zu schaffen.

Diese unsere Vorstellungen fanden in der Friedensbewegung eine positive Resonanz. Aus dieser Zeit resultieren kameradschaftliche Kontakte zum Arbeitskreis „Darmstädter Signal“, dem Forum kritischer Soldaten in der Bundeswehr. Als Sprecher der IG EntRüstung war ich Mitbegründer des Kasseler Friedensratschlags und des Europäischen Friedensforums. Auch staatliche Organe und führende Politiker unterstützten unsere Abrüstungsinitiativen, so der Generalstab der russischen Streitkräfte und der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Björn Engholm, der beispielhafte Abrüstung als eine seiner Optionen für die „Länder rund um die Ostsee“ bezeichnete.

Nur eine Institution lehnte unsere Vorschläge kategorisch ab: Das Bundesministerium der Verteidigung, und zwar mit solchen hanebüchenen Begründungen wie „In der gesamt-europäischen und globalen Sicht erhöhen Zonen unterschiedlicher Sicherheit die Stabilität und die Aussichten auf einen gesicherten, dauerhaften Frieden nicht. Ungleichgewichte (...) verringern die Sicherheit aller.“ Und: „Nach Auflösung des Ost/West-Konfliktes besteht keinerlei Anlass zu der Befürchtung, dass von Seestreitkräften in der Ostsee eine Kriegsgefahr ausgehen könnte, die durch eine >>militärfreie Ostsee<< gebannt werden müsste.“

„Abrüstung als Sicherheitsrisiko“, „Abrüstung nur bei Kriegsgefahr“ – was wir damals als Ausdruck von Unlogik und Engstirnigkeit ansahen, entpuppte sich in der weiteren Entwicklung als Bestandteil der NATO-Strategie: Die vermeintlichen Sieger der Geschichte beschränkten entgegen der Charta von Paris nicht den Weg der Abrüstung und des Friedens, sondern halten an der Politik der militärischen Stärke zur Festigung ihrer Vormachtstellung fest. Neue Bedrohungen und Feinde wurden gesucht und gefunden, notfalls selbst produziert, ohne die bisherigen Gegner aufzugeben. Mit der Osterweiterung der NATO wurde ein neuer Kalter Krieg eröffnet. In politischen Krisengebieten spielen Atommächte in Wort und Tat mit dem Feuer.

Die Bundesregierung sieht die höhere internationale Verantwortung Deutschlands darin, die Bundeswehr in eine Einsatz- und Interventionsarmee umzuwandeln. Von deutschem Boden geht wieder Kriegsgefahr aus.

Was muss noch geschehen, bis Friedenswillige ihre Stimme gegen diese verhängnisvolle Entwicklung erheben?

Warum ich Soldat wurde – und geblieben bin

Einsichten, Erkenntnisse und Pflichten eines DDR-Bürgers

Horst Sylla

Jahrgang 1933, Elektromaschinenbauer/Bohrwerksdreher

Diplom-Militärwissenschaftler

Generalleutnant Chef Militärbezirk V

Seit dem friedlichen Rückzug der Nationalen Volksarmee und der Auflösung des Warschauer Vertrages wird unsere Welt erneut von einer ausgesprochen kriegerischen Mentalität beherrscht. Die Spannungen zwischen Ost und West sind nach dem Kalten Krieg nie akuter als gegenwärtig. Offensichtlich haben die Politiker und Militärs aus den dramatischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts nichts gelernt und verhindern durch ihre Politik eine von Kriegen freie Weltordnung. Ihr Agieren dient den Weltherrschaftsplänen der USA und richtet sich gegen die Interessen der Völker.

Dass Frieden geschützt werden kann, beweist die Sicherheitspolitik der sozialistischen Länder, die im vergangenen Jahrhundert die längste Friedensperiode in Europa gesichert hat. Daran hatte die DDR mit ihrer aktiven Friedenspolitik einen bedeutenden Anteil. Der Beitrag ihrer Nationalen Volksarmee garantierte, dass von deutschem Boden kein Krieg ausging. Für diesen Volkswillen habe ich in dieser Armee einen bedeutenden Teil meines Lebens gedient. Es war kein geradliniger Weg zum Soldaten.

Ich gehöre zur Kriegs- und Aufbaugeneration, der ins Stammbuch geschrieben wurde: Nie wieder Krieg. In der ober-schlesischen Grenzstadt Hindenburg geboren, erlebte ich den Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 buchstäblich vor unserer Haustür und die Befreiung, als die Rote Armee am 19. Januar 1945 in der Nachbarwohnung einen Gefechtsstand einrichtete. Wir lebten im Frontgebiet, bis der Zweite Weltkrieg in Europa beendet war.

Im August 1945 kam ich in das zerstörte Dresden. Die schrecklichen Erlebnisse, ausgestandenen Ängste und katastrophalen Zerstörungen des Krieges bleiben im Gedächtnis haften. Das Nachdenken darüber kennt keine Grenzen. Soldat zu werden widersprach meiner Erziehung, der antimilitaristischen Grundhaltung meiner Familie, dem sozialen Umfeld und meiner Lebensplanung. Alles, was Krieg und Soldaten betraf, wurde in meinem Lebensbereich als Verbrechen angesehen und abgelehnt.

Nach Schulabschluss lernte ich den Beruf als Elektromaschinenbauer und im Interesse des Betriebes Bohrwerksdreher. Im Arbeitskollektiv hatte ich einen anerkannten Platz und verdiente gutes Geld. Die Qualifizierung zum Meister und die Aussicht auf ein Ingenieurstudium garantierten mir eine gesicherte Lebensperspektive. Als gewählter FDJ-Sekretär bestand meine Hauptaufgabe darin, die jugendlichen Betriebsangehörigen für gute Leistungen in der Lehrausbildung und zur Planerfüllung zu mobilisieren. Die Gewinnung von Jugendfreunden für einen freiwilligen Dienst zur militärischen Sicherung war eine ambivalente Aufgabe, denn der Betrieb brauchte dringend eine junge Stammebelegschaft. Was mich betraf, so waren die Einwände meiner Familie, älterer Kollegen, die mögliche Perspektive und mein Lebensplan Gründe für eine Zurückhaltung.

Nach vielen Gesprächen mit den Funktionären des Betriebes einigten wir uns auf zwei Jahre Dienst in der Kasernierten Volkspolizei, danach werde ich vom Betrieb zum Ingenieurstudium geschickt und erhalte eine Perspektive im Betrieb. Dieser Regelung stimmte ich schließlich zu und wurde zum Dienst in der Kasernierten Volkspolizei delegiert. Infolgedessen meldete ich mich im Januar 1953 zum Dienstantritt an der Lehreinrichtung der Kasernierten Volkspolizei in Primerburg.

Die Aufnahme und das Einstellungsgespräch mit dem Leiter der Einrichtung, der mich nach Erfurt schicken wollte, waren enttäuschend und erweckten den Eindruck, man brauchte mich nicht. Deshalb erklärte ich, dass sich die Sache erledigt hat und ich im Betrieb meine Arbeit wiederaufnehmen werde. Letztendlich behielt man mich dort und gliederte mich in eine Ausbildungskompanie ein. Dadurch wurde ich Volkspolizist – und nicht Soldat.

An der Panzerschule erhielt ich eine solide politische, militärische und militärtechnische Ausbildung. Dort erwarb ich die Fähigkeit zur Bewertung und Beurteilung gesellschaftlicher und militärischer Entwicklungen. Das erworbene Wissen und die gewonnenen Erkenntnisse trugen vornehmlich zu Veränderung meiner Einstellung zum Dienst in den bewaffneten Kräften bei. Nach erfolgreichem Studium und mit meiner Ernennung zum Leutnant war mein militärischer Lebensweg keinesfalls vorbestimmt. Meine damaligen Vorstellungen basierten auf der naiven Ansicht, dass die Völker unter den Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges alles Militärische ächten, endgültig Frieden schließen und ich in das zivile Leben zurückkehren kann.

Doch die Geschichte hat einen anderen Verlauf genommen, in dessen Ergebnis zwei Militärblöcke mit geopolitischen Trennlinien entstanden, die sich feindlich gegenüberstanden und permanent bedrohten. Über vier Jahrzehnte bestimmte die Erhaltung des Friedens das Denken und Handeln des Volkes der DDR und nahm mich als dessen Bürger in die Pflicht. Mein Verbleib im Militärdienst muss deshalb in die politisch-historischen Hintergründe, die entwicklungsbedingten Zusammenhänge in Deutschland sowie die militärstrategischen Denkweisen und Handlungen im Kalten Krieg gestellt werden. Gestützt auf die damalige Situation – Gefahr eines neuen Krieges – beeinflussten auf dem Wege des Erkennens meine Beweggründe zur Wahrnehmung von Führungsfunktionen in den Landstreitkräften. Sie bestimmten 38 Jahre meinen Werdegang und Lebensrhythmus als Soldat.

Begonnen hatte ich als Panzerkommandant, wurde Zugführer und Kompaniechef in einem schweren Panzer- und SFL-Regiment. In dieser Zeit bildete ich Soldaten und Unteroffiziere aus, die freiwillig Dienst taten und ihre militärischen Pflichten diszipliniert erfüllten.

Als Fachlehrer an der Panzerschule unterrichtete ich freiwillige Kursanten, die zum Offizier ausgebildet wurden. Danach absolvierte ich ein Studium an der Militärakademie „Friedrich Engels“ und wurde Stellvertreter des Kommandeurs des Panzerregiments „August Bebel“, dessen Führung ich nachfolgend übernahm.

Zu meiner weiteren Qualifizierung erfolgte die Delegation an die Akademie des Generalstabes der Sowjetischen Streitkräfte. Nach deren Absolvierung wurde ich Stellvertreter des Kommandeurs der 4. motorisierten Schützendivision und danach Kommandeur der 9. Panzerdivision. In der Folge war ich Kommandeur der Offiziershochschule „Ernst Thälmann“. Schließlich wurde ich Stellvertreter des Chefs des Militärbezirkes Neubrandenburg und übernahm danach dessen Führung als Chef.

In diesen Dienststellungen habe ich, aus Überzeugung und den erhaltenen Einblicken, meine erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen eingesetzt, damit Deutschland im nuklearen Zeitalter nicht Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen wurde. Der mit unterschiedlicher Intensität geführte Kalte Krieg zwischen den militärischen Blöcken der NATO und des Warschauer Vertrages, mit der jederzeitigen Möglichkeit seines Hinüberwachsens in einen heißen, beeinflussten meinen Soldatenalltag.

In meiner Führungsverantwortung habe ich die Armeeeingehörigen erfahren lassen, dass sie mit ihrer Bereitschaft und militärischen Fähigkeiten den Verfassungsauftrag zur Kriegsverhinderung erfüllen. Meine Dienstpflichten bestanden in der Festigung der Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft durch die operative und Gefechtsausbildung der Offiziere, Stäbe und Truppen. Das stellte mich täglich vor neue Herausforderungen und schloss ein, mit ihnen all das zu üben und zu beherrschen, was sie in die Lage versetzte, eine mögliche Aggression im Koalitionsbestand abzuwehren. Dem wurden wir auch mit verminderten Kräften, reduzierten Rüstungen, veränderten Strukturen und volkswirtschaftlichen Aufgaben gerecht. Schließlich leisteten wir einen aktiven Beitrag zur Vertrauensbildung. Der Gedanke, einen Krieg zu beginnen oder andere Staaten zu überfallen, war nie eine Handlungsorientierung für uns NVA-Soldaten.

Wir haben den Frieden nicht mit drohender Gewalt, sondern mit gebotener Zurückhaltung

gesichert. Nachweislich haben wir in Krisen und Konflikten nie unsere Soldaten und Waffen eingesetzt. Ich erwähne das alles, weil ich diesen geschichtlichen Zeitabschnitt militärisch verantwortlich mitgestaltet habe und nicht der heutigen Geschichtsrevision überlassen will. Nur wer unbefangen diese geschichtliche Periode beurteilt, kann meinen Dienst in der einzigen deutschen Friedensarmee bewerten. Er gehört zu den wertvollsten Erfahrungen, die mich geprägt haben. Es war eine Zeit, wie ich sie weder vorher noch danach erlebt habe, denn Deutschland beteiligt sich heute wieder an Kriegen.

Ich kenne den Krieg und seine Folgen, wie ihn nur wenige heute noch Lebende kennen. Schon deshalb war mein Soldatsein in der NVA nicht ohne Sinn.

Wenn ich als ehemaliger Soldat einen Blick auf die Hintergrundebenen unserer Zeit werfe, so verstehe ich die Menschen in Deutschland nicht, dass sie innerhalb eines historisch kurzen Zeitraumes die Grundeinstellung „Nie wieder Krieg“ verändert haben.

Deutschland braucht Frieden und keine Vorreiterrolle in Krisengebieten

Wolfgang Thonke

Jahrgang 1938, Berufssoldat

Dr.rer.mil. Generalstabsakademie UdSSR

Generalmajor Stellv. Chef LSK/LV für Ausbildung im Kommando LSK/LV

Vor einem Jahr habe ich den Aufruf „Soldaten für den Frieden“ unterschrieben aus Sorge um den Frieden in Europa. Diese Sorge muss eine starke Stimme haben und da sollte meine nicht fehlen. Wir können uns glücklich schätzen, in einer sehr langen Friedensperiode, vielleicht sogar der längsten in der Geschichte unseres Kontinents, zu leben. Und das soll nach unserem Willen auch so bleiben. Was lag da näher, sich zu diesem Anliegen zu äußern, noch dazu wir, als ehemalige Militärs, am besten die Lage einschätzen können und um die Gefahren und Folgen einer möglichen militärischen Auseinandersetzung wissen. Unser Schritt, das öffentlich zu machen, wurde weltweit gewürdigt, jedoch vom konservativen Teil der eigenen Presse zerrissen. Anstatt sich mit den Argumenten und Sorgen der Unterzeichner sachlich auseinander zu setzen, mussten alte Klischees von den „Ewig Gestrigen“ herhalten, um die eigene, gegen jede Vernunft, geführte Politik zu verteidigen. Ich hatte es nicht anders erwartet und kann damit leben. Also müssen wir alles richtiggemacht haben. Doch ob wir alle diese ins Verderben zielende Politik überleben, ist nicht hinreichend bewiesen.

Dabei ist es noch nicht allzu lange her, dass wir selbst erfahren mussten, wohin eine Politik der Volksverdummung und das Streben nach mehr Raum und Einfluss führen. Ich gehöre noch der Generation an, die im Winter 1945 mit den wenigen Habseligkeiten auf einem Schlitten bei Kälte und Schnee zu Fuß die Heimat in Westpommern verlassen musste, um anschließend quer durch Deutschland gekarrt zu werden, einer ungewissen Zukunft entgegen. Die Älteren schworen damals: „Nie wieder Krieg“. Was daraus wurde, wissen wir nur zu gut. Die Gründung der Bundesrepublik und deren Remilitarisierung, das gegenseitige Hochschaukeln der Interessen führten zu einer Rüstungsspirale ungeahnten Ausmaßes.

In meiner Jugendzeit erhielt ich eine hervorragende Schulbildung und beschloss nach dem Abitur meinen Wunschberuf als Militärflieger zu beginnen. Der Sinn des Soldatseins in der DDR bestand für mich darin, im Frieden etwas für den Frieden zu unternehmen. An diesem Ziel hielt ich bis zur Änderung der politischen Verhältnisse in der DDR fest. Sicherlich war nicht alles eitel Sonnenschein, doch die NVA war und bleibt die einzige deutsche Armee, die keinen Krieg im Ausland geführt hat. Daran können auch die heutigen Kritiker und Geschichtsdeuter nichts ändern.

Und noch etwas. Die NVA hat sich im Umfeld der politischen Umwälzungen loyal verhalten, getreu unserem Fahneneid, dem Volke zu dienen. Wir haben die Waffen nicht gegen das Volk erhoben, ganz im Gegenteil alles unternommen, dass sie nicht in falsche Hände geraten und damit möglicherweise der friedliche Charakter dieser gesellschaftlichen Umwälzung in Blut und Chaos geendet hätte. Auch hier kann ich nur sagen, da kann man interpretieren und deuten wie man will: Es war so, es fiel kein Schuss! Es wird jedoch totgeschwiegen.

Der deutschen Demokratie hätte es nicht schlecht zu Gesicht gestanden, wenn im Umfeld der Feierlichkeiten um den 25. Jahrestag der Herbstereignisse 1989 nicht nur die Verdienste der Bürgerbewegung genannt, sondern zumindest der Versuch unternommen worden wäre, etwas zur Rolle der bewaffneten Organe zu sagen und nicht alles nur auf das Klischee „Stasi“ zu reduzieren. Stattdessen feierten sich Leute, die im letzten Augenblick auf den Zug der Bürgerbewegung aufgesprungen sind, mit dem Bundespräsidenten an der Spitze und verkünden, dass die Bundeswehr noch mehr im Ausland und neuerdings auch im Inland eingesetzt werden sollte. Was ist eigentlich aus der löblichen Idee der Bürgerbewegung in der DDR, Schwerter zu Flugscharen umzuschmieden, geblieben? Das genaue Gegenteil ist eingetreten, gut geheiß von Staatsmännern und -frauen aus dem Osten, die für sich in Anspruch nehmen, Teil der Bürgerbewegung gewesen zu sein. Stattdessen hat sich Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt entwickelt und ist in 14 Ländern in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt. Tendenz: steigend.

Es gab aber auch Ansätze realistischer Wertungen rund um den 25. Jahrestag der Novemberereignisse

1989. So titelte Chefredakteur Frank Mangelsdorf in der Märkischen Oderzeitung am 9.10.2014: "Ein unvergesslicher Tag und ein paar leider Vergessene. (...)

Die Leipziger Feier – ein Vierteljahrhundert später – versuchte, etwas vom großen Glück von damals in Erinnerung zu rufen. Wie schon vor fünf Jahren Gaucks Vorgänger Köhler, würdigte der Bundespräsident die Demonstranten, ohne die es nicht den 9. November gegeben hätte. Doch anders als dieses Erinnern waren die Leipziger Feierlichkeiten eine irritierende Mischung aus Staatsakt für Gewandhausgäste und Revolutionsfolklore im lichtdurchspülten Wohlfühlambiente. Wie gut wäre es gewesen, wenn 25 Jahre nach den Ereignissen vom Herbst `89 die Erinnerung ebenso Aspekte einer differenzierten Betrachtung zugelassen hätte und auch jene in den Festreden erwähnt worden wären, die damals dazu beitrugen, dass diese Revolution so friedlich blieb. Ohne Menschenhatz. Ohne Schüsse. Ohne Verletzte, gar Tote. Und das, obwohl Zehntausende Soldaten unter Waffen standen. Daran hätten die Festredner erinnern können. Es macht das große Glück aus, das diese Revolution so einzigartig sein lässt. Dass nicht der 9. Oktober zum Feiertag der Deutschen wurde, ist schade – er hätte es verdient“.

Das Jahr 2014/2015 brachte uns allen viele politische Wenden und Kehren. Der von den Westeuropäern inszenierte Ukraine-Konflikt ist nur einer davon, doch der mit Abstand gefährlichste. Bringt er uns doch an den Rand eines 3. Weltkrieges. Eine ausgewogene Politik mit Russland würde sicherlich allen Seiten guttun.

Europa hält den Atem an. Die Menschen reden von einem Krieg, der in der Luft zu liegen scheint: Der Syrien-Krieg als Probe für den Dritten Weltkrieg. Er ist nicht mehr fern in Nahost mit Syrien, wo vor fünf Jahren die Chance auf einen auskömmlichen Frieden sprichwörtlich in die Luft gejagt worden ist, indem man ein unterschriftsreifes Abkommen zwischen Israel und Syrien vorsätzlich torpedierte. Am südlichen Rand des Mittelmeers kommt Libyen nicht zur Ruhe. Es war nichts mit der Aussage der damaligen amerikanischen Außenministerin, Frau Clinton, über den damaligen Machthaber Ghaddafi: „Wir kamen, wir siegten, er starb“, oder so ähnlich. Das sagt eine Menge aus über jemanden, der gerne US-amerikanische Präsidentin werden wollte

Vor 102 Jahren begann der Erste Weltkrieg und vor 77(!) Jahren der Zweite Weltkrieg. Und wieder stehen die Zeichen auf Sturm. In vorseilendem Gehorsam zu den USA spielt Deutschland keine positive Rolle, die Welt zu befrieden. Die USA unternehmen alles, um der Hegemon der Welt zu werden. Warum eigentlich? Ganz einfach: Um auch noch an die letzten Rohstoffreserven dieser Welt zu kommen und Hindernisse auf diesem Weg, wie Russland, auszuschalten. Diesem Ziel ist alles untergeordnet. Uns wird in erster Linie die Instabilität im Nahen Osten und an anderen Stellen der Welt auf die Füße fallen. Verursacht vor allem durch die USA. Und so führt unser Staat Angriffskriege, jedenfalls nach den Standards der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und erhebt sich mittels Traditions- und sonstiger Erlasse über die Nationale Volksarmee der DDR, die jedenfalls an Kriegen dieses Genres nicht beteiligt gewesen ist, wie die Wehrmacht und die Armee des kaiserlichen Deutschland.

Reduziert sich Deutschlands Friedenwille auf Steinmeiers Randbemühungen zu so was wie Rüstungskontrolle? In Moskau muss man ins Grübeln kommen, wenn man die Abfolge von Nato-Beschlüssen beim sommerlichen Gipfeltreffen in Warschau und anschließenden Verlautbarungen aus dem Auswärtigen Amt in Berlin vernimmt. Die Nato militarisiert die Gegend zwischen uns und Russland und Steinmeier regt anschließend Rüstungskontrollvereinbarungen mit der Russischen Föderation an. Man könnte es auf den Sommer schieben, wenn die Lage nicht so ernst wäre. Vielleicht ist das, was Herr Steinmeier vorlegt, so etwas wie aus der Verzweiflung über die tatsächliche Lage entstanden. Man greift zu vermutlich letzten Mitteln, weil alles aus den Fugen ist. Die Bundesregierung sollte sich Gedanken darüber machen, wie der russische Nachbar eine Militärallianz bewertet, die seit dem Ende des Kalten Krieges von einer Verteidigungsallianz unter Bruch der Charta der Vereinten Nationen zu einer Aggressionsmaschine verkommen ist. Anders als im Kalten Krieg steht diese Kombination ehemaliger Kriegs-Alliierten und Gegner nicht mehr an der Elbe, sondern direkt vor St. Petersburg.

Der 1. September 2016 wäre ein guter Anlass gewesen, sich zur nationalen Verpflichtung des deutschen Volkes zu bekennen und sich der Zerstörung des Völkerrechts durch die Nato und dem Krieg zu verweigern.

Ich erhebe mit diesen meinen Gedanken meine Stimme für den Frieden, gegen die Gefahr eines neuen Krieges, der nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in die Vernichtung stürzen würde.

Soldat wollte ich eigentlich nicht werden

Günter Voigt

Jahrgang 1933, Kaufmännischer Angestellter

Dr.rer.mil. Generalstabsakademie/UdSSR

Generalmajor Stellvertreter Chef LSK/LV und Chef des Stabes

Jahrgang 33, da begann meine Schulzeit also 1939. Das war auch das Jahr des Beginns des II. Weltkrieges. An ihm war mein Vater vom ersten bis zum letzten Tag beteiligt. Bis auf wenige Monate vor Kriegsschluss, wo er an die Westfront versetzt wurde, war er als Eisenbahnbaupionier an der Ostfront, auch im Stalingrader Kessel im Einsatz. Er hat mich also die sechs langen Jahre nicht wirklich begleitet. Die Last lag auf den Schultern meiner lieben Mutter. Aber oft bekam ich Feldpost von ihm. Mit lieben Worten forderte er mich auf, brav und artig zu sein und zu lernen. So schrieb er mir am 20.12.41 zu meinem bevorstehenden Geburtstag folgenden Brief:

Lieber Günter !

Zu Deinem Geburtstage gratuliert Dir dein Papa von ganzem Herzen. Du bist doch nun schon 9 Jahre. Oh lieber Junge nütze Deine Kinderjahre noch recht gut aus. Folge Deiner lieben Mama recht gut, sei brav und ärgere Deine Muttl nicht so sehr, denn sie hat Sorgen genug. Also, ich verlange es von Dir, da Du nun schon ein großer Junge wirst.

Wenn Du mal nach Drebnitz kommst – so lass Dir doch von Protzens Mutter mal erzählen, wie sie als kleines Mädchen einmal 10 Pfennige verloren hat. Deinen lieben Brief habe ich erhalten und heute das Weihnachtskärtchen. Recht vielen Dank dafür mein Junge. Schreibe bald wieder einmal.

Sei recht herzlich begrüßt von Deinem Dich liebenden Papa.

Immer wenn ich nach so vielen Jahren diese Zeilen in die Hand nehme, wird mir als nun schon alt gewordener Mensch erst richtig klar, welche Gefühle, welche Wünsche, welche Hoffnungen meinen Vater bewegt haben mögen, als er diese Zeilen an der deutsch-russischen Front im Winter '41 schrieb.

Deshalb sei bereits hier eine Episode eingefügt, die mich sehr bewegt und zugleich gefreut hat. Während meiner Studienzeit besuchte mich mein Vater in Moskau. Tagsüber musste er sich allein betun und so kam es, dass er sehr häufig die nicht weit von unserer Wohnung gelegene Allunions-Landwirtschafts-Ausstellung – auf Russisch kurz WDNCh genannt - besuchte. Hier gab es für einen echten Bauern, der er ja nach dem Kriege geworden war, unerhört viel zu sehen. Als er sich eines Mittags zum Kauf eines Schaschliks anstellte, kam er mit einem vor ihm stehenden Mann seines Alters ins Gespräch. Das heißt, was man so Gespräch nennen kann. Beide beherrschten die Sprache des anderen nicht. Der Russe war einäugig, er hatte ein Auge im Großen Vaterländischen Krieg verloren. Schnell stellte sich heraus, beide waren Kriegsveteranen. Aber, es sollte noch besser kommen. Bei meinem Vater habe ich immer bewundert, dass er Orts- und Familiennamen aus jener Zeit peinlichst genau behalten hatte. Ganz im Gegensatz zu mir. Nun tauschten diese beiden >Krieger< Ortsnamen aus, wo sie gekämpft hatten. Es stellte sich heraus, sie hatten im Raum Stalingrad gegenüber gestanden. Hier nun, nur ein Dutzend Jahre später, wurden sie Freunde. Trafen sich von nun an noch mehrmals. Verstanden sich ausgezeichnet. Vielleicht hat auch das eine oder andere Gläschen Wodka dazu beigetragen.

Den oben zitierten Brief hatte mein Vater so geschrieben, dass er mich zu meinem Geburtstag Anfang Januar erreichen sollte. Am Geburtstag schrieb er einen weiteren Brief.

An meinen lieben Jungen!

Heute zu Deinem Geburtstag will ich Dir ein Briefchen schreiben. Vor allem gratuliere ich Dir nochmals recht herzlichst, mein lieber Günter und wünsche Dir Gesundheit und viel Glück für Dein ferneres Leben. Lerne fleißig in der Schule und folge Deiner Mama recht gut. Ich bin 4x so alt wie Du und muss unseren Offizieren auch streng gehorchen. Sonst geht es Deinen Papa noch gut, jeden Tag esse ich von Muttl's schönen Sachen welche sie mir geschickt hat, von Deinem Zigarettenpapier drehe ich mir jeden Abend eine Zigarette, sie schmeckt mir immer am besten. Heute ist es wieder sehr kalt, 27 Grad - Auf Urlaub kann ich noch nicht gleich kommen, doch einmal wird es schon werden. Bis aufs Wiedersehen grüßt Dich und Mama Dein Papa.

Sprechen solche Zeilen nicht Bände? Meine Empfindungen, die ich beim Lesen dieser mir so vertrauten Handschrift habe, denn die Originalbriefe habe ich immer noch, kann ich nicht in Worte fassen. In aller Kürze schon gar nicht. Eher bekomme ich feuchte Augen. Ich muss beim Lesen dieser Zeilen immer eine Pause machen.

So verlief meine Schulzeit auf einer 8-Klassen-Dorf-Grundschule unspektakulär. Im April 1945 mussten wir das erste Mal auf die Flucht. Muttl schob den Kinderwagen. Ich, gerade mal elf Jahre alt, war für den Leiterwagen mit unseren Habseligkeiten verantwortlich. Lange blieben wir nicht. Die Front „wanderte“ noch einmal Richtung Osten und wir konnten zurück. Aber es dauerte gar nicht lange, da wurden wir ein zweites Mal unseres Ortes verwiesen. Ich erinnere mich an die Diskussion der Erwachsenen, ob die Flucht richtig und notwendig sei. Auf der einen Seite hatten sie vor den Russen Angst. Die Feindpropaganda hatte ja das Ihrige dazu beigetragen. Aber zum andern hatten sie auch Angst vor Plünderungen. Als dann der NSDAP-Ortsgruppenführer den Treck in seinem PKW überholte, hieß es, wenn der abhaut, scheint es ernst zu sein. So marschierten wir - wie viel Tage weiß ich nicht mehr - bis zur Elbbrücke in Bad Schandau. Es war schon Abend. Die Frauen, Männer waren kaum darunter, diskutierten nur über ein Ziel: wir müssen über die Elbe gelangen, der Vermutung wegen, die Elbbrücke könnte gesprengt werden. In dieser Nacht voller Ängste überquerten wir - Muttl, mein neun Monate alter Bruder und ich mit einem Kinder- und einem Leiterwägelchen diese Brücke. Am nächsten Morgen standen wir jenseits der Elbe, gleich hinter der Brücke auf der Straße Richtung Krippen. Wieder waren wir 25 Kilometer bergauf bergab marschiert. Es war der 8. Mai 1945. Die Sowjetsoldaten begrüßten uns mit „Hitler kaputt, ihr damoi“. Am Abend ging es wieder zurück.

Jetzt wurde eine andere Frage spannend. Welche Väter, Großväter und Söhne kommen aus diesem furchtbaren Krieg heil zurück. Wo steckt unser Papa?

Im Herbst 1945 kam ein Kahlgeschorener auf unseren Hof. Ich habe ihn trotz fehlender Haare sofort erkannt. Es war mein Vater. Die Freude war riesig. Wir waren wieder zusammen. Von nun an begleiteten mich zwei Leitsprüche durchs Leben. Den einen schrieb mein Vater, den anderen meine Mutter ins damals übliche Poesiealbum.

Mein Vater schrieb:

„Sei im Schaffen Meister, bleib im Lernen Lehrling“ Diese Worte für Deinen Lebensweg und denke oft und gern an Deinen Papa. Weihnachten 1945

„Sage nie das kann ich nicht, alles kannst du, will's die Pflicht, alles kannst du will's die Liebe, darum dich im Schwersten übe! Sage nie das kann ich nicht, alles kannst du, will's die Pflicht.“ Dies schrieb zur Erinnerung Deine Dich liebende Muttl. Weihnachten 1945

Bevor ich fortfahre, möchte ich noch zwei mich prägende Erlebnisse einfügen. 1943, 1944 kam die Front immer näher. Auch wenn wir in unserem Dorf kaum Fliegeralarm kannten, lernte ich die Luftlage schon zu beurteilen, wenn hoch am Himmel Kondensstreifen sichtbar wurden. Da gingen wir lieber nach Hause zu den Eltern. Es kam die Zeit, da spannte man uns Elfjährige mit zur Luftbeobachtung ein. Ein solcher Posten, wie ein Jagdanzitz gebaut, stand auf dem 346 Meter hohen Hutberg bei Bühlau. Dort saßen wir stundenlang und hatten unsere Beobachtungen über ein Feldtelefon weiter zu melden. Die Tragweite dessen, was sich da eigentlich abspielte, habe ich erst viel später erfasst. Das änderte sich am 13. Februar 1944 mit dem verheerenden Luftangriff auf Dresden. Von unserem Schlafzimmerfenster konnten wir das Flammenmeer im etwa dreißig Kilometer entfernten Dresden gut sehen. Obwohl der Bombenalarm nicht zu hören war, war die Stimmung überall sehr gedrückt. Sorge machten wir uns um unsere Verwandtschaft in Dresden. Gott sei Dank, alle waren heil davon gekommen.

Eine weitere Erinnerung aus jener Zeit will ich zu Papier bringen, weil sie sich sehr stark auf mein Denken und Handeln in der Folgezeit ausgewirkt hat. Als Jungs waren wir oft an den Teichen, wie wir sagten. Es handelte sich um eine Vielzahl Karpfenteiche längs der Bahnlinie zwischen den Bahnhöfen Weickersdorf und Großhartau. Längs dieser Teiche verlief eine nicht sehr breite Fahrstraße Richtung Bühlau. An dieser Straße wurde ich Augenzeuge, wie Aufseher eine Kolonne ausgehungerter, zum Teil barfüßiger Juden trieben. Es waren sichtlich KZ-Häftlinge. Mir brach das Herz, als ich in die müden, zerschundenen Gesichter blickte. Machtlos stand ich damals am Straßenrand. Eine

Erklärung fand ich erst viel, viel später. Bestimmt zählt dieses Erlebnis zu den Anfängen meiner Identitätsfindung, meiner geistigen und seelischen Prägung. Dieses Bild schärfte fortan auch meine Erinnerung an die Nazizeit. Hinzu kam später der wachsende Einblick in die Verbrechen von Deutschen unter dem Nationalsozialismus. Das alles hat in mir eine intellektuelle Emanzipation bewirkt, Partei zu ergreifen für ein besseres Deutschland. Noch im 14ten Lebensjahr begann ich meine Kaufmannslehre bei einer Raiffeisenkasse.

Hier dominierte nicht der Sparkassenteil, sondern der Handel mit allen landwirtschaftlichen Gütern. Ich wollte so eine Art „Landwirtschafts Kaufmann“ werden. Mein Monatssalär im ersten Lehrjahr betrug ganze 25 Reichsmark, abzüglich 10 Prozent Krankenkassenbeitrags. Vor und nach der Arbeitszeit, besonders an den Wochenenden, musste ich bei meinen Eltern mit ran. Arbeit auf dem Bauernhof gab es en masse auf dem Feld und im Haus. Stolz war ich auf meine Eltern, die zu den ersten im Dorf zählten, weil sie das Schild „Tbc-freier Rinderstall“ am Hofeingang anbringen konnten.

In dieser Zeit las ich einen Artikel, geschrieben von einem Nachbarn. Die Überschrift des Zeitungsartikels: Ein Händedruck der Berge versetzt. Damit hatte er den Händedruck eines SPD- und eines KPD-Genossen gemeint, die im April 1946 die Einheit der Arbeiterklasse in unserer Nachbarstadt beschworen. Mit dieser Einheit, eine wie mir schien wichtige Lehre aus der Zeit des Faschismus, konnte ich mich identifizieren.

In meinem zweiten Lehrjahr, also 1949, wurden Wahlen von Kandidaten der Volkskongressbewegung durchgeführt. In dieser Zeit herrschte noch nicht Friede, Freude, Eierkuchen. Im städtischen Wahlgebiet stimmte zwar die Mehrheit für diese Kandidaten, aber eben „nur“ 60 Prozent, 40 Prozent lehnten sie schlichtweg ab. Nun wollte ich ob der gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten mehr wissen. Man bot mir auf meine Nachfrage den Besuch eines sechstägigen Kurzlehrgangs zur Geschichte der Landwirtschaft in der Sowjetunion an. Im Kreis der Teilnehmer war ich der Jüngste.

Ich hatte gerade ausgelernt, da fand im September 1950 die erste Bauerkundgebung in Leipzig statt, an der ich gemeinsam mit unserem Untermieter teilnahm. Mich interessierte vor allem die erste große landwirtschaftliche Ausstellung, die durch die VdGB organisiert worden war. Viel an Erinnerungen ist davon nicht hängen geblieben. Aber an die väterlichen Worte unseres Präsidenten Wilhelm Pieck auf dieser Kundgebung kann ich mich erinnern. Seine Darlegungen zur Landwirtschaftspolitik von Partei und Regierung haben mich überzeugt. Das waren weitere mosaikartige Anstöße für mein weiteres politisches Denken und Handeln. Just in jenen Tagen wurde ich auch Mitglied der Gewerkschaft Land- und Forstwirtschaft. Der monatliche Mitgliedsbeitrag zu jener Zeit betrug 30 Pfennige.

In dieser Zeit hielt ich Ausschau, ob und wo man sich noch intensiver, konzentrierter auf ökonomischem Gebiet fortbilden könnte. Da kam mir eine Sache wie gerufen. In der FDJ wurde tüchtig die Werbetrommel für die Kasernierte Volkspolizei (KVP) gerührt. Ich machte mich in der Kreisleitung der FDJ schlau und landete, wie konnte es anders sein, bei den Werbepersonen. Die machten mir den Mund wässrig, eine Schule besuchen zu können, wo man politische und ökonomische Kenntnisse vermittelt bekäme. Ich unterschrieb genauso wie mein Freund W. Zu Hause war man nicht besonders erfreut über diese meine Entscheidung. Weder meine Eltern, noch mein Chef in der Firma. Aber alles lief noch unter der Überschrift: Nur für ein bis zwei Jahre.

An einem Donnerstag, es war der 28. Dezember 1950, verließ ich mein Heimatdorf, zog in die nahe Ferne. Es war ein kalter Wintertag. Ich hatte mich in einer Oberlausitzer Dienststelle der Deutschen Volkspolizei zu melden. Dort angekommen, machte man mit uns kein großes Federlesen. Wir bekamen dicke, innen mit Fell gefütterte Übermäntel ausgehändigt. Wir wurden auf Lastkraftwagen verteilt und ab ging die Fahrt. Bald wurde uns bekannt, wir waren in Pirna angekommen. Eh ich mich versah, war ich als Aspirant in einer Fernmeldeschule gelandet. Mit meinen Plänen hatte das nun überhaupt nichts gemein. Ich protestierte. Da erschien ein sehr väterlich wirkender älterer Genosse und meinte: Pass auf Kamerad Voigt, deine Ziele in allen Ehren, aber wir brauchen zurzeit Leute, die sich auf dem Fernsprech- und Fernschreibgebiet auskennen. Du als junger Kandidat der Partei wirst doch wohl Einsicht in eine solche Notwendigkeit haben. Was sollte ich sagen. Zeigte Parteidisziplin und blieb.

Anstelle theoretischer Grundlagen der Volkswirtschaft lernte ich nun mit einem Feldfernsprecher umzugehen. Mir gefiel diese technische Ausbildung. Nun will ich abkürzen.

Wenn ich auf mein Arbeitsleben zurückschaue, komme ich zu dem Schluss, dass es eigentlich einer Wellenbewegung gleicht. Es wechseln die Perioden des aktiven Lernens mit denen des aktiven

Schaffens. Kaufmannslehre – kaufmännischer Angestellter. Ausbildung zum Fernmeldetechniker - Einsatz auf dem Fernsprech-, Funk- und Funkmess (Radar)gebiet bei der Volkspolizei Luft, später Verwaltung der Aeroclubs. Studium der Hochfrequenztechnik auf dem Gebiet der Luftfahrt in der Sowjetunion - Einsatz als Verantwortlicher für das Fernmeldewesen einer Teilstreitkraft der NVA. Zwischendurch Zulassungsexamen für eine „wilde“ Promotion (ohne Freistellung). Erneutes Studium auf Operativ-strategischem Gebiet in der Sowjetunion. Auf diesem Gebiet arbeitete ich bis zur Auflösung der NVA. Danach Wissenserweiterung auf dem Gebiet des Controllings und Fortbildung in Sachen „Qualitätsmanagementsysteme“ nach ISO 9000 – Qualitätsmanagement. Einsatz als Verwaltungsleiter und QMS-Beauftragter einer Deutschland-GmbH für Sicherheitssysteme.

Zu diesem Ablauf noch ein paar Details.

Während meines ersten Studiums in der Sowjetunion wurde nach Gründung der Bundeswehr im Westen Deutschlands, die NVA in der DDR gegründet.

Am 15. August 1961 war mein erster Arbeitstag nach sechsjährigem Auslandsstudium. Es war nach dem Bau der Berliner Mauer. Die Gründe für diesen Bau leuchteten mir ein. In meinen persönlichen Aufzeichnungen schrieb ich:

Mitte August 1961 begann praktisch meine echte Soldatenzeit im Dienstgrad eines Hauptmanns in der Abteilung Nachrichten des Stabes des Kommandos der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung in Eggersdorf. Jetzt, so könnte man sagen, begann der Ernst des Lebens. „Man wird nicht als Soldat geboren“ lautet ein Buchtitel von Konstantin Simonow. Das trifft auf mich voll zu. Erst der 15. August 1961 war wohl dieser, mein Soldaten-Geburtstag. Aber damit konnte ich mich identifizieren.

Hatte ich doch in den vergangenen Jahren

- Männer und Frauen kennengelernt, die sich aufopferungsvoll für einen demokratischen Aufbau Deutschlands hingaben und die zum Teil bereits während der Nazizeit das Ihrige an Widerstand geleistet hatten. Der Text der DDR-Nationalhymne sprach mir aus dem Herzen: Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland...“
- die Sowjetunion und ihre Menschen kennengelernt. Zollte den einfachen Sowjetbürgern großen Respekt, wie sie sich uns Deutschen gegenüber verhielten. Hatte viele Freundschaften geschlossen die zum Teil bis heute anhalten. Während meiner Zeit als Soldat kamen wir oft auf den für die Sowjetmenschen völlig überraschenden Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion zu sprechen. So etwas sollte sich nicht wiederholen. Mein Dienst bei der Luftverteidigung der NVA der DDR stand immer unter dieser Prämisse. Einen militärischen Überfall galt es, koste es was es wolle, zu verhindern;
- nicht nur in den vielen Jahren während meiner Studienzeit in Moskau mit Bulgaren, Rumänen, Albanern, Polen, Tschechoslowaken, Ungarn, Chinesen, Vietnamesen und Mongolen auf einer Schulbank gesessen. Die Folgejahre waren geprägt von einer aktiven kameradschaftlichen und solidarischen Zusammenarbeit. Wir waren eins, nicht nur im Handeln, sondern auch im Denken.

Es bestätigte sich die alte Weisheit, nicht was wir erleben prägt uns, sondern wie wir es empfinden. Meine Empfindungen wurden durch die Absicht geprägt, einen friedlichen, demokratischen deutschen Staat, verkörpert durch die DDR, in Gemeinschaft mit der sozialistischen Staatengemeinschaft aufzubauen. Und danach handelte ich.

Nach dem schlimmsten Krieg in der neueren Geschichte der Menschheit, dem II. Weltkrieg und dem unbändigen Willen, mit der Gründung und der Entwicklung der DDR einen Friedensstaat zu schaffen, habe ich dafür meine ganze Kraft und meinen Willen eingesetzt. Deshalb habe ich den Aufruf „Soldaten für den Frieden“ unterschrieben.

Dieser Aufruf soll wachrütteln, weil schon wieder Kriege geführt werden.

„Leningrad“ mahnt

Manfred Volland

Jahrgang 1933, Werkzeugmacher

Diplom Militärwissenschaftler Generalstabsakademie/UdSSR

Generalleutnant Stellvertreter des Chefs der Politischen Hauptverwaltung

Als ich im Frühjahr 2015 maßgeblich als Autor den Aufruf: „Soldaten für den Frieden“ mit initiierte und selbstverständlich unterschrieb, war mein Gewissen eine innerliche Triebkraft und der Auslöser dazu. Ich wollte einfach nicht verstehen, dass 70 Jahre nach Beendigung des größten Völkermordes aller Zeiten durch unverbesserliche Kriegstreiber erneut die Trommeln geschlagen werden und sich ein neuer Feldzug gen Osten, gegen Russland abzeichnet.

Inzwischen liegt uns als verbrieftes Dokument das „Weißbuch“ der BRD und damit der Bundeswehr vor. Es wird offiziell als „sicherheitspolitisches Grundlegendokument“ bezeichnet. In Wirklichkeit ist es ein Dokument der weiteren Militarisierung und des gewachsenen Führungsanspruchs der BRD. Nach Aussagen von Ursula von der Leyen gliedert sich das im Juli erschienene Weißbuch in zwei Teile:

- Grundzüge deutscher Sicherheitspolitik
- die Zukunft der Bundeswehr

Sie wies bei der Vorstellung des Weißbuches und auch in ihrer Rede vor dem Bundestag am 7. 9. daraufhin, dass es eine deutlich veränderte Sicherheitslage gibt (Krimkrise, Islamischer Staat, Gefährdung des Cyberraumes, Flüchtlingskrise).

Auch die Rolle Deutschlands habe sich verändert. „Deutschland ist bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen und auch zu führen. Das erwarten auch die Alliierten von Deutschland. Wir machen uns nicht größer als wir sind, aber wir machen uns auch nicht kleiner, als wir sind“

Im zweiten Teil kommen dann die vorgesehenen Maßnahmen, wie

- Schaffung von Cybertruppen der Bundeswehr,
- Erhöhung der Offensivfähigkeit,
- Einsatz der Bundeswehr im Inneren,
- Dienst von Ausländern in der Bundeswehr;
- mehr Aufrüstung und mehr Geld für die Bundeswehr,

Der neue Führungs- und Machtanspruch der BRD und BW steht bei allen Fragen im Vordergrund und durchdringt alle Passagen des Weißbuches.

Auch ich teile den Standpunkt, dass Deutschland mehr Verantwortung, auch Führungsanspruch, übernehmen muss, das sind wir den Völkern schuldig. Immerhin tragen wir die Schuld für die größten Massaker des letzten Jahrhunderts mit vielen Millionen Toten und Zerstörungen.

Ich meine aber mehr Verantwortung für Frieden und nicht für Krieg;

- mehr Friedenspolitik, als Säbelrasseln
- wir brauchen nicht mehr NATO, sondern keine NATO mehr: (Deutschland sollte schnellstens aus der NATO austreten und für deren Auflösung plädieren. Wäre die NATO 1991 analog dem Warschauer Vertrag aufgelöst worden, hätte dass der Menschheit Rieseneinsparungen gebracht und unsagbares Leid erspart,
- wir brauchen nicht mehr Ausgaben für die Rüstung, sondern deren systematischen Abbau und mehr Geld für die innere Sicherheit,
- wir brauchen keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, sondern mehr humanitäre Hilfe für die afrikanischen Länder, besonders für den Nahen Osten,
- wir brauchen keine Modernisierung amerikanischer Atombomben auf deutschem Boden, sondern ein atomwaffenfreies Deutschland und Europa,
- wir brauchen keine Kriegspolemik gegen Russland, sondern mehr Verständigung, gegenseitigen Gedankenaustausch und Freundschaft mit Russland,

- wir brauchen nicht mehr Rüstungsproduktion und Rüstungsexport, sondern friedlichen Handel zum gegenseitigem Vorteil.

Also kein Weißbuch als Sicherheitspolitisches Grundlegendokument zur weiteren Militarisierung der BRD, sondern ein Weißbuch des Humanismus und des Friedens mit allen Völkern.

Das würde der Rolle Deutschlands gerecht.

Mit Angst und Schrecken müssen wir aber zur Kenntnis nehmen, wie Deutschland planmäßig weiter militarisiert wird, wie man geistig und materiell einen neuen Krieg vorbereitet. Nur so kann man das immer lauter werdende Säbelrasseln der Politik und der Medien werten.

Beweise:

- das größte NATO Manöver seit Endes Kalten Krieges, im Juni dieses Jahres 2016 „Anakonda“ in Polen;
- der NATO Gipfel Anfang Juli 2016 in Warschau, mit Festlegungen von NATO Panzerverbänden in den Baltischen Staaten in Entfernung von 150 km bis Sankt Petersburg;
- die Bildung einer schnellen Eingreiftruppe;
- Inkrafttreten des „Raketenabwehrschirmes“ in Rumänien und nachfolgend in Polen; (Lüge von Raketenabwehr);
- die Forderungen nach Erhöhung der Rüstungsausgaben, wie im Haushalt 2017 bereits geplant.

Es liegt die Vermutung nahe, dass einige der unbelehrbaren Säbelrassler schon davon träumen, auf dem Newski-Prospekt in Leningrad (S. Petersburg) eine Parade mit NATO -Panzen durchzuführen.

Das alles ruft die Empörung aller friedliebenden Kräfte hervor. Nicht nur aus dem linken Spektrum, auch bei vielen vernunftbegabten Bürgern des rechten Spektrums werden die Stimmen immer lauter, die eindringlich auf die Gefahren einer solchen Politik hinweisen.

So Willy Wimmer, ehemaliger parlamentarischer Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums und zehn Jahre CDU Bundestagsabgeordneter.

Er warf die Frage auf.

„Warum wieder deutsche Panzer vor Leningrad? Unsere Panzer stehen wieder 150 km vor Leningrad.

Seit Jahren wird die russische Föderation vom Westen aus mit intensiver Hetze überzogen. Aber welches Signal gibt der Westen dieser Stadt, die im Zweiten Weltkrieg wie kaum eine andere größtes Leid erlebt hat, wenn man ihrer Grenze wieder NATO Panzer auffahren lässt?

Die Begründungen für einen NATO Truppenaufmarsch sind an den Haaren herbeigezogen und dienen nur den amerikanischen Vormacht-Denken.

Mit dem Krieg gegen Belgrad haben die USA den Krieg nach Europa zurückgeholt und lassen ihn vermutlich mit den jüngsten Entscheidungen in eine globale Dimension wachsen.

Es ist offenkundig, dass in Russland dagegen die Gedanken an den „Großen Vaterländischen Krieg“ mobilisiert werden.“

Meine eigenen Erfahrungen in Leningrad;

Ich hatte die Gelegenheit, in den 60er Jahren immerhin vier Jahre in dieser Stadt zu leben und studieren. Keiner, der vielen Leningrader, die ich kennenlernte, hat das deutsche Volk verdammt, trotz des unsagbaren Leides, das die Menschen in dieser Stadt erlebt haben. In mehr als zweieinhalb Jahren sind mehr als eine Million Menschen verhungert und erfroren.

Ich habe keinen Bürger Leningrads getroffen, der die Deutschen gehasst und geschmäht hat, wohl aber den deutschen Faschismus.

Mit Recht ist Leningrad (St. Petersburg) eine wahre Heldenstadt.

Die Menschen haben uns auch in dieser Stadt längst vergeben, aber vergessen werden sie nie, was der Faschismus angerichtet hat.

Erwähnt sei noch einmal das berührende Schicksal, die Geschichte der kleinen Tanja. Der erste Eintrag im Tagebuch des Leningrader Mädchen vermerkte: „Shenja starb am 28. Dezember 1941, um 12 Uhr. Akribisch notierte sie den Tod der weiteren Familienangehörigen. Großmutter, Onkel Wasja, Onkel Ljoscha, der Mutter. Zum Schluss heißt es alle Sawitsches seien nunmehr tot.

„Umerli, wse. Ostala odna Tanja“
„Alles sind gestorben. Tanja ist allein.“

Diese Geschichte kannte in der DDR jedes Schulkind.
Heute wird sie im Schulunterricht nicht mehr erwähnt.

Die Hetze gegen Russland ist nicht neu. Schon immer war die „Gefahr aus dem Osten“ für den deutschen Imperialismus der Imperativ für Aufrüstung und Militarisierung.

Meine persönlichen Erinnerungen an die Hetze gegen die Sowjetunion in der Zeit des Faschismus:
Ein Plakat:

Ich war zehn Jahre alt, es war im Jahr 1943. An allen Litfaßsäulen hingen diese zwei geteilten Plakate mit der Überschrift: Sieg oder Bolschewismus. Unter dem Wort Sieg: eine glückliche deutsche Familie, auf dem Balkon vor dem Haus. Unter der Überschrift: Bolschewismus: ein Rotarmist mit Schapka, im Mund ein Messer, von dem Blut tropfte, darunter Leichen.

Vater war im Krieg und Mutter schwer krank, trotzdem stellte ich ihr die Frage:

„Warum sind die einen die Guten und die anderen die Bösen“. Ihre Antwort war schlicht und einfach. „Die Menschen sind gleich gut, egal wie sie auf Bildern erscheinen. Deutschland ist im Krieg und deshalb muss es auch Böse geben, die sollen vernichtet werden.“ Ich sagte ihr nur: „Weißt Du Mama, dass verstehe ich nicht.“ Darauf sie: „Ich auch nicht.“

Das werde ich niemals vergessen. So wurde der Hass gegen die Sowjetunion und ihre Armee geschürt.

Hier gibt es in Deutschland Kontinuität und viele wissen es: Es ist der Jahrhundert währende „Antikommunismus“, der in analoger Form heute seine Fortsetzung findet. Ich stelle einfach die Frage:

Wer hat mit permanenten Kriegen im letzten Vierteljahrhundert die Völker bedroht und immer wieder Kriege begonnen?

Wer hat sich militärisch nach dem Osten ausgedehnt. Es war doch nicht Russland, sondern es waren die USA und die NATO, die Elend und Vernichtung den Völkern brachte.

Mit dem völkerrechtswidrigen Krieg 1999 gegen Jugoslawien begann eine neue Epoche der Kriege auch in Europa und das mit deutscher Beteiligung. UNO Mandate waren nicht mehr erforderlich.

Die gesamte Situation im Nahen Osten, einschließlich des Wütens des IS in Syrien ist doch die Folge der amerikanischen Politik, besonders des auf einer Lüge beruhenden Krieges gegen den Irak.

Oder der über 15 Jahre dauernde Krieg gegen Afghanistan, der die Taliban vernichten sollte. Der gesamte Krieg war eine einzige Blamage für die USA und NATO. Er forderte Hunderttausende Opfer und die Taliban sind heute stärker, als vor dem Krieg.:

Also die Gefahr kommt nicht aus dem Osten. Wenn schon die Himmelsrichtung für Gefahren erhalten muss, dann ist es wohl eindeutig: Die Völker werden durch den Westen bedroht, besonders durch USA und NATO.

Es erweist sich erneut: unser Aufruf: „Soldaten für den Frieden“ ist ein bedeutsames Dokument deutscher Militärgeschichte, weil es einmalig in der deutschen Geschichte ist, dass eine gesamte Armeeführung, einschließlich der verantwortlichen Befehlshaber und Kommandeure sich an die Öffentlichkeit wendet und zum Frieden aufruft.

40 Jahre haben die Unterzeichner in verantwortlichen militärischen Funktionen gedient und sich an keinerlei militärischen Abenteuern beteiligt und keinen Soldaten zur Kriegsbeteiligung ins Ausland geschickt. Sie alle haben ausführlich Militärwissenschaft studiert und können sehr gut einschätzen, welche Folgen ein neuer Krieg auf europäischem Kontinent haben würde.

Deshalb haben sie mit innerer Überzeugung aufgerufen, Schluss zu machen mit dem Kriegslärm, der permanenten Aufrüstung und Bedrohung Russlands und diese durch Verständigung und Zusammenarbeit zu ersetzen. Sie haben aufgezeigt, welche verheerenden Folgen ein Krieg in Europa für die Menschheit hätte. Dieser Aufruf hat große Resonanz bei vielen Menschen unseres Landes, aber auch im Ausland gefunden. Deshalb melden wir uns erneut zu Wort, um mit dieser Friedenspublikation zu bekunden: wir brauchen Frieden und nochmals Frieden. Krieg kann und darf nicht die Ultima Ratio in den Beziehungen der Völker sein.

Im Kriege geboren, im Frieden gelebt

Klaus Wiegand

Jahrgang 1941, Berufssoldat

Diplom-Militärwissenschaftler

Generalmajor Chef Militärbezirk III

Als ich 1941 geboren wurde, tobte in Europa der 2. Weltkrieg. Meine Geburtsstadt Stadtilm erlebte zwar keine Kriegshandlungen, trotzdem war der Krieg allgegenwärtig. Wie viele dieser im Kriege geborenen Jahrgänge verlor auch ich meinen Vater in diesem barbarischen Krieg.

Mit 17 1/2 Jahren wurde ich als Freiwilliger Soldat der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik. Ich wollte meinen bescheidenen Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten. Im Rahmen des Studiums weilte ich jeweils eine Woche in Wolgograd und in Leningrad. Auf der blutgetränkten Erde von Stalingrad (heute Wolgograd) verloren über 700 000 Soldaten und Zivilisten ihr Leben. Während meines Aufenthaltes in Leningrad besuchte ich den Pikarowskoje Gedenkfriedhof, auf dem in Massengräbern die von 1941 bis 1944 ums Leben gekommenen 470 000 Leningrader ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Der letzte Satz der Inschrift des Denkmals lautet: „Niemand wird vergessen und nichts wird vergessen.“

Allein diese Beispiele zeigen, was Krieg bedeutet. Ich hatte während meiner Dienstzeit und in Moskau viele Begegnungen mit Militärs und Bürgern Russlands. Ich sage aus voller Überzeugung, dass das im 2. Weltkrieg leidgeprüfte russische Volk keinen Krieg will. Heute, 71 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges, stehen wieder deutsche Soldaten an der Grenze Russlands. Sie haben dort nichts verloren. Die Aufgaben der Bundeswehr sind im Grundgesetz Artikel 87a festgelegt:

„Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“

Der Einsatz der Bundeswehr im Afghanistankrieg sowie in anderen Kriegsgebieten steht im Widerspruch zum Grundgesetz der Bundesrepublik.

Während meiner Dienstzeit und beim Studium an den Militärakademien beschäftigte ich mich mit den Werken von Clausewitz zum Krieg. Seine Definition: „Der Krieg ist die bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ sowie „Der Krieg ist also Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen,“ (Clausewitz. Vom Krieg, 1. Buch, 1. Kapitel) hat seine Gültigkeit nicht verloren.

Jedem sollte allerdings klar sein, dass ein mit Kernwaffen geführter Krieg das Ende der Zivilisation auf dieser Erde bedeutet.

Und zweitens, bei allen bisher geführten Kriegen konnte man dem Gegner nur eine begrenzte Zeit seinen Willen aufzwingen.

Viele Menschen glaubten, dass mit dem Zerfall des sozialistischen Lagers die Gefahr von Kriegen gebannt sei. Das Gegenteil ist aber eingetreten.

Erlebten wir in der Zeit vom Ende des 2. Weltkrieges bis 1990 vier Kriege (Korea, Vietnam, Afghanistan und 1. Golfkrieg), so muss man heute feststellen, dass es seit 1990 kein Jahr mehr ohne Krieg gibt. Der Krieg ist nach 1990 auch in Europa wieder gegenwärtig. Bei den meisten nach dem 2. Weltkrieg geführten Kriegen hatten die USA direkt oder indirekt ihre Hände im Spiel.

In seinem Buch „Und wir sind dabei gewesen,“ schreibt der Organisator der Friedensgebete und Mitorganisator der Montagsdemonstrationen 1989 in Leipzig, Pfarrer Christian Führer: „... bis zum letzten Friedensgebet am 31. März 2008 waren der Irak-Krieg und seine Folgen stets ein Thema. Es gab einfach zu viele Fragen, die unbeantwortet blieben. Was geschieht nun mit einem Mann wie Präsident Bush, der den gewollten und geplanten Krieg wegen des Erdöls vor aller Welt mit einer bewussten Lüge zu rechtfertigen suchte, um ihn endlich beginnen zu können. Wer zieht diesen Kriegsverbrecher zur Rechenschaft.“

Ich bin stolz, über 31 Jahre in einer Armee, der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik, gedient zu haben, die keine Kriege geführt hat. Und meine Liebe zum Frieden ist ungebrochen.

Unser Aufruf „Soldaten für den Frieden“, mit dem wir uns im vergangenen Jahr an die Öffentlichkeit gewandt haben, ist aktueller denn je und verdient unser aller Unterstützung.

40 Jahre in Uniform – aber für den Frieden

Heinrich Winkler

Jahrgang 1929, Handlungsgehilfe

Diplom Staatswissenschaftler Militärakademie „Friedrich Engels“

Generalmajor Chef Verwaltung Internationale Verbindungen im Ministerium für Nat. Verteidigung

Was hat mich, einen Menschen, der 40 Jahre lang die Uniform der bewaffneten Organe der Deutschen Demokratischen Republik getragen hat, bewogen, sich öffentlich gegen Krieg und für den Frieden zu entscheiden? Warum unterzeichnete ich den Appell der Generale der Nationalen Volksarmee der DDR „Nie wieder Krieg“?

Ich gehöre zum Jahrgang 1929. Heute lebe ich im 5. Deutschland und bin immer noch ein Deutscher. Geboren in der Weimarer Republik, begann meine schulische und berufliche Ausbildung im 1000-jährigen Reich, dem Nazi-Deutschland. Von 1945 bis 1949 war ich staatenlos in einer der vier Besatzungszonen der Sieger des 2. Weltkrieges, der sowjetischen Zone, von 1949-1990 Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik und seit dem Anschluss der DDR an die BRD bin ich ein Bundesdeutscher.

Diese Zeit und ihre Erlebnisse darin beeinflussten mein Leben von frühester Jugend an. Der Krieg kam plötzlich in seiner erbarmungslosen Gewalt über meine Familie und damit auch über mich, als britische Bomberverbände am 4. Dezember 1943 morgens gegen 05.00 Uhr meine Heimatstadt Leipzig angriffen. Es waren kalte Wintertage. In unmittelbarer Nähe unseres Wohnhauses (Baujahr 1910) explodierten Sprengbomben und es stürzte ein Wohnhaus ein. Es begrub die Hausbewohner unter sich. Drei Tage hörte man es aus dem Luftschuttkeller klopfen, danach war es still. Keiner konnte helfen. Warum dies alles?

Wenn ich mir heute wie damals diesen Bombenangriff überdenke, komme ich zu der Feststellung, er war auf die Demoralisierung der Bevölkerung gerichtet. Keiner der in Leipzig in großer Anzahl angesiedelten Betriebe der Kriegsproduktion oder logistische Zentren waren zerstört oder betroffen, nur Wohnungen und Kultureinrichtungen im Stadtgebiet. Auch nachfolgende Bombardierungen in den Jahren 1944 und 1945, die ich alle miterlebt habe, waren vorwiegend auf zivile Gebiete gerichtet.

Eine Erinnerung aus dieser Zeit:

1944, es war ein wunderschöner Sommertag. Ich hatte Schule. An diesem Tag trafen Bombenangriffe den Leipziger Hauptbahnhof. Die Westeingangshalle und der Querbahnsteig wurden getroffen. Im Bahnhof standen Lazarettzüge und Reisezüge. Auch diese waren dem Bombardement ausgesetzt. Da unsere Schule unmittelbar in der Nähe des Hauptbahnhofs stand, wurde unsere Klasse sofort zu Aufräumarbeiten geschickt. Wir sahen Tote und Verletzte. Die Bahnsteige waren von Blut, Trümmerteilen und Scherben bedeckt und mussten mit Besen und Wasser gereinigt werden.

Warum eine solche Tragödie?

Im September 1943 erhielt ich einen Brief, mich zur Wehrerfassung einzufinden, so hieß das damals. Der Grund war, sich für den Militärdienst freiwillig zu melden. Ich sprach mit meiner Mutter wie ich mich verhalten sollte. Sie gab mir den Rat diesen Leuten zu sagen, dass ich meine Ausbildung beenden und sich danach alles Weitere ergeben würde. Melden musste ich mich in Leipzig Süd, in der Braustraße. Es war das Haus der Familie Wilhelm Liebknecht, das Geburtshaus von Karl Liebknecht. Die Nazis hatten sich hier eingenistet. Versammelt vor dem Haus waren etwa 120 bis 150 Jugendliche. An der Haustür saßen verwundete Soldaten in SS-Uniform und riefen den Jungen zu, sich freiwillig für den Führer zu melden. Im Gesprächszimmer saßen an einem Tisch, der mit Nazi- und SS-Fahnen eingehüllt war, Uniformierte in Wehrmachts- und SS-Uniform. Im Gesprächsverlauf gab ich meine Meinung kund und wurde als Feigling rausgeschmissen.

Auf der Straße war eine einzigartige Atmosphäre zu spüren. Wahrscheinlich als einer der Wenigen, die Nein gesagt haben, stand ich mit den anderen zusammen. Manipuliert und dogmatisiert war die Masse der Jungen bereit, wie es damals hieß „Für Führer, Volk und Vaterland“, ihr Leben hinzugeben. An meine Arbeitsstelle zurückgekehrt, hat mich mein Chef gefragt, wie ich mich entschieden habe. Er war Mitglied der NSDAP, trug am Jackett das Parteiabzeichen und soweit ich mich erinnern kann, hatte er den Vorsitz des NSKK ⁽¹⁾ im Raum Leipzig. Nach meiner Antwort auf seine Frage sah er mich

nur an, sagte kein Wort außer, geh an deinen Arbeitsplatz.

Der Krieg ging seinem Ende entgegen.

Am 16. April 1945 fuhren durch unsere Straße in der Leipziger Südvorstadt die ersten Jeeps der US-Armee. Es war eine unheimliche Stille in den Straßen und Häusern. Deutsche Soldaten sah man nicht. Es fiel kein Schuss. Die Amis, immer kampfbereit, hatten eine ruhige Fahrt durch die Straßen unseres Wohngebietes.

Aber was war zu sehen? Überall, wo früher an allen Fenstern und Geschäften große und kleine Nazi-fahnen flatterten, hingen weiße Bettlaken, Tischdecken, Kopfkissen und andere textile weiße Erzeugnisse. Alle diese Leute, die bisher ihrem Führer zugejubelt hatten, kapitulierten vor der neuen Besatzungsmacht mit weißen Lappen vor den Fenstern. Viele meiner Hoffnungen waren auf die Besatzungstruppen orientiert. Ich glaubte, jetzt ist der Krieg vorbei. Ich bin frei von Faschismus und seinen ausführenden Organen. Ich glaubte, wusste es aber nicht, ahnte es auch nicht, dass der Krieg nicht vorbei war, sondern ein neuer Krieg, der Kalte Krieg, schon in dieser Zeit seine Vorboten zeigte.

Einige Erinnerungen:

Ein Freund von uns, 14 Jahre alt, stand an einem Lebensmittelkonsum nach Lebensmitteln an. Amerikanische Militärpolizei kontrollierten die dort Stehenden und verlangte ihre Ausweise zu sehen. Ein 14-jähriger hatte zu dieser Zeit keine Personaldokumente. Die Militärpolizei nahm ihn mit. Mutter und Großeltern suchten vergeblich ihren Sohn und Enkel. Im August kam er mit offener Tbc todkrank nach Hause zurück. Im September verstarb er. Die Militärpolizei hatte ihn, einen 14-jährigen Jungen, auf die Rheinwiesen, in ein Kriegsgefangenenlager transportiert. Die Zustände dort brachten nicht nur ihm, sondern unzähligen deutschen Kriegsgefangenen den Tod. Ich traute meinen Augen nicht. Ende April 1945 patrouillierten die ersten Polizisten im Auftrage der Besatzungstruppen durch die Straßen. Sie waren bekleidet mit einem grünen Lodenmantel und einem Schlagstock ausgerüstet. Es waren die selben Polizisten, die treu dem Nationalsozialismus dienten und jeden an den Galgen gebracht hatten, der ein Wort gegen dieses Regime geäußert oder vielleicht ein abgeworfenes Flugblatt für sich behalten hatte.

Oder: Im Mai 1945 kursierte in der Stadt das Gerücht, dass die Amerikaner am „Neuen Rathaus“ an die Bevölkerung Lebensmittel verteilen werden. An der Südwestecke des Rathauses standen an diesem Tag Tausende Menschen. Zwei Kamerateams der US-Armee waren aufgestellt. Es wurden Lebensmittel und Genussmittel in die Menge geworfen. Die Menschen prügelten sich darum. Und dies alles wurde gefilmt. Der Monat Juni 1945 brachte für Deutschland gravierende Veränderungen. Die Besatzungszonen waren durch die Siegermächte verbindlich festgelegt.

An einem dieser Tage stand ich auf dem Augustusplatz in Leipzig und habe gesehen, wie die amerikanischen Besatzungstruppen mit vollbepackten LKW vom Typ Stute Baker in Richtung Westen, Grimmasche Straße wegfuhren. Zur gleichen Zeit marschierte eine Kompanie der Sowjetarmee aus Richtung Ost kommend zum Augustusplatz und bog nach rechts in den Georgenring ein. Panjewagen, mit einem Pferd vorgespannt, folgten. Die Mehrheit der Menschen, die ich auf dem Platz sah, der ja auch Mittelpunkt des von den Amerikanern geduldeten Schwarzmarktes war, erstarrten. Viele sahen und erkannten offensichtlich, egal ob Frau oder Mann, dass die Zeit der Anbiederung an die US-Besatzungstruppen für Kaffee, Schokolade, Zigaretten oder Bananen vorbei war. Mit dem Einzug der sowjetischen Besatzungstruppen änderte sich schlagartig das Leben in der Stadt. Es zog Ruhe ein. Unmittelbar erfolgten die wichtigsten Arbeiten zur Herstellung der Funktionalität des gesellschaftlichen Lebens und seit Beendigung des Krieges wieder die Ausgabe von Lebensmittelkarten zur Versorgung der Bevölkerung. 1948 warb man mich für die Volkspolizei. Dienst verrichtete ich als Angehöriger der Verkehrspolizei des Polizeipräsidiums Leipzig.

Nach einem Schulbesuch vom Juli 1949 bis November 1950 an der Polizeischule Döbeln arbeitete ich bis Mai 1956 in Stäben der Hauptverwaltung Ausbildung der Kasernierten Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee. Anfang Mai 1956 empfahl man mir in einem Kadergespräch die Teilnahme an einem Lehrgang für Offiziere, die im Auslandseinsatz der NVA eingesetzt werden sollen. Ich stimmte zu, obwohl ich keine Ahnung hatte, was auf mich zukommen würde. Ich betrat damit ein völlig neues Aufgabenfeld, das mich bis zu meiner Entlassung aus dem aktiven Dienst am 31. 3. 1990 35 Jahre lang begleitete.

Im September 1957 erfolgte mein Einsatz als Militärattaché der NVA bei der Botschaft der DDR in der Ungarischen Volksrepublik. Die praktische Tätigkeit in dieser Funktion eröffnete mir ungeahnte Einblicke in die internationale Zusammenarbeit von Staaten sowie des Lebens der Menschen aus

unterschiedlichen Herkunftsländern, weit über Militärpersonen hinausgehend. Mein Auftreten in diesen Kreisen war stets das Bemühen, die auf Frieden und Sicherheit gerichtete internationale Politik der DDR darzulegen. Es fand Gehör und Zustimmung, vor allem bei denjenigen, die wussten und erlebt hatten, was ein Krieg an Tod und Elend mit sich bringt. Diskussionskreise waren diplomatische und militärische Vertreter aus vielen Staaten der Welt, die in Ungarn akkreditiert waren. Amerikanische und französische akkreditierte Militärs gehörten zu den wenigen, die meinem Staat und damit mir nicht freundlich gesonnen waren. Zur BRD gab es auf Grund der Obstruktionspolitik dieses Staates zur DDR keine Kontakte.

Im Verlaufe der 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde die internationale Anerkennung der DDR und damit ihre diplomatischen Möglichkeiten stets umfangreicher. Die grundsätzliche politische Linie unseres Staates fand im Wesentlichen in den Ländern, in denen wir wirksam werden konnten ein positives Echo.

Erinnerung:

Eine NVA-Delegation unter Leitung von Minister Hoffmann besuchte auf Einladung des schwedischen Verteidigungsministers Schweden. Im Gespräch über den bevorstehenden Gegenbesuch des schwedischen Verteidigungsministers in der DDR und ihrer NVA bat dieser, bei seinem Flug nach Berlin in Peenemünde, damals Standort eines Geschwaders der Luftstreitkräfte der NVA, eine Zwischenlandung zu ermöglichen. Minister Hoffmann stimmte dem sofort zu.

Die Vorbehalte Schwedens gegenüber den Verteidigungsmaßnahmen der DDR im Ostseebereich waren offensichtlich groß. Während des Besuches in Berlin bedankte sich der schwedische Verteidigungsminister für die ihm gegebene Möglichkeit und drückte seine volle Zufriedenheit über das persönlich Gesehene aus.

Eine andere Geschichte:

Anfang der 80er Jahre produzierten wir einen Film mit dem Titel „Akkreditiert in der DDR“. Ein Film über Leben und Möglichkeiten akkreditierter Militärs und ausländischer Militärdelegationen in der DDR und der NVA. Der Leiter der Abteilung Kultur der PHV der NVA zeigte diesen Film auf einem internationalen militärischen Film-Festival in Paris. Ohne Kommentar der westlichen Seite verschwand dieser Film dort im Archiv. Warum wohl?

Eine Lehre:

Auf Einladung des mexikanischen Präsidenten weilte im September 1974 eine Delegation der Nationalen Volksarmee unter Leitung ihres Ministers in Mexiko. Wie so üblich, gab der Botschafter der DDR aus diesem Anlass für die mexikanischen Gastgeber einen Empfang. Im Gespräch standen Minister Hoffmann, die NVA-Militärattachés und ich zusammen. Aus einer Gruppe mexikanischer Offiziere, die diskutierend neben uns stand, kam eine Frau auf uns zu und wandte sich an den Minister. „Herr Minister, erlauben sie mir bitte eine Frage“. Hoffmann, leger und offen wie er in solchen Gesprächen war, antwortete: „Aber selbstverständlich meine Dame“. „Herr Minister, sie tragen an ihrer Uniform viele Auszeichnungen. An welchen und wie viel Kriegen haben sie denn schon teilgenommen?“

Minister Hoffmann antwortete:

„Ich bin der Verteidigungsminister eines Staates, der auf seine Fahnen geschrieben hat, sich immer und überall in der Welt für Frieden und für Völkerverständigung einzusetzen. Dafür erhält man in unserem Staat Auszeichnungen und Ehrungen. Und für diese Politik setze ich alle meine Energie ein. Bei uns gibt es keine Auszeichnungen für Krieg oder Kriegshetze. Genügt Ihnen das?“

Die Fragestellerin sah ihn mit großen Augen an und verlies verstört die Gesprächsrunde, ohne eine Antwort zu geben.

Das Leben hat mich geprägt in der Zeit der faschistischen Gewaltherrschaft, der Erlebnisse während des Krieges, durch das Verhalten der amerikanischen Besatzungsmacht, der sowjetischen Besatzungsmacht und als Angehöriger der Nationalen Volksarmee der DDR.

Ein neuer Krieg ist in die Nähe gerückt, aber der Friede ist kein Geschenk der Natur. Der Krieg ist immer von Menschen gemacht. Darum bin ich für eine Bündelung aller friedliebenden Kräfte gegen jedes Kriegsabenteuer, deshalb meine Unterschrift unter dieses Dokument.

Anmerkung: Alle angeführten Personen und Ortsangaben sind belegbar.

⁽¹⁾ NSKK – Nationalsozialistisches Kraftfahrzeugkorps

Für ein friedliches und selbstbestimmtes Europa

Alois Zieris

Jahrgang 1936, Betriebsschlosser

Dr.rer.mil. Militärakademie „Friedrich Engels“

Generalmajor Kommandeur der Offiziershochschule LSK/LV

Mit Besorgnis verfolgt die europäische Öffentlichkeit die militärischen Aktivitäten der USA und NATO im Grenzgebiet zu Russland, die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und die offene Feindschaft zwischen Russland und der Ukraine. Das Scheitern der Anti-Hitler-Koalition im Jahr 1948 lehrt, dass nach jahrelanger einvernehmlicher Zusammenarbeit sehr schnell Konfrontation und Kriegsgefahr entstehen können. Nicht unbeachtet bleiben darf, dass es sich bei den Konfliktparteien USA und Russland um Kernwaffenmächte handelt, die sich schon einmal feindlich gegenüberstanden.

Wenn sich ehemalige Soldaten der NVA, zu denen auch ich gehöre, wegen der Gefahren für den europäischen Frieden mit einem Aufruf an die deutsche Öffentlichkeit wenden, dann gibt es dafür zwei Gründe.

Einerseits ist es ihr staatsbürgerliches Recht, von der Politik die Erhaltung des europäischen Friedens einzufordern. Andererseits sind es die persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen aus der schrecklichen Zeit des Kalten Krieges, die zur Erinnerung und Mahnung anhalten. Wenn der europäische Friede gefährdet ist, kann und darf das nicht widerspruchslos hingenommen werden. Ich vertrete die Auffassung, dass die Öffentlichkeit unzureichend, einseitig und zum Teil auch falsch über die Ursachen der besorgniserregenden Entwicklung in Osteuropa informiert wird, Ereignisse aus der Zeit des Kalten Krieges, die uns heute zur Mahnung gereichen, bewusst verdrängt und der Vergangenheit zugeordnet werden. Um dem Vergessen entgegenzuwirken, melde ich mich im Sinne des Aufrufes des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA zu Wort. Ich will außerdem deutlich machen, worin die Ursachen für die derzeit sehr ernsthafte Lage in Europa bestehen.

Mein Engagement ergibt sich aus einem Vorsatz, der schon in meiner Jugendzeit aus persönlichen Erlebnissen und Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges entstanden ist. Wie Millionen Menschen, so bescherte dieser verheerende Krieg auch meiner Familie Todesopfer, die Vertreibung aus der Heimat, bittere Not und Armut. Ich wollte in meinem Leben dafür eintreten, damit sich die Schrecken eines Krieges nicht wiederholen. Die Wiederbewaffnung der BRD unter der Führung von Generälen und Offizieren der Hitlerwehrmacht führte bei mir zu der Entscheidung, das Waffenhandwerk zu erlernen, um das friedliche Leben der Menschen in meiner neuen Heimat, der DDR, zu schützen. Die Entwicklungen im geteilten Deutschland und die Konfrontation zwischen den einst verbündeten Alliierten führten dazu, dass daraus eine Lebensaufgabe bis zum 2. Oktober 1990 wurde.

Meinen Dienst habe ich in verantwortungsvollen Dienststellungen in der Luftverteidigung der DDR, die sich über all die Jahre mit Verletzungen der Lufthoheit der DDR durch die NATO und BRD auseinandersetzen musste, geleistet. Die Gefahren für den Frieden waren aufgrund des Kalten Krieges allgegenwärtig. Beide Seiten unterstellten sich Aggressionsabsichten und führten Manöver größten Ausmaßes durch. Die NATO vertrat die Strategie der Vorneverteidigung, die den Soforteinsatz von Kernwaffen vorsah. Ständig befanden sich auf beiden Seiten Kräfte in Gefechtsbereitschaft. Selbst die Gefahr der Auslösung eines ungewollten Krieges bestand. Die Situation erreichte ihren absoluten Höhepunkt, nachdem in der NATO und im Warschauer Vertrag strategische Kernwaffen verfügbar waren. Jede Stadt auf dem Erdball und jedes militärische Ziel war durch interkontinentale Raketen erreichbar. Die Nuklearzeit hat besonders tiefe Spuren in meinem Gedächtnis hinterlassen, weil der Weg bis zur Beendigung der Kriegsgefahr sehr lang und schwierig war. Manchmal ging auch die Hoffnung auf die Erreichung des Zieles verloren. In Auseinandersetzung mit einem drohenden Kernwaffenkrieg entstand in der Verteidigungscoalition des Warschauer Vertrages eine neue Denkweise über den Krieg, die uns als Militärs eine neue Aufgabe zuwies und einen Weg zur Überwindung des Krieges aufzeigte.

Neues Denken über den Krieg

Mit der Einführung der Nuklearwaffen trat eine völlig neue Lage gegenüber den bis dahin mit konventionellen Waffensystemen geführten Kriegen ein, weil es in einem solchen Krieg weder Sieger noch Besiegte geben konnte. Militärwissenschaftler der Koalition des Warschauer Vertrages, darunter auch zahlreiche Wissenschaftler der NVA, entwickelten eine grundlegend neue Denkweise über den Krieg. Im Kern entstand die Auffassung, dass ein zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag begonnener Krieg mit hoher Wahrscheinlichkeit in einen Kernwaffenkrieg übergehen würde, der in seiner Gesamtheit nicht mehr steuerbar wäre. Die Folgen eines solchen Krieges waren weder vorstellbar noch fassbar. Die Auslöschung der menschlichen Zivilisation wurde zur realen Gefahr und der Gedanke an einen Sieg zur Illusion. Mit dieser Prognose hatte der Krieg aufgehört, ein Mittel der Politik zu sein. Die Militärwissenschaftler folgerten, dass es nun Aufgabe der Politik und der Streitkräfte sei, einen Krieg durch politische und militärische Aktivitäten zu verhindern.

Den Erkenntnissen des neuen Denkens über den Krieg folgend, erklärten 1982 die Repräsentanten der Länder des Warschauer Vertrages vor der Weltöffentlichkeit den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen. Darüber hinaus erklärten sie, unter keinen Umständen als Erste militärische Handlungen gegen einen Staat oder eine Staatengemeinschaft zu beginnen. Der NATO wurde damit erklärt, dass von ihrem potentiellen Gegner keine Kriegsgefahr ausging. Die bis dahin gültige Militärstrategie, die im Kriegsfall vorsah, den Gegner auf seinem eigenen Territorium zu vernichten, wurde aufgegeben. An ihre Stelle trat die defensive Verteidigungsoperation, bei der der Angreifer unterhalb der Schwelle eines Kernwaffeneinsatzes abgewehrt werden sollte. Diese militärische Defensivlösung sollte im Fall eines durch die NATO ausgelösten Krieges, diesen territorial begrenzen und das Schlimmste, einen Kernwaffeneinsatz, verhindern.

Die NATO hingegen hielt einen Raketen-Kernwaffenkrieg für führbar. Sie lehnte einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen, wegen einer vermeintlichen konventionellen Überlegenheit des Warschauer Vertrages ab. Das Programm zur Einführung neuer luftgestützter komplexer Waffensysteme wurde fortgesetzt. In den westlichen Medien wurde die Erklärung als taktisches Manöver und nicht glaubhaft abgetan. Angesichts des Fortbestandes der Gefahr eines Kernwaffenkrieges war für uns als Vertreter des neuen Denkens über den Krieg die Reaktion unfassbar aber auch unermesslich gefährlich. Die Länder des Warschauer Vertrages setzten die Aufklärung der Menschheit über die Gefahren eines Krieges fort und signalisierten der NATO eine hohe Verteidigungsbereitschaft.

Die Sowjetunion entwickelte, gestützt auf das politische Denken über den Krieg, die Perestroika im eigenen Land, eine neue weltweite Friedensstrategie.

Im Dezember 1988 unterbreitete der Staatschef der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, diese Strategie der UN-Vollversammlung. Er verkündete die Beendigung der Konfrontation seines Landes gegenüber den westlichen Ländern, den Rückzug der sowjetischen Truppen aus den Ländern des Warschauer Vertrages und die Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte um 500.000 Soldaten. Diese Friedensinitiative berührte die ganze Welt und löste einen weltweiten Widerhall aus. Die Westalliierten sahen sich zu Reaktionen veranlasst, die den Prozess zur Beendigung der Konfrontation vollendeten. Die NATO stand bei diesem Prozess im Abseits. In Europa war die Freude und Euphorie über die unerwartet eingetretene Beendigung der Ost-West-Konfrontation unbeschreiblich und wurde von vielen Menschen als ein Geschenk des Himmels gesehen.

Im Offizierskorps der NVA war die Erkenntnis über den Nichteinsatz militärischer Mittel zur Erreichung politischer Ziele tief verankert, sie hat in der Zeit der politischen Umwälzung in der DDR das Denken und Handeln der NVA bestimmt. Die NVA war dank ihrer politischen Bildung und Weitsicht Garant für den Nichteinsatz von Waffen. Sie hat damit einen historisch bedeutsamen Beitrag zum friedlichen Verlauf der politischen Veränderungen in der DDR, auch in Kenntnis ihrer bevorstehenden Auflösung, geleistet.

Ich beschreibe unser damaliges Denken und Handeln über den Krieg, weil die Erkenntnisse für die gegenwärtige Zeit außerordentlich bedeutsam sind. Weltweit bestehen acht Kernwaffenmächte. Auch die Bundesregierung setzt im Weißbuch 2016 auf die Aufrechterhaltung eines strategischen Spektrums aus nuklearen und konventionellen Fähigkeiten im Rahmen der NATO. Die Gefahr eines Kernwaffenkrieges ist daher keineswegs gebannt. Umso bedeutsamer sind vertrauensvolle und achtsame Beziehungen zwischen den Kernwaffenmächten.

Für die Gegenwart ist charakteristisch, dass keiner der in den letzten Jahren mit konventionellen Mitteln geführten Kriege die politischen Zielstellungen erreichen konnte. Dass unterstreicht die generelle Sinnlosigkeit von Kriegen. Die Politik ist daher aufgefordert, sich auf ausschließlich friedliche Konfliktlösungen auszurichten und den Krieg auszuschließen.

Die Beendigung meiner militärischen Tätigkeit hängt viel mit dem bedeutsamen Erfolg der langjährigen Friedensbemühungen der Länder des Warschauer Vertrages und der Beendigung der Kriegsgefahr in Europa zusammen. Die Beendigung des Kalten Krieges und der friedliche Verlauf der politischen Umgestaltung in der DDR wurden für mich zu Erfolgserlebnissen. Ich sah mich in meinem langjährigen persönlichen Einsatz für den Frieden bestätigt.

Die Charta von Paris

Am 21 November 1990 erklärten 32 europäische Länder, die USA und Kanada, feierlich die Konfrontation und die Teilung Europas für beendet. Sie verpflichteten sich, ein neues Europa des Friedens, der Demokratie, der gegenseitigen Achtung und Zusammenarbeit zu errichten. Kriege sollten verhindert werden. Der sowjetische Präsident Gorbatschow entwickelte die Vision von einem gemeinsamen europäischen Haus. Für die Umsetzung der Charta bestand eine sehr realistische Ausgangsposition, denn Europa war befriedet. Die Bilanz im Jahr 2016 ist wenig erfreulich. Die Vermeidung von Kriegen und die Errichtung eines gemeinsamen Hauses Europa blieben unerfüllt. Die EU steht am Rande eines Zerfallsprozesses.

Ursachen für die heutige Lage in Europa

Das neue Denken über den Krieg hat die westlichen Politiker und Militärs nicht erreicht, denn die erfolgreiche Friedensstrategie der Länder des Warschauer Vertrages wurde von den westlichen Ländern nicht aufgegriffen. Die Strategie der militärischen Abschreckung und des Einsatzes militärischer Mittel zur Erreichung politischer Ziele wurde beibehalten.

Die USA haben nach der Beendigung der Konfrontation nicht im Geringsten daran gedacht, sich wie die Sowjetunion politisch und militärisch aus Europa zurückzuziehen. Sie sahen sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in der Position, alleinige Weltmacht zu sein. Die Vorherrschaft der USA über Europa wurde uneingeschränkt über die NATO aufrechterhalten. Für die USA war ein selbstbestimmtes Europa vom Atlantik bis zum Ural, mit den geostrategischen Ländern Russland, Deutschland, Frankreich und Großbritannien nicht akzeptabel, weil ein solches Europa zu einem ernsthaften Konkurrenten geworden wäre. Der Kurs der USA wurden dadurch begünstigt, dass die Politiker der westeuropäischen Länder den Fortbestand des militärischen Schutzes durch die USA für erforderlich hielten und bis in die Gegenwart keinen Anspruch auf eine selbstbestimmte europäische Politik erheben. Das war auch der Grund dafür, dass die NATO nach dem Wegfall ihres einzigen Gegners nicht aufgelöst wurde.

Die Kriege der USA im Bündnis mit einigen europäischer Partnern in Afghanistan, in Nahost und Nordafrika versetzten die betroffenen Ländern in Chaos, Not und Elend. In vielen Regionen wurden die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört. Die Kriege haben zur Entstehung einer nur schwer beherrschbaren Flüchtlingsbewegung geführt, den Terrorismus begünstigt und Europa in Angst und Schrecken versetzt. Die EU befindet sich wegen der Unzufriedenheit der Menschen mit ihrer Politik in einer Existenzkrise. Die Zukunftsängste der Menschen sind enorm. Die USA haben die in Osteuropa entstandenen politischen Freiräume genutzt, um das NATO-Territorium bis an die russische Grenze auszuweiten. Parallel zur NATO unterhalten die USA in Europa eine eigenständige Armee aus Land-, Luft- und Seestreitkräften mit einer Personalstärke von 72.000 Soldaten, basiert auf 500 Stützpunkten. Diese Streitkräfte werden von einem US- Oberkommando geführt, das nur dem US-Verteidigungsminister unterstellt ist. Diese militärische Gruppierung erweist sich als die schlagkräftigste militärische Vereinigung in Westeuropa. Sie ist für militärische Operationen in Europa, Nahost und Nordafrika vorgesehen. Mit der NATO und der US-Armee haben sich die USA für die EU bis in die Gegenwart militärisch unentbehrlich gemacht. Die EU hat dafür ihre Souveränität geopfert.

Die Wiedererstarkung Russlands und ihr Anspruch auf eine eigenständige Politik war nicht im Sinne der USA. Schon vor der Ukrainekrise hatte die Verleumdung des russischen Präsidenten Putin begonnen. Die EU und Deutschland haben sich dabei als tatkräftige Unterstützer erwiesen. Die offene Unterstützung der russlandfeindlichen Kräfte in der Ukraine führte zur Lossagung der

Ukraine von Russland. Die dadurch entstandene Krise zwischen der Ukraine und Russland wurde von den USA genutzt, um Russland zu demütigen, wirtschaftlich zu schwächen und international zu schädigen. Durch das Schüren von Angst in den osteuropäischen Ländern vor einer vermeintlichen russischen Aggression wurde zudem eine Kriegshysterie entfacht. Ohne Herauslösung der Ukraine aus der Interessensphäre Russlands und ohne Missachtung der Rechte der mehrheitlich russischen Bevölkerung in der Ostukraine und der Krim durch die nach dem Umsturz in der Ukraine an die Macht gekommenen russlandfeindlichen Kräfte, hätte es mit hoher Wahrscheinlichkeit den Krieg in der Ostukraine und die friedliche Eingliederung der Krim in die Russische Föderation nicht gegeben. Die Errichtung von US- und NATO- Stützpunkten in Grenznähe zu Russland, die auf dem NATO Gipfeltreffen im Juli 2016 beschlossene Entsendung von NATO- und US- Kampfeinheiten nach Polen und ins Baltikum, stellen eine fortschreitende, gegen Russland gerichtete Militarisierung Osteuropas dar. Die Propagierung militärischer Abschreckung und der Kurs zur politischen und wirtschaftlichen Schädigung und Schwächung Russlands, der von der Bundesregierung maßgeblich unterstützt wird, gefährden das friedliche Zusammenleben der Völker Europas und den europäischen Frieden.

Ich bin der Zuversicht, dass sich Russland auf eine militärische Eskalation, angesichts der Erfahrungen aus dem Kalten Krieg und als Mitinitiator des neuen politischen Denkens über den Krieg, nicht einlässt. Ich vertrete die Ansicht, dass Europa ohne US-Einfluss entschieden anders aussähe. Europa steht vor einer in wesentlichen Punkten gescheiterten Politik. Die Aufbringung des Mutes für einen Neuanfang nach den Grundsätzen der Charta von Paris könnte ein Ausweg aus der verhängnisvollen Situation sein. Der große Wert guter Beziehungen der EU zu den USA steht außer Frage. Für eine wirkungsvolle europäische Politik ist aber das Mitbestimmungsrecht und die Einmischung der USA in alle bedeutsamen Länder- und Europaangelegenheiten nicht erforderlich. Die EU mit dem größten Wirtschaftsmarkt der Welt, und mehr als 500 Millionen Einwohnern, 1,5 Millionen Soldaten, 212 Milliarden Euro Militärausgaben, sollte in der Lage sein, ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen. Sie bedarf keiner Bevormundung.

Erinnert sei an die Rede des russischen Präsidenten Putin vom 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag, die mit großem Beifall bedacht wurde. Putin sagte: „Europa kann seinen Ruf als mächtiger und selbständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen vereint. Im Jahr 2011 erklärte Putin die Bereitschaft Russlands, für eine Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok. Westeuropa sollte sowohl aus politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsgründen zu Russland vertrauensvolle Beziehungen herstellen.

Ich bin kein Befürworter von neuen militärischen Strukturen. Solange die Welt so ist wie wir sie gegenwärtig erleben, bedürfen die europäischen Länder einer angemessenen gesamteuropäischen Verteidigungsorganisation.

In einem Strategiepapier stellte die für europäische Sicherheitsfragen zuständige EU-Außenbeauftragte Mogherini im Juli 2016 fest, dass die EU derzeit nicht in der Lage ist, eigenständig zu operieren, weil ihr dazu die militärischen Kompetenzen und Möglichkeiten fehlen. Die Auseinandersetzung der EU-Kommission mit dieser Realität könnte der Anfang für ein selbstbestimmtes Europa sein.

Folgt man dem Weißbuch 2016 so stehen für die deutsche Bundesregierung die Weichen auf Fortsetzung der bisherigen Politik. Im Weißbuch sind an unterschiedlichen Stellen die folgenden fünf Sätze zu lesen:

- „Die Staaten Europas haben gemeinsam mit den USA auf dem europäischen Kontinent seit Ende des Kalten Krieges eine einzigartige Friedensordnung geschaffen“.
- „Nur gemeinsam mit den USA kann sich Europa wirkungsvoll gegen die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts verteidigen und glaubwürdige Abschreckung gewährleisten“.
- „Für Europas Sicherheit ist das transatlantische Bündnis unverzichtbar“.
- „Kein europäisches Land ist allein in der Lage sich zu verteidigen“.
- „Die Aufrechterhaltung eines strategischen Spektrums aus nuklearen und konventionellen Fähigkeiten ist erforderlich“.

Diese Art zu denken und zu schreiben ist fern des neuen politischen Denkens über den Krieg, leugnet die bestehenden Realitäten und erinnert sehr stark an die Rhetorik aus der Zeit des Kalten Krieges.

Was sagen die Anderen?

Meinungen von Persönlichkeiten

Sehr geehrter Armeegeneral a.D. Heinz Kessler,
Sehr geehrte Unterzeichner des Aufrufs "Soldaten für den Frieden",

mit großem Interesse haben wir von dem Friedensaufruf erfahren, der von mehreren Organisationen formuliert und von prominenten ehemaligen Offizieren und gutmütigen Personen in Deutschland unterzeichnet wurde.

Genau wie Sie hat sich unser Land an die gerechte und verdiente Anerkennung der heldenhaften Roten Armee und des sowjetischen Volkes angeschlossen, die sich außerordentlich für die Beendigung des durch den Zweiten Weltkrieg entfesselte Barbarei geopfert haben, die das Leben von 50 Millionen von Personen, darunter 27 Millionen Söhnen der ehemaligen Sowjetunion gekostet hat. Ein deutliches Zeichen dieser Anerkennung ist die Teilnahme unseres Präsidenten, der Armeegeneral Raul Castro Ruz, an der in Moskau neulich stattgefundenen Feierlichkeiten anlässlich des Sieges gegen den Faschismus gewesen.

Kuba hat einen blutigen Preis für ihre Unabhängigkeit verbüßt und sogar mit den Waffen um ihre Bewahrung gekämpft, aus diesem Grund wird von Kuba am Frieden einer der gerechtesten Ansprüche geschätzt und erkannt, der keinem Volk aberkannt werden soll.

Kuba hat seine Überzeugung unterhalten und wird das weiterhin tun, dass eine friedliche Koexistenz und nicht-Anwendung von Gewalt bei der Beilegung von Streitigkeiten stets vor den Einsatz von Waffen stehen soll. Unser Land wird keine Mühe scheuen, um den Frieden zu bewahren und mit seinem bescheidenen Beitrag zum Frieden anderer Völker beizutragen. Dieser Wille wurde nicht nur in Erklärungen, sondern auch in Fakten wie die von Kuba ausgeübte Solidarität geäußert, oder als sich im Januar 2014 in Havanna die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten als Friedenszone erklärte. Unsere Region ist die erste in der Welt, die sowohl auf Atomwaffen (Vertrag von Tlatelolco, 1967), als auch auf die Anwendung von Gewalt bei den internationalen Beziehungen verzichtet hat. Dies stellt einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung des Weltbewußtseins für den Frieden dar.

Kuba hat auch von den Staaten, die im Besitz von Kernwaffen sind, energisch gefordert, dass sie ihre Verpflichtungen auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung erfüllen, die Modernisierung ihrer Atomwaffenarsenale einstellen und diese aus ihrer Sicherheitsstrategien bzw. -doktrinen ausschließen.

Wir beten, dass die Bemühungen von Millionen von friedliebenden Männern und Frauen rund um die Welt von Erfolg gekrönt werden, und das wir miteinander in einer Welt des Friedens, frei von Hegemonien, Kriege und Atomwaffen leben können.

Mit freundlichen Grüßen,
Rene' Juan Mujica Cantelar

A. W. Terentjew

Vorsitzender des Verbandes der Veteranen der Streitkräfte in Deutschland

In dem Aufruf „Soldaten für den Frieden“ der Verantwortungsträger der ehemaligen DDR-Armee wird offen gesagt, dass Russland kein Feind ja noch nicht einmal ein Gegner, sondern jemand, der zur Zusammenarbeit bereit ist. Man sollte nicht vergessen, dass es besser ist, Russen als Freunde zu haben als mit Ihnen in Feindschaft zu leben. Dem stimmen wir völlig zu.

Zweimal im 20. Jahrhundert war der Hauptgegner Russlands erst das Kaiserreich und dann Nazi-Deutschland. Dabei wollte Russland in beiden Fällen keinen Krieg mit Deutschland (sowohl Nikolai II. als auch J.W. Stalin waren gegen eine Auseinandersetzung mit Deutschland). Aber die geopolitischen Interessen anderer Länder kollidierten zum großen Leidwesen mit den Interessen des russischen und deutschen Volkes.

Der Generalmajor der zaristischen Armee Alexei Jefimowitsch Edrikhin (Vandam) sagte treffend zu Beginn des 20. Jahrhunderts: „Schlimmer als eine Feindschaft mit einem Angelsachsen kann nur eines sein – die Freundschaft mit ihm“. Aber wir wollen dieses Zitat nicht als Grundlage unserer Tätigkeit ansehen. Wir sind dagegen. Wir sind für den Aufbau eines Systems der europäischen Sicherheit auf der Grundlage gleichberechtigter und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen, jedoch bei Berücksichtigung ihrer nationalen Interessen, ausgehend vom Vertragswerk von Helsinki über eine gleiche und unteilbare Sicherheit. Und nicht für solche, die uns bisweilen gestatten, am Ende der gemeinsamen Tafel zu sitzen und klug den Mund zu halten. Wir sind gegen eine Sicherheitsarchitektur der einen zu Lasten der anderen Seite.

Heute steht die NATO vor unserem Zaun und empört sich, dass wir die Pforte nicht öffnen. Und nun antwortet Russland auf seinem Territorium mit Übungen und Maßnahmen zur Erhöhung seiner Verteidigungsfähigkeit, um eine Wiederholung der tragischen Ereignisse bei Kriegsbeginn zu verhindern, die sich damals vor den Toren Moskaus und Stalingrads abspielten. Aus allen Kehlen beschuldigt man uns aggressiver Handlungen.

Die NATO ist es, die in unmittelbarer Nähe zu unseren Grenzen ein Raketenabwehrsystem, ein von der Koalition geführtes System mit Speerspitzen entfaltet hat. Mit gespannter Aufmerksamkeit vermerkt Russland, dass die NATO in ihrem Bestand deutsche Einheiten hat.

Die jahrhundertealte Geschichte Europas zeigt: wenn die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland einen gutnachbarlichen Charakter haben, wenn sie nicht durch Widersprüche dominiert werden, dann herrscht auf dem europäischen Kontinent Frieden, Zusammenarbeit und Verständigung.

Der ehemalige Ministerpräsident des Landes Brandenburg Dr. Manfred Stolpe hat in einem Gespräch mit mir die jüngsten Umfrageergebnisse in Russland und in Deutschland besorgt erwähnt. In Russland sanken Popularität und Respekt für Deutschland vom 2. auf den 14. Platz. Zur gleichen Zeit sanken in Deutschland die Sympathien gegenüber Russland.

Dies besagt, dass es Mächte gibt, und man muss sie nicht lange suchen, die sowohl jetzt, als auch in den historischen Brüchen der Vergangenheit alles gegen die Interessen Russlands und Deutschlands für ihre eigenen geopolitischen Zwecke tun. Man kann sagen, dass die Politik der Verhinderung der Annäherung des deutschen und des russischen Volkes aus den Tiefen der Jahrhunderte kommt.

Wir halten es aber für unzulässig, dass die Völker von Goethe, Schiller und Schumann, Puschkina, Tolstoi und Tschaikowski miteinander in der Sprache der Konfrontationen und Sanktionen sprechen. Die Geschichte, zumindest die Geschichte der letzten Jahrhunderte sagt uns, dass der Weg der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit und guten Nachbarschaft die einzig richtige Richtung in der Entwicklung der russisch-deutschen Beziehungen ist.

Wir sind davon überzeugt, wenn Moskau und Berlin zusammen oder auch parallel agieren, können sie einen wesentlichen Beitrag zur Bildung eines neuen Systems der internationalen Sicherheit leisten. Dieses System garantiert einen zuverlässigen Schutz ihrer Bürger und stützt sich auf die grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechts. Unserer Meinung nach ist eine andere Herangehensweise an die Organisation des Sicherheitssystems in Zeiten der Konfrontation nicht

akzeptabel und auch sinnlos. In dieser Hinsicht hoffen wir auf die historische Weisheit und Erfahrung des deutschen Volkes.

Dabei zieht Russland die Schlussfolgerungen aus seiner Geschichte. Und wir freuen uns zu sehen, dass der Oberbefehlshaber Wladimir Wladimirowitsch Putin, der Verteidigungsminister Sergei Kuschugetowitsch Schoigu alles für ein hohes Niveau der Einsatzbereitschaft der russischen Streitkräfte unternehmen. Wir unterstützen allseits alle vorgenommenen Maßnahmen, um eine angemessene Sicherheit unseres Vaterlandes zu gewährleisten.

Im Laufe seiner gesamten Geschichte galt und gilt Russland als Friedensstifter. An seinem geistigen und moralischen Potenzial, Widerstandswillen und Mut, an der Bereitschaft seines Volkes, Opfer für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes und der ganzen Menschheit zu bringen, sind die Heerscharen der mongolischen Tataren, Napoleons und Hitlers gescheitert. Auf Kosten enormer Anstrengungen und Opfer brachte unser großes Vaterland fast immer den Völkern Europas Freiheit und Unabhängigkeit.

Russland bleibt auch jetzt ein Vorposten auf dem Weg zur Verhinderung der Ausbreitung menschenfeindlicher Gesellschaftsformationen, besonders mit Blick auf den internationalen Terrorismus und Nazismus in all ihren Formen und Ausprägungen.

Eben deshalb unterstützte und unterstützt der „Verband der Veteranen der Streitkräfte in Deutschland“ die Verhinderung einer Entwicklung in Richtung Konfrontation zwischen dem russischen und dem deutschen Volk. Dies sehen wir als eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Aktivitäten des „Verbandes“ und werden in dieser Richtung arbeiten.

СТАТЬЯ А.В. ТЕРЕНТЬЕВА

В обращении офицеров бывшей армии ГДР под названием «Солдаты за мир» открыто говорится о том, что Россия не враг и даже не оппонент, а объект, готовый к сотрудничеству. И не стоит забывать о том, что с русскими лучше дружить, чем враждовать. И мы с этим полностью согласны.

Дважды в двадцатом столетии главным противником России выступала сначала кайзеровская, а затем фашистская Германия, при этом оба раза Россия не хотела войны с Германией (как Николай 11, так и И.В. Сталин всемерно избегали с ней столкновения), но геополитические интересы других стран, к большому сожалению, сталкивали российский и немецкий народы.

Генерал-майор царской армии Алексей Ефимович Едрихин (Вандам) в начале XX столетия метко сказал, что «Хуже вражды с англосаксом может быть только одно - дружба с ним». Но мы не хотим в основу своей деятельности положить эту цитату. Мы против нее. Мы за строительство системы европейской безопасности на основе равноправных, дружественных отношений между народами, но только с учетом их национальных интересов, исходя из Хельсинских соглашений о равной и неделимой безопасности. А не за отношения, порой дающие право только, «умно» помалкивая, посидеть на краю «общей» скамейки, и не за строительство безопасности одних за счет небезопасности других.

Сегодня НАТО стало у нашего забора, подошло к воротам, и, мало того, возмущается, что мы их не открываем. При этом, когда Россия, исключительно в ответном варианте, проводит учения и другие мероприятия по повышению своей обороноспособности на своей территории во избежание повторения трагического варианта завершения начального периода войны под стенами Москвы и Сталинграда, ее во весь голос обвиняют в агрессивных действиях.

Само же НАТО развертывает у наших границ систему ПРО, систему управления коалиционными группировками и свой передовой эшелон. Особенно остро воспринимается Россией размещение в его составе немецких формирований.

Многовековая история Европы показывает — когда отношения между Россией и Германией носят добрососедский характер, не раздираются противоречиями, тогда на Европейском континенте царит мир, сотрудничество и взаимопонимание.

Бывший Премьер-министр земли Бранденбург доктор Манфред Штольпе в беседе со мной озабоченно отметил недавние результаты опросов в России и в Германии. В России популярность и уважение к Германии упала с 2-ого на 14-ое место. При этом и в Германии заметно снизились симпатии по отношению к России.

Это свидетельствует о том, что есть силы и их не надо долго искать, которые сейчас и на исторических изломах в прошлом делают все для столкновения интересов России и Германии в своих корыстных геополитических целях. Из глубины, можно сказать, веков идет политика недопущения сближения немецкого и российского народов.

Мы же считаем недопустимым, чтобы народы Гете, Шиллера и Шумана, Пушкина, Толстого и Чайковского разговаривали между собой языком конфронтаций и санкций. История, по крайней мере, последних веков, подсказывает нам, что путь взаимовыгодного сотрудничества и добрососедства — единственно верное направление в развитии российско-германских отношений.

Мы убеждены, что, действуя совместно либо на параллельных курсах, Москва и Берлин способны внести весомый вклад в формирование новой системы международной безопасности, обеспечивающей надежную защиту их гражданам и опирающейся на основополагающие принципы международного права. На наш взгляд, иной подход к организации системы безопасности в период «кнопочной» войны недопустим, а порой и безрассуден. И в этом вопросе мы надеемся на историческую мудрость и опыт немецкого народа.

При этом Россия не может не делать выводов из своей истории. И мы с удовлетворением видим, что Верховным главнокомандующим Путиным Владимиром Владимировичем, Министром обороны Шойгу Сергеем Кужугетовичем, делается все для поддержания высокого уровня боеготовности Вооруженных Сил России и всесторонне поддерживаем все принимаемые меры для обеспечения должной безопасности нашей Родины.

На протяжении всей своей истории Россия выступала и выступает как миротворец. Об ее духовный и морально-нравственный потенциал, стойкость и мужественность, готовность ее населения на жертвы ради свободы и независимости Родины и всего человечества разбились полчища монголо-татар, Наполеона и Гитлера. Практически всегда наша великая Родина ценой неимоверных усилий и жертв несла народам Европы свободу и независимость.

Россия и сейчас — форпост на пути распространения человеконенавистнических форм устройства общества и, в первую очередь, международного терроризма и нацизма в любых формах и

проявлениях. Именно поэтому «Союз ветеранов группы войск в Германии» всегда был и находится на позициях максимального содействия недопущению развития противостояния между российским и немецким народами. В этом мы видим одну из основных задач международной деятельности «Союза» и далее продолжать работать в этом направлении.

Unsere Forderung: Friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu Russland

Hans Bauer

Vorsitzender der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V

Nahezu zwei Jahre sind seit dem Appell "Soldaten für den Frieden" vergangen. Der Appell der 100 Generäle a. D. der NVA endet mit dem Aufruf: Wir brauchen ein friedliches Deutschland in einem friedlichen Europa.

Mit Erschrecken müssen wir heute feststellen, dass weder Deutschland noch Europa friedlicher geworden sind. Die Welt und auch Europa sind von Kriegen und militärischen Konfliktherden überzogen. Gerade in diesen Wochen und Monaten rollen Panzer durch Europa. Sie rollen gen Russland. Um an den Grenzen der Russischen Föderation Übungen abzuhalten. Die NATO-Staaten bringen Truppen samt Kriegsmaterial an der NATO-Ostgrenze in Stellung. Weil sich angeblich Polen und die baltischen Staaten von Russland bedroht fühlen. Eine führende Rolle nimmt hierbei Deutschland ein. Nicht die eigene Landesverteidigung ist - wie im Grundgesetz gefordert - der Maßstab, sondern die mit dem "Weißbuch" der Bundesregierung auch offiziell eingeleitete weitere Militarisierung des Landes.

Wir erinnern uns: Einst hieß es, „von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen“. Über Jahrzehnte des Kalten Krieges war dieser Grundsatz ein im Volk verwurzelt starkes Argument im Kampf um den Frieden. Das militärische Gleichgewicht der feindlichen Kräfte war außerdem ein Garant für seinen Erhalt. Die Erfahrungen mit dem verbrecherischen Faschismus und dem Blutzoll, den die Völker für die Befreiung zahlen mussten, hatten entscheidenden Einfluss auf eine im wesentlichen friedliche Entwicklung. Dabei unvergessen ist der entscheidende Anteil, den die Sowjetunion mit 27 Millionen Toten an der Zerschlagung des faschistischen Regimes und der Befreiung vor allem des deutschen Volkes hatte.

Heute ist es besonders Deutschland, das Land und Leute für den Aufmarsch an Russlands Grenzen zur Verfügung stellt und selbst an vorderster Stelle an dieser Politik der Bedrohung beteiligt ist.

Wir als GRH verurteilen scharf dieses Spiel mit dem Feuer, das jederzeit in einen heißen Krieg umschlagen kann. Für uns undenkbar, wie nach 72 Jahren der Befreiung ein neues Feindbild gegen Russland aufgebaut wird. Die meisten Mitglieder unserer Organisation haben an exponierter Stelle über Jahrzehnte gemeinsam mit sowjetischen Freunden zur Friedenssicherung beigetragen. Führende Politiker und Militärs haben internationale Friedens- und Abrüstungsinitiativen verantwortet und unterstützt, Waffenbrüder standen im Rahmen des Warschauer Vertrages Seite an Seite. Unsere Kundschafter des Friedens trugen dazu bei, dass militärische Entscheidungen zur Abwehr und Verteidigung angemessen waren und dem Gleichgewicht der Kräfte entsprachen. Angehörige unserer Grenztruppen sicherten gemeinsam mit sowjetischen und den Waffenbrüdern der anderen sozialistischen Staaten die territoriale Integrität und staatliche Souveränität unserer Länder. Die Mitarbeiter der Sicherheitsorgane und der Justiz der DDR waren für die Stabilität der sozialistischen Machtverhältnisse und Rechtsordnung verantwortlich - in vielen Bereichen auch in Kooperation mit sowjetischen Organen. Für uns war also die Freundschaft mit der Sowjetunion tägliche Praxis und Herzenssache.

Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Und Russland ist ein kapitalistisches Land. Die Politik der Russischen Föderation unter Präsident Putin ist allerdings heute ein entscheidender Faktor bei der Zurückweisung aggressiver imperialistischer Politik. Diese Erkenntnis und unsere geschichtlichen Erfahrungen verbinden uns bis heute in Solidarität und Freundschaft mit Russland. Für die GRH war diese Verbundenheit Anlass, im Januar 2017 einen Appell "Hände weg von Russland" zu beschließen. Wir unterstützen und erneuern damit die im Appell der 100 Generäle erhobenen Forderungen, insbesondere Auslandseinsätze der Bundeswehr und Kriegshetze gegen Russland zu beenden. Wir fordern, die Beziehungen zu Russland auf friedlicher und freundschaftlicher Grundlage zu gestalten.

Nicht die eigene Landesverteidigung ist – wie im Grundgesetz gefordert – der Maßstab, sondern die mit dem "Weißbuch" der Bundesregierung auch offiziell eingeleitete weitere Militarisierung des Landes.

Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch

Klaus Blessing

Vizepräsident des OKV und Buchautor

Mit diesen mahnenden Worten schließt Bertolt Brecht sein im Jahre 1958 uraufgeführtes Werk „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“. Der Schoß wird immer fruchtbarer. Nach dem 2. Weltkrieg hat die Welt 248 bewaffnete Konflikte erlebt. 201 davon liefen mit aktiver USA-Beteiligung ab. In diesen Kriegen wurden 30 Millionen Menschen – davon rund 90 Prozent unschuldige Zivilisten – von US-Militärs getötet.

Gegenwärtig werden in 23 Ländern Kriege geführt. Allein im Jahre 2014 sind durch diese kriegerischen Kampfhandlungen weltweit annähernd 200.000 Menschen gestorben. Die Herrschenden und das sie stützende Kapital haben ihre Militärausgaben weltweit auf 1,7 Billionen US-Dollar hochgeschraubt, alleine die USA geben für ihre Kriegsabenteuer rund 600 Milliarden Dollar aus. Die Rüstungsausgaben des „kriegslüsternen“ Russland betragen zehn Prozent davon. Das bevölkerungsreichste Land der Welt, die Volksrepublik China, verausgabt 216 Milliarden \$. Die BRD hat einen Rüstungsetat von knapp 40 Mrd. \$. Je Kopf der Bevölkerung steht sie damit vor Russland und China!

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich mit der Bundeswehr grundgesetzwidrig an solchen „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten. Sie sind unter Strafe zu stellen“ (Artikel 26 (1) GG). Das sind gegenwärtig direkt oder indirekt 18 „Auslandseinsätze“, überwiegend kriegerische Handlungen oder diese unterstützend in Afghanistan, im Kosovo, im Irak, Syrien, Somalia, Süd Sudan, Mali und anderswo. Sie hat über 4000 Soldaten im Auslandseinsatz, über 100 von ihnen kamen dabei ums Leben, viele aus dem Osten Deutschlands. „Dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint“. Die Nationalhymne der DDR wurde in der „wiedervereinten“ Bundesrepublik zur traurigen Floskel. Stattdessen sind „Eignigkeit und Recht und Freiheit des Glückes Unterpfand.“

Die Bundesrepublik Deutschland bestreitet über zehn Prozent aller Waffenexporte – bei einem Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung von annähernd vier Prozent und einem Bevölkerungsanteil von gerade 1,1 Prozent. „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden“ (GG Artikel 26 (2)). SPD-Wirtschaftsminister Gabriel genehmigt im Interesse und Auftrag der deutschen Rüstungsindustrie im Jahre 2016 den Export von Waffen und Ausrüstungen im Wert von vier Milliarden Euro, eine halbe Milliarde mehr als im Vorjahreszeitraum. Hauptabnehmer sind die „friedensstiftenden Länder“ Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Türkei, Syrien, Südkorea.

Was schert die politisch Verantwortlichen im „Rechtsstaat BRD“ das Grundgesetz? Rüstungswirtschaft ist steuerfinanzierte und krisensichere Profitwirtschaft. Und wenn Gewehre (erfreulicherweise) nicht richtig schießen und Tornados und Hubschrauber (erfreulicherweise) nicht fliegen – der Rüstungsindustrie kann gar nichts Besseres passieren – Folgeauftrag gesichert.

Die Sache auf den Punkt bringt (noch)-Bundespräsident Gauck auf seiner berühmt-berüchtigten Rede zur Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz: „Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden. Aus all dem leitet sich Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert ab: Dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen. (...) Und wenn wir überzeugende Gründe gefunden haben, uns zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren, sind wir dann bereit, die Risiken fair mit ihnen zu teilen?“

Das ist des Pudels Kern: (Maximal)-Profit in einer „offenen“ globalisierten Welt für Deutschland

– auch durch kriegerische Abenteuer sichern. „Grundlegende Werte“ – Gier, Ausbeutung und Zerstörung der Welt durch Massenkonsum westlicher Prägung – als Ordnungssystem weltweit exportieren, wenn notwendig mit militärischer Gewalt. Natürlich alles gut verpackt in Demagogie von Freiheit und Menschenrechten.

Die Forderungen im Aufruf „Soldaten für den Frieden“ sind angesichts der politischen Entwicklung dringender und aktueller denn je: Wir brauchen keine Kriegsrhetorik, sondern Friedenspolitik. Wir brauchen keine Auslandseinsätze der Bundeswehr und auch keine Armee der Europäischen Union. Wir brauchen nicht mehr Mittel für militärische Zwecke, sondern mehr Mittel für humanitäre und soziale Erfordernisse.

Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen, stellte schon der französische Politiker und Historiker Jean Jaurès im 19. Jahrhundert fest. Papst Franziskus meint bei der Beurteilung der aktuellen Situation: Dieses Wirtschaftssystem tötet. Damit das System fortbestehen kann, müssen Kriege geführt werden. Einen dritten Weltkrieg kann man nicht führen, und so greift man eben zu regionalen Kriegen.

Wir sollten uns bewusst sein, dass hinter all den kriegerischen Erscheinungsformen letztlich eine Hauptursache steht: das diesem System immanente Profitstreben. Kapitalistische Eigentumsverhältnisse, in welcher nationaler, historischer oder auch religiöser Ausprägung auch immer, führen gesetzmäßig zur Profitmaximierung. Maximalprofit realisiert sich durch globale Aneignung oder Nutzung aller verfügbaren Ressourcen. Das erfordert die Herrschaft über die entsprechenden Regionen. Und diese Herrschaft wird durch militärische Bedrohung oder Anwendung militärischer Gewalt angestrebt. Dabei geht es weder um Menschenrechte, Demokratie oder Volksinteressen. Es geht um Öl, um Gas, um seltene Erden, um Elektrizität, Bodenschätze und Transportwege. Es geht um globale Absatzmärkte in einem gesättigten Markt. Es geht um die Beseitigung des Kapital entgegenstehender „missliebiger“ Herrschaftssysteme. Es geht um den gewaltsamen Export des die Welt zerstörenden Konsumrausches westlicher Prägung – alles verpackt in „westliche Werte“ und „westliche Freiheit“.

Deshalb: Wer den Krieg beseitigen will, muss den Kapitalismus beseitigen. Wer den Kapitalismus beseitigen will, muss das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigen. Das ist mein Credo, das ich versuche, mit allen Möglichkeiten der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Was ich heute hier zu sagen habe, verantwortete ich ganz allein.

Erhard Eppler

Am 22. Juni 2016 am russischen Ehrenmal anlässlich des 75. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion

Ich rede für keine Partei, keinen Verein, keine Kirche. Ich rede als einer der Letzten der Flakhelfer-Generation, als einer, der das letzte Jahr des letzten Krieges noch als regulärer Soldat des Heeres überlebt hat.

Die Mehrheit der Deutschen hat sich nach dem 2. Weltkrieg nicht darum gedrückt, die Verbrechen des NS-Regimes zu benennen, notfalls in ihrer ganzen Scheußlichkeit zu schildern, damit sie sich nie wiederholen. Am besten ist uns dies gelungen, wo es um den Judenmord ging. Wir wissen Bescheid und stellten sogar ein Leugnen dieses Völkermords unter Strafe.

Dass wir über den Feldzug, der heute vor 75 Jahren begann, sehr viel weniger wissen, hat einen einfachen Grund: Es ist der Kalte Krieg. Auch im Kalten Krieg gab es Freund und Feind, und für uns in Westdeutschland war der neue Feind der alte. Und die Propaganda gegen den neuen Feind knüpfte manchmal da an, wo die gegen den alten aufgehört hatte. Es war einfach nicht opportun, zu berichten oder auch nur zu forschen über das, was zwischen 1941 und 1945 geschehen war.

So blieb das Bild des Ostfeldzugs unscharf. Es blieb bei dem, was die Älteren noch wussten aus den Wehrmachtsberichten, aus Feldpostbriefen, aus dem, was die wenigen gesprächigen Soldaten erzählt hatten. Sicher, die Zahl der sowjetischen Menschenopfer, die sich immer deutlich oberhalb der 20-Millionengrenze bewegte, blieb nicht geheim. Aber es blieb bei einer abstrakten Zahl. Wer kann sich schon 27 Millionen Tote vorstellen?

Dass man in Russland anders Krieg geführt hatte als noch in Frankreich, wurde nicht geleugnet, aber das kam eben daher, dass zwei harte Diktaturen zusammenprallten. Was wirklich in einem der blutigsten Kriege der Weltgeschichte vor sich ging, wozu deutsche Soldaten der Waffen-SS, aber eben auch des Heeres, fähig waren, ist nie voll ins Bewusstsein der Nation eingedrungen.

Wir Deutsche wissen von Oradour in Frankreich, von Lidice in Tschechien, von Dörfern, die mit samt ihrer Bevölkerung ausgelöscht wurden. Wir wissen aber nicht, wie viele Dutzend Oradours es in der Sowjetunion gegeben hat, allein als Folge der verbrannten Erde beim Rückzug der Wehrmacht. Wer von uns weiß schon, dass es deutsche Generäle gab, die offen aussprachen, dass man die nicht mehr arbeitsfähigen sowjetischen Gefangenen verhungern lassen müsse. Vielleicht haben wir erfahren, dass es deutsche Offiziere gab, die den Kommissarbefehl einfach nicht ausführten, aber wir wissen nicht genau, in wieviel tausend Fällen Kommissare sofort exekutiert wurden, ebenso wie Soldaten, die das Pech hatten, Juden zu sein. Ja, es gab einen Rest preußischer Korrektheit, sogar von Ritterlichkeit, aber die Regel war es nicht.

Vor 75 Jahren war ich 14 Jahre alt. Meinen 17. Geburtstag habe ich in einer Flakstellung bei Karlsruhe, meinen 18ten an der Westfront in Holland erlebt. Dort war ich der Jüngste in einer Kompanie aus lauter Obergefreiten, die fast alle Osterfahrgung hatten. Was sie gelegentlich abends vor dem Einschlafen erzählten, treibt mich heute noch um. Es war ein stämmiger Alemanne, der die „Goldfasanen“, also die Nazis hasste, der seelenruhig erzählte, wie sie im Winter 41/42 eine Gruppe russischer Infanteristen gefangen nahmen, die wunderbare Filzstiefel an hatten, während sie selbst immer eiskalte Füße hatten. Was blieb den Landsern anderes übrig, als „die Kerle“ „umzulegen“, um an ihre Stiefel zu kommen?

Wer solche und allzu ähnliche Geschichten mit sich herumträgt, kommt nie in die Versuchung, über Russen aus der Position moralischer Überlegenheit zu reden. Aber genau dies ist wieder Mode geworden.

Dass Menschen, die keineswegs abartig böse waren, so handeln konnten, war nur möglich, weil die Führung der Wehrmacht ihre Soldaten hat wissen lassen, dass ein Russenleben nicht annähernd so wertvoll sei wie das eines Deutschen.

Daher erst ein paar Fakten, die das Besondere dieses Feldzugs erkennbar machen:

- 1.) Was heute vor 75 Jahren begann, war zuerst einmal der Bruch eines Nichtangriffspaktes, der noch keine zwei Jahre alt war.
- 2.) Die kriegsrechtswidrigen Befehle an die Wehrmacht, der Kommissarbefehl oder der Befehl, dass Kriegsgerichte sich nicht mit Verfehlungen an der Zivilbevölkerung zu beschäftigen hätten, waren keine Reaktionen auf Handlungen der Roten Armee, sie wurden lange vor Beginn des Feldzugs, oft schon im März 1941, erlassen.
- 3.) Da es zu Beginn kaum deutsche Kriegsgefangene gab, war das Sterbenlassen, Verhungern lassen von Millionen russischer Kriegsgefangenen eine von niemandem provozierte Entscheidung allein der deutschen Führung.
- 4.) Ziel des Überfalls war nicht nur das Ende des Stalinismus, sondern das Ende jeder selbständigen Staatlichkeit auf dem Gebiet der Sowjetunion. Slawen galten als nicht staatsfähig, sie sollten Sklavendienste leisten.
- 5.) Der Überfall vor 75 Jahren war die erste militärische Operation in der europäischen Geschichte, der eine Rassenlehre zugrunde lag. Danach gab es Völker, die zur Herrschaft, andere, die zur Sklaverei geboren waren. Erst auf diesem Hintergrund verstehen wir, was die Russen als den „Großen Vaterländischen Krieg“ feiern.

Man konnte die slawischen Völker nicht, wie die Juden, einfach ausrotten, aber man konnte sie dezimieren. So war der Hungertod von mehr als drei Millionen Kriegsgefangenen nicht nur darauf zurückzuführen, dass die Wehrmacht in den ersten Monaten mit der Zahl der Gefangenen überfordert war, er war die Folge von Entscheidungen, die diesen schauerlichen Hungertod als Mittel der Dezimierung rechtfertigten. Die kriminellen Ziele erzwangen die kriminellen Mittel.

Ich will an dieser Stelle nicht ausklammern, was Deutsche, vor allem Frauen, zu leiden hatten, als die Rote Armee das Land erreicht hatte, von dem der Schrecken ausging. Jedes menschliche Leiden hat seine eigene Würde, verlangt nach Mitleiden. Friedrich Schiller hätte dazu gesagt: „Das ist der Fluch der bösen Tat, dass sie fortzeugend Böses muss gebären.“ Wir, die wir heute hier zusammengekommen sind, lehnen uns auf gegen dieses schauerliche Muss, indem wir die böse Tat benennen, sie als Teil unserer Geschichte annehmen, damit sie nicht auch für unsere Kinder und Enkel Böses gebären muss.

Damit ist allerdings nicht gesagt, dass die deutschen Soldaten, die diesen Krieg führten, eine Horde von Kriminellen gewesen wären. Die meisten waren keine Rassisten. Sie taten, was sie für ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit hielten. Viele hielten sich an die Anstandsregeln, die sie zuhause gelernt hatten. Aber sie hatten oft nicht den Mut, rechtswidrige Befehle zu verweigern. So waren es meist die Offiziere, die Chefs der Kompanien oder Bataillone, die den Ausschlag gaben. Später, nach Stalingrad, als die Rote Armee in die Offensive ging, fühlten deutsche Soldaten sich als Verteidiger ihres Landes, oft in dem Wissen, dass sie diesen Krieg gegen zwei Weltmächte nicht gewinnen konnten, dass ihr Widerstand sinnlos war.

Was das für den einzelnen bedeutete, will ich am Beispiel meines älteren Bruders zeigen. Der 23jährige Leutnant der Funker im Mittelabschnitt der Ostfront malte in einem Feldpostbrief vom 4. April 1944, also vom 4.4.44 alle Vierer so, dass sie wie Kreuze aussahen. Er ahnte offenbar, dass seine Front dem nächsten Großangriff nicht mehr gewachsen war. Tatsächlich kam er zwei Monate später darin um. Ich weiß heute noch nicht, wo er verscharrt wurde. Er, der deutsche Offizier, der sich Arm in Arm mit zwei russischen Hilfswilligen fotografieren ließ und von dem ich nie ein böses oder verächtliches Wort über Russen gehört habe, war, wie viele andere, kein Krimineller, sondern Instrument und Opfer einer kriminellen Unternehmung.

Dankbar verwundert habe ich mir in den Siebzigerjahren sagen lassen, dass die Mehrheit der Russen, die den Sieg über die Invasoren feiern, den Deutschen vergeben haben, dass sie erleichtert waren, als Willy Brandt die Versöhnung einleitete. Wenn es stimmt, dass seit der Ukraine Krise die Stimmung in den russischen Familien wieder umgeschlagen ist, muss uns das zu denken geben. Gelten wir jetzt als undankbar? Gorbatschow hat uns die Einheit geschenkt – und was tun wir?

Hier ist nicht der Ort, an dem zu entscheiden ist, was der deutschen Außenpolitik möglich ist. Aber der Ort, wo gesagt werden muss, was nicht mehr sein darf: Wer als Deutscher über Russland

und seine Menschen redet, auch über seine Politiker, seinen Präsidenten, muss im Gedächtnis haben, was heute vor 75 Jahren begann. Dann wird jede verletzende Arroganz verfliegen und sich das Bedürfnis regen, wenigstens einen Bruchteil des Horrors wiedergutzumachen.

Wir Deutsche haben Michail Gorbatschow zugejubelt, als er vom gemeinsamen Haus Europa sprach. Wir haben doch gewusst, dass dieses Haus eine Wohnung für das Volk der Russen haben muss, und, das wäre heute hinzuzufügen, auch eines für die Ukrainer. Wir können heute allerdings keinem Nationalgefühl mehr trauen, das untrennbar mit dem Hass auf ein anderes Volk verbunden ist. Es mag ja sein, dass in Kiew nur der ein guter Ukrainer ist, der die Russen hasst. Ein guter Europäer ist für uns, wer weiß, dass die Russen ein europäisches Volk sind. Und dass das jammervoll heruntergewirtschaftete Land der Ukraine nur eine Chance bekommt, wenn die Europäische Union und Russland dies gemeinsam wollen. Es gibt inzwischen auch einen russischen Nationalismus. Er ist vor allem durch die Ukrainekrise gewachsen. Es ist ein Nationalismus der Enttäuschung, der Verletzung, des Trotzes, ja der Demütigung, wie er im Deutschland der Zwanzigerjahre aufkam. Deshalb kann ich ihn verstehen, muss ihn aber auch fürchten. Reichlich naiv finde ich die Stimmen im Westen, die uns belehren, die Russen hätten doch gar keinen Anlass, kein Recht, sich gedemütigt zu fühlen. Noch nie hat ein großes Volk andere um die Erlaubnis gebeten, sich gedemütigt zu fühlen. Gerade das Nichtverstehen wird als zusätzliche Demütigung empfunden. Wir sollten uns eher fragen, was wir Deutschen dazu beigetragen haben und was wir tun können, diesem Nationalismus den Nährboden zu entziehen. Zu diesem Nährboden gehören auch Sanktionen. Sie trennen konkurrierende Nationen in Richter und Delinquenten. Damit kein Missverständnis aufkommt, lassen Sie mich konkret werden:

Der russische Präsident Wladimir Putin bedient sich vielleicht manchmal dieses Nationalismus, aber er ist viel zu rational, viel zu klug, um sich davon mitreißen zu lassen.

Ich fürchte nicht ihn. Ich fürchte den seiner Nachfolger, die sich von einem Nationalismus der Gedemütigten tragen und bestimmen ließen. Er könnte wirklich so sein, wie viele im Westen heute Putin malen. Ich rede von diesem Nationalismus, weil wir ihn anheizen und weil wir ihm den Boden entziehen können, etwa dadurch, dass die Bundesrepublik des Vereinigten Deutschland darauf besteht, dass das leidgeprüfte Volk der Russen ein europäisches Volk ist und dass ihm ein Platz in einem europäischen Haus zusteht.

Es ist gut so, dass die Bundesregierung und in ihr vor allem der Außenminister darauf besteht, dass der Gesprächsfaden nach Moskau nicht abreißt. Aber es kommt auch darauf an, worüber man mit der russischen Regierung reden will. Was läge da näher – neben den Sanktionen –, als der Versuch, ein neues Wettrüsten zwischen Ost und West zu verhindern, das im 21. Jahrhundert mit politischem Weitblick nichts, mit Fixiertheit auf die Vergangenheit viel zu tun hat.

In der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts werden sich die zivilisierten Völker Europas des islamistischen Terrors zu erwehren haben. Der „war on terrorism“, den der jüngere Bush vor 15 Jahren proklamierte, hat, vor allem durch Fehlentscheidungen in Washington, nur dazu geführt, dass es heute, anders als 2001, einen islamistischen Terrorstaat gibt, der immer neue Ableger bildet, sogar in Afrika. Auch Deutschland liegt im Visier dieses Terrors. Kurz: im Kampf gegen den Terror hat sich der Westen nicht mit Ruhm bedeckt. Er kann Verbündete brauchen. Russland ist zur Kooperation bereit.

Ein neues Wettrüsten mit Russland erinnert in diesem Zusammenhang an einen schlechten Scherz. Und wenn wir mit Moskau reden wollen, dann lautet das wichtigste Thema: Wie lässt sich dieser vermeidbare Unsinn vermeiden?

Ich sehe auf beiden Seiten kein Interesse an einem neuen – geschichtlich gesehen gänzlich obsoleten – Krieg. Die NATO ist nicht so verrückt, Hitler kopieren zu wollen. Und Wladimir Putin hütet sich, die NATO direkt herauszufordern. Als der ukrainische Ministerpräsident Jazenjuk fast täglich erklärte, sein Land befinde sich im Kriegszustand mit Russland, hat Putin dies einfach überhört. Er hätte dies auch als Kriegserklärung werten und seine Divisionen marschieren lassen können. Dass Putin – und zwar nach der Sezession der Krim – diese annektiert und damit das Völkerrecht verletzt hat, ist kein Beweis dafür, dass er halb Europa erobern will. Immerhin liegt in Sewastopol die russische Schwarzmeerflotte. Sollte der russische Präsident zitternd abwarten, ob eine leidenschaftlich antirussische Regierung in Kiew nicht doch Gründe finden würde, den Pachtvertrag zu kündigen?

Michail Gorbatschows Aussage, er hätte in Sachen Krim nicht anders gehandelt als Putin, sollte uns zu denken geben. Russen, ob sie Putin oder Gorbatschow heißen, fühlen sich in der Defensive.

Wenn man sinnvoll miteinander reden will, dann darüber, wie sich ein Wettüben durch Rüstungsbegrenzung und Entmilitarisierung auf beiden Seiten verhindern lässt. Und wenn man dann bei der sehr praktischen Aufgabe der friedlichen Grenzsicherung vorankommt, dann kann man sich auch einmal darüber austauschen, wo und wie der Grundstein zum gemeinsamen europäischen Haus zu legen wäre.

Ich habe zu Beginn gesagt, ich rede für niemanden. Das stimmt nicht ganz. Ich rede für meine sechs Urenkel, die nun, vital und charmant, herankrabbeln. Ich möchte nicht, dass sie einst in einem Europa leben, das nur noch ein amerikanischer Brückenkopf in einem chinesisch-russischen Eurasien ist. Ich möchte nicht, dass alter Hass und neuer Unverstand Russland in eine Allianz treibt, die es nicht will und die Europa extrem verletzbar und abhängig machen müsste.

Ich möchte, dass dieser Jahrestag, an dem die Völker der Sowjetunion ihren großen, opfervollen vaterländischen Krieg feiern und wir Deutschen an einen der dunkelsten Abschnitte unserer Geschichte erinnert werden, auch zu einem politischen Willen führt: die neue und völlig unzeitgemäße Spaltung unseres Kontinents zu verhindern.

Der 22. Juni 1941 ist ein europäisches Datum. Wenn jemand die Pflicht und dann eben auch das Recht hat, daraus Schlüsse abzuleiten, dann sind es wir Deutschen.

Einer davon muss lauten: Wir werden nicht einfach zusehen, wie die legitimen Teile Europas gegeneinander aufgerüstet werden. Und wir werden keine Ruhe geben, bis aus Gorbatschows Traum vom Europäischen Haus Wirklichkeit wird.

Sehr geehrte Herren,

Ihren Aufruf habe ich mit großem Interesse gelesen. Ich teile Ihre Sorge um den Frieden in Europa. Auf dem evangelischen Kirchentag in Stuttgart wurde vor einer Woche eine Resolution beschlossen, die die Evangelische Kirche in Deutschland aufruft, eine Denkschrift in Auftrag zu geben, die unserer politischen Verantwortung für den europäischen Frieden unter Einbeziehung Russlands zum Inhalt hat. Wir beziehen uns in diesem Aufruf auf die Pariser Charta von 1990 für ein neues Europa und ein „neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“.

Der Konflikt in der Ukraine und um die Ukraine zeigt, wie dringlich es ist, sich für diese Ziele einzusetzen. Solches Engagement kann politisch nur wirksam werden, wenn sich viele Kräfte von vielen Seiten dafür einsetzen. Darum begrüße ich Ihren Aufruf. Gerade weil er von Militärs kommt, hat er ein spezifisches Gewicht. Einige seiner Sätze habe ich mir unterstrichen.

Erlauben Sie, dass ich zu Ihrem Text zwei Bitten äußere:

Sie schreiben: „Wir brauchen keine Kriegsrhetorik, sondern Friedenspolemik.“

Mit der paradoxen Wortschöpfung „Friedenspolemik“ meinen Sie – denke ich – eine Sprache, die dem Frieden und der Konsensfindung dient, ohne die Kontroversen und Konfliktpunkte zu verschleiern oder zu verdrängen, was sich langfristig nie auszahlt. Dem stimme ich zu.

Nur muss die Friedenspolemik, um zielführend zu wirken, sachlich sein und Einseitigkeit vermeiden. Wir haben in unserem Aufruf formuliert: Wir gehen in die Irre, wenn wir meinen, eine Front der Guten gegen die Bösen vor uns zu haben.“ Damit richteten wir uns gegen die Tendenz, ein Feindbild Putin aufzurichten und den Anteil des Westens, vor allem der Nato, an dem Konflikt zu verschweigen. Ich bitte Sie, darauf zu verzichten, dieses unfruchtbare Spiel mit umgekehrtem Vorzeichen fortzusetzen. Wir kennen es doch aus den Zeiten des kalten Krieges und haben dann die großartige Erfahrung gemacht, dass Michail Gorbatschow aus diesem tödlichen Zirkel ausgebrochen ist und eine neue Sprache gefunden hat, die dem Frieden Zukunft eröffnete. Es könnte uns einen großen Schritt weiterbringen, wenn uns die Soldaten und militärischen Autoritäten aus der Zeit des kalten Krieges, heute mit einer Sprache und Argumentationsweise begegneten, die uns vor 25 Jahren Wege zum europäischen Frieden eröffnete.

Die zweite Bitte mag Ihnen naiv und gänzlich inkompetent erscheinen. Ich äußere sie dennoch:

Könnten Sie nicht Ihre hochrangigen Beziehungen zu den alten Waffenbrüdern in Russland nutzen und sie dazu bewegen, dass sie die offensichtlich zweideutige Rolle der russischen Armee und Rüstungsarsenale in den Kämpfen der Ost-Ukraine klären, in einem die Souveränität der Ukraine achtenden Sinne klären?

Die Widersprüche und Zweideutigkeiten, denen wir in dieser Hinsicht fast täglich in den Medien begegnen, lassen in beängstigender Weise das Vertrauen in die russische Politik schwinden und die Gefahr einer Ausweitung des Konfliktes eskalieren. Vielleicht können Sie ja helfen, dieser Gefahr zu wehren.

Mit freundlichen Grüßen und guten Wünschen

Ihr **Dr. Heino Falcke**, ev. Propst i.R.

Was bleibt? Eine tiefe, unzerstörbare Freundschaft

Dr. Rolf Funda

1. Vorsitzender des Vereins Erinnerungsbibliothek DDR“

Seit annähernd fünf Jahren gibt es die „Erinnerungsbibliothek DDR“. In dieser Zeit haben wir mehr als 800 Bücher mit Autobiographien früherer DDR-Bürger gesammelt. In ihren Erinnerungen schildern die Autoren, wie sie in der DDR gelebt, gearbeitet und geliebt haben, ja auch, wie sie an manchen Fehlleistungen gelitten aber manche selbst auch mit zu verantworten haben. In vielen dieser Lebensaufzeichnungen spielen sowjetische Menschen, spielt die Sowjetunion eine große Rolle. Und es geht immer wieder um die Erhaltung des Friedens und den eigenen Anteil am Gelingen dieses so wichtigen Anliegens.

Je weiter das Ende der DDR zurück liegt und je offensichtlicher die Kriegspolitik des jetzigen Deutschlands wird, desto schmerzhafter wird klar, was wir verloren haben. Bei allen Schwächen und Mängeln unseres Staates bleiben Errungenschaften wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, hohe Bildungschancen für jedermann, gute gesundheitliche Betreuung, reichhaltige bezahlbare Kulturangebote und Urlaubsmöglichkeiten für alle im Gedächtnis der Menschen haften. Ja, und es gilt immer wieder hervorzuheben, dass kein deutscher Soldat zu Kriegseinsätzen ins Ausland geschickt wurde. Die Volksarmee der DDR war immer eine Armee des Friedens. Es hat nichts mit Nostalgie zu tun, wenn ich zutiefst bedaure, dass vom deutschen Boden doch wieder Kriege ausgehen könnten, dass unsere Regierung am Entstehen der Ukraine-Krise und ihrer ständigen Eskalation, an der Einkreisung und Bedrohung Russlands durch die NATO tatkräftig beteiligt ist.

Es gibt kaum einen Autoren, der in seinem Leben nicht in irgendeiner Weise mit Sowjetbürgern in näheren Kontakt getreten ist. Viele, oft noch sehr junge Männer, haben als Soldaten des verbrecherischen faschistischen Systems Schuld auf sich geladen, haben als Kriegsgefangene versucht, am Wiederaufbau des völlig zerstörten Sowjetlandes mitzuwirken, haben Antifa-Schulen während ihrer Gefangenschaft besucht und sind so auf die Zeit „danach“ vorbereitet worden.

Hier in der sowjetisch besetzten Zone und später in der jungen DDR haben sich diese jungen Menschen in den Aufbau eingebracht. Groß ist die Zahl derer, die eine Arbeiter- und Bauernfakultät besucht haben, um nach dem Ablegen des Abiturs ein Studium aufzunehmen. Schaut man sich die Biographien an, erstaunt die Zahl der Diplomaten, Hochschullehrer, Wirtschaftslenker, Generale, Pädagogen, Mediziner und Künstler, die über diesen Weg der ABF zu bedeutenden Persönlichkeiten gereift sind. Und nicht wenige von ihnen haben an Universitäten in Moskau, Leningrad oder anderen sowjetischen Städten ihr Rüstzeug erlernt oder vervollkommnet. Wie überhaupt das enge Zusammenwirken mit Bürgern der UdSSR für viele von uns zum Alltag gehörte. Jeder von uns kann davon aus eigenem Erleben berichten; von gemeinsamer Arbeit, vom gemeinsamen Dienst in den bewaffneten Strukturen, von Patenschaften, Freundschaften oder Urlauben im weiten Sowjetland. Auch wir, die Eheleute Funda, waren mehrere Male in Leningrad und Moskau – übrigens fast immer als Individualtouristen, also als Einzelreisende ohne Reisegruppe: Wir haben Silvester in Susdal gefeiert und unsere Silberhochzeit, nach atemberaubender Busfahrt über die grusinische Heerstraße, hoch oben auf dem Elbrus erlebt. Noch heute ist uns das kühle Bad im Sewansee in Erinnerung, einem See, den ich seit den Kindertagen durch das mich faszinierende Buch „Am Ufer des Sewan“ ins Herz geschlossen hatte. Und ich hatte die Gelegenheit, eine sechswöchige Kur in Sotschi zu genießen. Die zahllosen Kontakte mit freundlichen Gastgebern werden immer in bester Erinnerung bleiben. Das alles war natürlich gelebte deutsch-sowjetische Freundschaft. Ich möchte aber von etwas Anderem berichten.

In den 70er Jahren war ich Kreistierarzt in Parchim, einem Kreis im damaligen Bezirk Schwerin. Hier waren, in zahlreichen im Kaiserreich gebauten Kasernen, Sowjetsoldaten verschiedener Waffengattungen untergebracht. In einer dieser Kasernen, mitten im Parchimer Stadtgebiet, gab es etliche Schweineställe, in denen Schweine zur Aufbesserung der wohl nicht gerade übermäßig üppigen Verpflegung und zum Verkauf an den örtlichen Schlachthof gehalten wurden.

Eines Tages erhielt ich vom Cheftierarzt des Schlachthofes die Alarmmeldung, dass etliche Schweine der jüngsten Lieferung aus der Kaserne vermutlich an Schweinepest erkrankt seien. Nun war die

Schweinepest eine hochansteckende, gefährliche und meldepflichtige Tierseuche und stellte für die umfangreichen Schweinebestände in den Genossenschaften, Volkseigenen Gütern und im privaten Sektor eine immense Gefahr dar. Also ließ ich alles stehen und liegen und begab mich zur Garnison. Die Untersuchung des Bestandes bestätigte den Seuchenverdacht und nun sollte losgehen, was wir in solchen Fällen immer taten: Tötung des gesamten Bestandes und danach Reinigung der jetzt leeren Ställe. Die Parchimer Militärführung war einverstanden, Viehtransporter rollten an. Da kam von Wünsdorf ein unmissverständliches Stoi! Es dauerte nicht lange, da landete ein Hubschrauber dicht an den Schweineställen. Sehr hohe Dienstgrade stiegen aus, besichtigten die schwer erkrankten Schweine, nickten kurz und schwebten wieder davon. Nun konnte die Aktion beginnen. In kurzer Zeit waren 135 Schweine aller Altersgruppen getötet und abtransportiert. Jetzt begann aber erst die eigentliche Arbeit: Eine große Anzahl Soldaten mussten Tag für Tag Ställe säubern, schrubben was das Zeug hielt, baufällige Ställe wegreißen und neue Unterkünfte für den zukünftigen Bestand bauen. Vom ersten Tag an war ich ständig vor Ort, um die nächsten Schritte festzulegen und immer wieder zu kontrollieren. Der Chef Rückwärtige Dienste, ein Oberstleutnant wurde mein bester „Mitarbeiter“. Zu ihm und seiner Frau, einer Lehrerin, entwickelte sich eine tolle Freundschaft, die anhielt, bis er an den Ussuri versetzt wurde. Danach haben wir nie mehr voneinander gehört.

Nun war es an den ersten Tagen des Dienstes bei „meinen Soldaten“ äußerst umständlich, immer auf eine Begleitung zu warten, die mich zu den Ställen begleitete. Wie froh war ich da, als mir mein Oberstleutnant einen „Propusk“ mit einem großen roten Stern übergab, der die fantastische Wirkung hatte, dass ich beim Zücken dieses Dokuments an der geschlossenen Schranke Männchen bauende Soldaten erlebte, die die Schranke hochrissen, um mich in meinem Wartburg passieren zu lassen. Nach etlichen Wochen harter Arbeit war die Schweineanlage für die Aufnahme gesunder, neuer Tiere bereit. Alle Tierärzte und Veterinäringenieure unseres Kreises hatten geholfen, von den LPG und VEG Schweine unterschiedlichsten Alters als Solidaritätsgeschenk aufzutreiben. Alles in allem 145 Stück, von tragenden Sauen bis zu Ferkeln und Mastschweinen. Am 23. Februar, dem Tag der Sowjetarmee, fuhren etliche Traktoren mit geschmückten Viehhängern vor den Schlagbaum, wurden mit Musik empfangen und zu den Ställen geleitet. Wie groß war die Freude bei den sowjetischen Genossen, dass sie wieder über einen kompletten Schweinebestand verfügten, jetzt in modernen Ställen und mit der Möglichkeit, Essenreste ordnungsgemäß zu erhitzen, um eine Wiederholung einer solchen Katastrophe unmöglich zu machen. Und wie haben unsere Schädel nach Abschluss der „Feierlichkeiten“ gebrummt!

Während wir die Ställe für neue Schweine herrichteten, hatten unsere Tierärzte und Veterinäringenieure 23000 Schweine in und um Parchim gegen Schweinepest schutzgeimpft – eine ziemlich aufwändige Tätigkeit, die in wenigen Tagen abgeschlossen sein musste. Für mich hatte die Aktion noch einen herrlichen Nebeneffekt: Meinen „Propusk“ mit dem großen roten Stern konnte ich behalten. Immer mal wieder habe ich diesen schönen Ausweis genutzt, um irgendwo reinzukommen, wo ich eigentlich nicht reindurfte: So beim Rat des Kreises bei einer Atom-Alarmübung oder am Einlass des Rates des Bezirkes, weil ich keine Lust verspürte, einen Passierschein auszufüllen. Was haben die Kontrolleure für Augen gemacht, die meinten, ich sei ein ganz Wichtiger! Den Ausweis habe ich heute noch. Bei der heutigen Russophobie würde ich wohl eher vom Geheimdienst einkassiert, als „Mann Putins“. Bei all den schönen Erlebnissen, die wir in der Sowjetunion und mit den Soldaten der Sowjetarmee hatten, hat es uns die Tränen in die Augen getrieben, als wir schmerzlich erleben mussten, mit welcher Herzlosigkeit und Ablehnung die sowjetischen Truppen aus der DDR „verabschiedet“ worden sind, ja, wie sie wie Hunde vom Hof gejagt wurden.

Dazu passt auch gut, wie die deutsche Kanzlerin den 70. Jahrestag des Sieges über Hitlerdeutschland begangen hat und wie unser aller Bundespräsident in Polen zum gleichen Anlass die Historie auf den Kopf gestellt und Dreck auf die Sowjetsoldaten geworfen hat. Der Gipfel verantwortungslosen Handelns des Westens ist jedoch die immer engere Einkreisung Russlands durch die NATO. Die baltischen Ex-Sowjetrepubliken und Polen versuchen zusammen mit der Kiewer Putschregierung, das westliche Militärbündnis zum Krieg gegen Russland anzustacheln.

Wie wichtig ist da der Aufruf „Soldaten für den Frieden“! Für mich ist das ein bedeutendes Dokument, in dem führende Militärs der DDR mahndend ihre Stimme erheben, gegen einen möglichen Krieg, gegen den Untergang der Menschheit.

»Soldaten für den Frieden«

Unterstützung aus Österreich für den Appell der 100 NVA-Generäle.

Ein Gespräch mit Friedrich Hessel

„Wir erleben eine geradezu lächerliche Kriegsrhetorik“

Sie haben den Aufruf »Soldaten für den Frieden« begrüßt, den etwa hundert ehemalige DDR-Generäle kürzlich zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus veröffentlicht haben. Ist das nur Ihre persönliche Meinung, oder wird sie von ehemaligen oder vielleicht auch aktiven Offizieren der österreichischen Streitkräfte geteilt?

Grundsätzlich ist es erst einmal meine persönliche Meinung. Ich bin aber überzeugt davon, dass es gerade in Österreich etliche Offiziere gibt, die aufgrund ihrer Erfahrungen mit UN-Einsätzen eine ähnliche Haltung vertreten. Wie in allen Streitkräften gibt es natürlich auch bei uns Offiziere, denen es um größte militärische Stärke geht - das sind in meinen Augen Systemerhalter ohne politischen Weitblick.

Zum Thema »Kriegseinsätze im Ausland« haben Sie allerdings eine etwas andere Meinung als Ihre Kollegen aus der Ex-DDR.

Ich denke, dass es sich hier um zwei verschiedene Denkrichtungen handelt. Dabei kann ich mir gut vorstellen, dass die Kameraden aus der früheren Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR auch meiner Meinung sein könnten. Militär wird ja zum einen als machtpolitisches Instrument eingesetzt, so wie es die USA z. B. im Irak gemacht haben. So etwas lehne ich ab. Zum anderen kann Militär Menschen, die in Not sind, durchaus Hilfe bieten - das ist die Einstellung Österreichs schon seit den 60er Jahren. Wir waren lange Zeit im Nahen Osten, haben auch in Afrika mitgemacht, und zurzeit stehen österreichische Truppen auf dem Balkan.

Wenn man mit derartigen Peacekeeping-Einsätzen erreichen kann, dass die Menschen wieder Hoffnung gewinnen und sich nicht zur Flucht gezwungen sehen, dann wirkt sich das sicherheitspolitisch auch auf das eigene Land und auf Europa aus.

Das heißt: Dies sind keine Kriegshandlungen, sondern Hilfseinsätze durch Soldaten. Der Vorteil ist, dass Militär sofort respektiert wird - es wäre etwas Anderes, wenn wir nur die Feuerwehr oder das Rote Kreuz dorthin schickten. Soldaten können einerseits Verständnis für die Bevölkerung aufbringen und ihr helfen - sie können aber andererseits auch militärischen Schutz bieten.

Das, was Europa im Moment bewegt, ist die Ukraine-Krise. Wie real sehen Sie die Gefahr, dass sich daraus ein Krieg entwickelt?

Genau deswegen habe ich auf den Aufruf der Offiziere der ehemaligen NVA reagiert. Die Ukraine-Krise wird in meinen Augen durch die Medien sehr einseitig hochgespielt, nach dem Motto: Der Westen ist gut, Russland ist böse.

Mittlerweile erleben wir eine geradezu lächerliche Kriegsrhetorik. Die baltischen Staaten, in denen bis zu ein Viertel der Bevölkerung russisch ist, haben plötzlich Angst vor den Russen und wollen mehr Panzer haben, damit sie nicht plötzlich überfallen werden.

Mehr als einige zusätzliche Panzer sind doch ohnedies nicht drin! Das Geld sollte viel zielführender für die Integration der Jugendlichen ausgegeben werden, insbesondere der russischen, damit sich ein besseres gegenseitiges Verständnis entwickelt.

Was würde aus Ihrer Sicht von Europa übrigbleiben, wenn es zu einem großen Krieg käme?

Daran will ich gar nicht denken, es bliebe von diesem Kontinent nämlich nichts mehr übrig.

Haben Sie Kontakt zu ehemaligen DDR-Offizieren oder zu Soldaten anderer europäischer Streitkräfte, die sich ebenfalls Sorgen um den Frieden machen?

Leider nicht mehr. Solange ich im aktiven Dienst war, hatte ich natürlich auch Verbindungen zu

Streitkräften im Ostblock - in Ungarn etwa oder Rumänien. Ich war auch in Moskau. Diese Verbindungen sind leider abgerissen, sie müssten neu aufgebaut werden.

Politik und Mainstreammedien in Deutschland skizzieren Russland immer penetranter als Reich des Bösen, wie in schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges. Wie stellt sich das in Österreich dar?

Ich meine, dass sich die österreichischen Medien nicht sehr von den deutschen unterscheiden. Bis auf einzelne Ausnahmen wird Russland bei uns aber nicht grundsätzlich negativ dargestellt. Hinzu kommt, dass unsere Politiker - Außenminister, Kanzler - immer wieder das Signal gesetzt haben, dass wir in Europa nur mit Russland gemeinsam den Frieden halten und dabei auch wirtschaftlich prosperieren können.

Das neutrale Schweden hat jahrzehntelang eng mit den US-Streitkräften zusammengearbeitet, wie die Arte-Sendung »Täuschung – die Methode Reagan« (kurzlink.de/reagan) kürzlich dokumentierte. Welchen Einfluss haben die USA auf das österreichische Militär?

Mir ist nicht bekannt, dass es jemals einen sicherheitspolitischen Druck der USA auf uns gegeben hätte. Natürlich hat Washington versucht, unsere Rüstungspolitik an den Westen zu binden - das heißt, sie wollten uns ihre Militärtechnik verkaufen.

Und wie steht es mit der Kooperation auf Geheimdienstebene? Schweden hat eng mit der CIA zusammengearbeitet, in der neutralen Schweiz gibt es regelmäßige Treffen westlicher Geheimdienste. Macht da Österreich mit?

Dazu kann ich nichts Konkretes sagen. Aber nicht, weil ich es Ihnen verschweigen will, ich bin ja auch schon etliche Jahre in Pension. Klar, die Geheimdienste stehen untereinander im Kontakt, das ist zwangsläufig so, der respektvolle Umgang miteinander wäre zu fordern.

Sehen Sie Möglichkeiten, eine europaweite Unterstützung für den Aufruf „Soldaten für den Frieden“ zu schaffen?

Ich habe über diese Frage nachgedacht. Leider gibt es nur relativ wenige politisch denkende Offiziere. Die meisten sind fachorientiert und auf ihre Führungsaufgaben fixiert. Ziel des Militärs müsste es aber doch sein, Krieg vom eigenen Volk fernzuhalten. Ich meine, dass diejenigen, die sich einem solchen Appell verbunden fühlen - die politisch denkenden Offiziere also -, versuchen sollten, in die Medien zu kommen. Nur so erreicht man die Öffentlichkeit, nur so kann man auf Dauer das Stimmungsbild verändern.

So etwas wie eine Organisation aufbauen zu wollen, halte ich für zu aufwendig. Da wird dann um jeden Satz gefeilscht, da gibt es Vorbehalte gegen dieses und jenes, da gibt es dann vielleicht auch Leute, die mit ehemaligen NVA-Offizieren überhaupt nichts zu tun haben wollen.

In Deutschland könnte ich es mir durchaus vorstellen, dass große Medien ansprechbar sind. Oder dass dazu eine Diskussion in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese geführt wird. Solche Aktivitäten sind meines Erachtens durchaus denkbar, man kann sie ja auch mit Gleichgesinnten koordinieren.

Das Problem ist allerdings, dass die deutschen Medien entsprechende Initiativen totschrweigen. Über den Appell der NVA-Generäle haben lediglich zwei Berliner Lokalzeitungen und die junge Welt berichtet.

Dergleichen Erscheinungen kenne ich. Es stellt sich ja immer wieder die Frage, warum um den Frieden besorgte Generäle in der Öffentlichkeit nicht gehört werden. Das funktioniert nur, wenn man Redakteure und Reporter kennt, die solche Impulse aufgreifen. Man braucht eine Art Netzwerk, dann besteht auch die Möglichkeit, irgendwann einen Leitartikel, eine persönliche Meinung in die Bevölkerung zu bringen.

Kritische Beobachter der deutschen Medienlandschaft sagen, die wichtigsten Redaktionen verhielten sich wie Außenbüros der NATO-Pressestelle.

Dann muss man den Hebel bei den Politikern ansetzen. Es verdient jedenfalls Achtung und Respekt, dass die deutsche Bundeskanzlerin einen Tag nach der Siegesparade nach Moskau gefahren ist, um mit Staatspräsident Wladimir Putin zu reden. Ich glaube, das kann man nicht hoch genug

einschätzen. Das Entscheidende ist, dass der Kontakt zu Russland nicht abreißt, dass man respektvoll miteinander umgeht.

Dass Merkel die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation als »Verbrechen« bezeichnet hat, klingt aber nicht gerade respektvoll gegenüber ihrem Gastgeber.

Ich weiß, dass man gegenüber den Medien manchmal Dinge sagt, die nicht der tatsächlichen Meinung entsprechen. Mir sagte mal ein österreichischer Politiker: „Wenn du mich heute im Fernsehen siehst, dann ruf mich bitte nicht gleich an, um mir zu sagen, dass das Quatsch ist. Was ich ins Mikro spreche, ist für die Galerie.“ Bei solchen Auftritten geht es ja manchmal darum, die Anhänger der eigenen Partei auf Linie zu halten oder auf irgendeine Weise zu vermeiden, in die Bredouille zu kommen.

Wenn man sich jedoch persönlich kennt und mit der Denkweise des anderen vertraut ist, kann man Verständnis und Entspannung aufbauen.

Interview: Peter Wolter

General i. R. Friedrich Hessel war in den Jahren 2000–2002 stellvertretender Generalstabschef der österreichischen Streitkräfte

„Die Leute werden sie mit Knüppeln davon jagen“

Rainer Rupp

Ein „1968“er in der Bundesrepublik.

Wurde Kundschafter für den Frieden im NATO-Hauptquartier in Brüssel.

Zu 12 Jahren Haft verurteilt.

Publiziert vor allem zu militärpolitischen und wirtschaftlichen Themen

Wie kommt ein im Westen aufgewachsener, weder in einer kommunistischen Familie noch in einem sozialistischen Umfeld sozialisierter 23 Jahre alter Student dazu, sich begeistert für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu engagieren? Was hat ihn getrieben, um im vollen Bewusstsein der damit verbundenen Gefahren und unter Aufgabe seiner bisherigen persönlichen Zukunftspläne sich bei der Hauptverwaltung A des DDR Ministeriums für Staatssicherheit zum Kampf an der geheimen Front zu verpflichten, um die sozialistischen Errungenschaften gegen Angriffe von außen zu schützen und zur Sicherung des Friedens beizutragen?

Diese Frage haben sich nach meiner und der Verhaftung meiner Frau Ann am 28. Juli 1993 viele gestellt. Auch vom Herausgeber dieser Publikation bin ich gebeten worden, diesen sicherlich ungewöhnlichen Werdegang etwas zu erhellen.

Alles hatte damit begonnen, dass ich an der Universität Mainz, wo ich Volkswirtschaft studierte, 1968 nach einer Demonstration gegen die von der BRD-Regierung geplanten Notstandsgesetze einen Mann namens „Kurt Tannheiser“ getroffen hatte. Erst viel später sollte sich herausstellen, dass das nicht sein richtiger Namen war. Tatsächlich war „Kurt“ ein von der HVA in die BRD eingeschleuster „Talentsucher“, der sich zu diesem Zweck unter angenommener westdeutscher Identität unter der damals recht rebellischen und sich „links“ gebärdenden, überwiegend bürgerlichen Studentenschaft nach geeigneten Kandidaten umschauchen sollte.

Durch einen banalen Zufall lernten Kurt und ich uns kennen. Vom Alter her hätte er mein Vater sein können. Er war mir auf Anhieb sehr sympathisch, denn trotz seines „hohen“ Alters teilte er den Grundtenor meiner rebellisch, „links“-revolutionären Ideen. Es folgte ein ganzes Jahr endloser Diskussionen, oft mehrmals die Woche, und meist bis spät in die Nacht, nur unterbrochen durch gelegentliche Schachpartien. Besonders aber schätzte ich an Kurt, dass er einen für mich Anfänger unerschöpflichen Fundus an marxistischem Wissen hatte, mit dem ich meine sehr großen Lücken ein wenig füllen konnte.

Dank Kurt lernte ich nach und nach, die Geschichte und die gesellschaftlichen Entwicklungen vom Klassenstandpunkt derer zu betrachten, die außer ihrer Arbeitskraft nichts zu verkaufen hatten. Und die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse sorgten bei mir für manchen „Aha“-Effekt.

In diesem ersten Jahr meines engen Kontaktes mit einem überzeugten Kommunisten und DDR-Bürger tat sich für mich eine neue Welt auf, eine Welt, von der ich bis dahin, weder zu Hause noch in der Schule oder später am Gymnasium etwas gehört, gesehen oder gelesen hatte. Im Geschichtsunterricht am „Hindenburg(!) Gymnasium“ in Trier war der Zweite Weltkrieg irgendwie ausgebrochen. Klar, die Deutschen hatten auch diesmal wieder die Hauptschuld, aber so ganz eindeutig schien das auch nicht gewesen zu sein. Eindeutig war nur, dass die Amerikaner und die Westalliierten den Krieg gewonnen hatten und zugleich die Guten waren. Die Russen mit ihrer(!) Sowjetunion gehörten zwar auch zu den Siegern, aber allen war klar, dass sie die Bösen waren, vor denen uns die Westalliierten beschützten. Denn in Osteuropa und der DDR, wo die schrecklichen Kommunisten die Herrschaft hatten und in allen Ländern die Wirtschaft zugrunde richteten, konnten sie sich nur mit Hilfe ihrer ideologisch-fanatizierten Geheimpolizei an der Macht halten. Zugleich machten sie anständigen Bürgern, die frei leben wollten, das Leben zur Hölle, sodass die lieber unter großen Risiken in den freien Westen flüchteten.

Wer sich wundert, dass ein solches primitives Propagandabild Anfang und Mitte der 1960er Jahre in einer westdeutschen Bezirkshauptstadt wie Trier noch möglich war, der sollte zur Kenntnis

nehmen, dass der Stadtrat von Trier erst über 65 Jahre nach dem Ende der NAZI-Herrschaft, also erst vor kurzem, Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft aberkannt und seinen Namen aus dem „Goldenen Buch“ der Bischof-Stadt gestrichen hatte.

Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung der Begegnung mit Kurt für meine weitere Entwicklung deutlich. Es war wie ein einjähriges, ganz privates, extrem intensives Seminar in Marxismus-Leninismus, in dem ich lernte, anhand von Beispielen, die mitten aus dem realen Leben gegriffenen waren, die Instrumente der marxistischen Analyse zu beherrschen. Das erscheint mir heute immer noch weitaus wichtiger, als in jeder Lebenslage ein Zitat von Marx oder Engels auf den Lippen zu haben.

Dennoch hatte ich lange Zeit große Probleme auch nur irgendetwas Positives an dem „Real existierenden Sozialismus“ der DDR oder der SU zu finden. Zu tief eingeeignet und nachhaltig wirkte die anti-kommunistische Indoktrination, die überall in der BRD an der Tagesordnung war. Zugleich aber entfernte ich mich zunehmend von den so genannten „Linksextremisten“ der 1968er Studentenbewegung. Deren oft widersprüchlichen Vorstellungen ließen sich zwar problemlos in den dünnen Sphären ihrer linken Wolkenkuckucksheime auf einen Nenner bringen, aber hart im Raum der Realität prallten sie aufeinander.

Nach fast einem Jahr war ich dann so weit, dass ich mit Kurt, der sich kurz zuvor als DDR-Bürger zu erkennen gegeben hatte, doch nach Ost-Berlin, in die Hauptstadt der DDR fuhr. Daran hatte ich die Bedingung geknüpft, auf jeden Fall eine LPG und einen Industriebetrieb zu besuchen, wo ich auch mit der Belegschaft sprechen wollte. Nachdem das und der Rest des einwöchigen Programmes absolviert waren, war ich so begeistert, dass ich in der DDR bleiben wollte, um beim Aufbau des Sozialismus mitzumachen. Ich wollte nicht einmal mehr zurück nach Mainz, um meine wenigen Habseligkeiten zu holen. Diesen Wunsch drückte ich auch gegenüber den drei Männern aus, die sich am letzten Tag zu Kurt und mir gesellt hatten. Es ist dieser Moment, den ich so oft in meinen Gedanken wiedererlebt habe, besonders nach der Einverleibung der DDR.

Ich erinnere mich, als wäre es gestern, als Jürgen R., der Wortführer der drei dazu gekommenen Genossen meine Bitte freundlich aber bestimmt mit einem: „Nein! Nein!“ beantwortete und dann hinzufügte. „Wir haben hier genug Leute, die den Sozialismus aufbauen.“

Mit einem Verweis auf einen noch recht aktuellen Spiegelartikel, in dem auf einige Versorgungsschwierigkeiten und andere Probleme in der DDR eingegangen wurde, stellte ich seine Aussage in Frage, dass es genug Leute zum Aufbau des Sozialismus gäbe. Zu meinem nicht geringen Erstaunen versuchte Jürgen gar nicht erst das als „westliche Lügenpropaganda“ wegzuwischen und bekannte:

„Natürlich haben wir viele Probleme. Und natürlich machen wir auch Fehler. Und wir werden sicher auch in Zukunft Fehler machen. Aber den Hauptwiderspruch (er meinte die Vergesellschaftung der Produktionsmittel) haben wir gelöst. Und wir haben auch schon viel erreicht. Denn wenn heute die Fabrikbesitzer oder die Junker zurückkämen, um wieder ihre Unternehmen oder ihre Schlösser und Ländereien in Besitz zu nehmen, dann würden die Leute sie mit Knüppeln davonjagen“. Dann fügte Jürgen hinzu: „Wenn Du unbedingt beim Aufbau des Sozialismus mitmachen willst, dann kannst Du uns helfen, ihn gegen die Gefahren aus dem Westen zu schützen, z. B. gegen die Bedrohung durch die NATO. Solche Leute brauchen wir.“

Die Intensität seiner Worte und die ehrliche Überzeugung, die aus ihnen sprach, hatten in diesem Augenblick alle in mir verbliebenen Zweifel beseitigt. Ohne weiter zu zögern, machte ich den entscheidenden Schritt, den ich bis heute nicht bedauere. Es hatte allen Sinn der Welt, dass ich ohne weitere Diskussion die Verpflichtungserklärung unterschrieb. Dabei sagte Kurt einen Satz, den ich erst viel später verstehen sollte: „Wenn Du das richtig anstellst, kannst Du allein zu einer ganzen Armee werden“. Seine Aussage sollte sich als geradezu prophetisch erweisen.

Ende 1994, bei meiner Gerichtsverhandlung vor dem OLG-Düsseldorf, bezeichneten die Gutachter der NATO und der Bundeswehrführung meine nachrichtendienstliche Arbeit für die HVA im Nervenzentrum des NATO-Hauptquartiers in Brüssel im Kriegsfall als GAU, d.h. als größten anzunehmenden Unfall für das transatlantische Bündnis. Auch das OLG hielt in seiner Urteilsbegründung für meine zwölf Jahre Haft, die ursprünglich viel höher angesetzt war, fest, dass die von mir an die HVA gelieferten Informationen „im Ernstfall kriegsentscheidend“ gewesen wären.

Auf meinen bereits während des Prozesses erhobenen Einwand, dass es ja nicht darum gegangen war, einen Krieg zu gewinnen, - denn was wäre danach von Europa übriggeblieben, - sondern darum, einen Krieg zu verhindern, war das Hohe Gericht nicht eingegangen. Aber das hatte ich ohnehin nicht erwartet.

Schwer getroffen hat mich dagegen, dass sich Jürgen R. mit seiner Einschätzung der Reaktion der DDR-Bürger auf eine Rückkehr der Junker und Privat-Unternehmer so fundamental geirrt hatte. Niemand hat im entscheidenden Moment die zurückkehrenden Fabrikbesitzer und Junker mit Knüppeln davongejagt.

In den Jahren der aktiven Zerstörung der DDR, in den Jahren meiner Haft und danach, immer wieder musste ich daran denken. Statt zu den Knüppeln zu greifen, haben „die Leute“ lieber ihr sozialistisches Erbe leichtfertig für eine wässrige Erbsensuppe verkauft und gierig nach den falschen Versprechen der DM gegriffen. Bedauere ich deshalb vielleicht doch meine Entscheidung? Keineswegs!

Schlusswort.

Als ich vor einigen Jahren anlässlich einer wissenschaftlichen Konferenz über die HVA an der Süddänischen Universität von Odense von der Korrespondentin eines dänischen TV-Senders gefragt wurde, warum ich mich für ein solch unmenschliches Regime wie die DDR eingesetzt habe, in dem doch Hunderte von Dissidenten im Gefängnis gesessen hätten, gab ich der Dame folgende Antwort:

„Gestern sind die Ergebnisse einer Untersuchung veröffentlicht worden, wonach im reichen Deutschland fast 2,5 Millionen Kinder unter der Armutsgrenze leben müssen. Sie haben oft nicht einmal genug zu essen und vom gesellschaftlichen Leben sind sie weitgehend ausgeschlossen. In der DDR dagegen gab es keine armen Kinder. Heute gibt es dort wieder arme Kinder, und nicht zu wenige. Wenn ich zu wählen habe, zwischen eingesperrten Dissidenten oder Kindern, die nicht in Armut leben müssen, dann entscheide ich mich immer für die Kinder.“

Meine dänischen Genossen sagten mir später, dass dieser Teil des Interviews nicht ausgestrahlt wurde.

„Schwer getroffen hat mich dagegen, dass sich Jürgen R. mit seiner Einschätzung der Reaktion der DDR-Bürger auf eine Rückkehr der Junker und Privat-Unternehmer so fundamental geirrt hatte. Niemand hat im entscheidenden Moment die zurückkehrenden Fabrikbesitzer und Junker mit Knüppeln davongejagt.“

Frieden ist ein hohes Gut –

um das es immer wieder aufs Neue zu kämpfen gilt; denn Kriege sind stets verbunden mit Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Dieter Skiba

Oberstleutnant a.D. und Buchautor

Mit Zusammenhängen von Krieg und Frieden sowie von Krieg und Kriegsverbrechen wurde ich bereits als Kind konfrontiert und das hat mich bis heute ins hohe Alter nicht losgelassen.

Als ich Ende September des Jahres 1938 geboren wurde, waren in Deutschland die Nazis bereits seit mehr als fünf Jahren an der Macht. Sie hatten schon kurz nach ihrer „Machtübernahme“ den Reichstag in Brand gesteckt und bereits Zehntausende Antifaschisten inhaftiert sowie so manch einen von ihnen bestialisch misshandelt oder ermordet, sich 1935 das entmilitarisierte Saarland „heim ins Reich“ geholt, im Frühjahr 1938 Österreich annektiert und als „Ostmark“ dem Deutschen Reich einverleibt. Sie schickten sich gerade an, das zum Staatsgebiet der CSR gehörende Sudetenland als neuen Reichsgau zu okkupieren, um dann im Frühjahr 1939 diesen Staat endgültig zu liquidieren und als Protektorat „Böhmen und Mähren“ zu deklarieren. Mit dieser Vergrößerung des von ihnen beherrschten Territoriums, dem damit verbundenen Zuwachs an ökonomischer Macht, militärischem Potential und politischem Einfluss wähten sich die damals in Deutschland Herrschenden - ebenso wie die derzeitig an der Macht Befindlichen - als zur Führungsmacht in Europa berufen und liebäugelten selbst mit dem Anspruch auf Weltherrschaft. Und weil es der internationalen Völkergemeinschaft damals nicht gelang, Revanchegeleüste und Expansionsdrang der aggressiven deutschen Imperialisten zu zügeln, zettelten sie nach dem I. auch den II. Weltkrieg an und zwangen fast ganz Europa unter ihr verbrecherisches Okkupationsregime. Mehr als 50 Millionen Tote und unermessliche materielle Schäden standen im Mai 1945 nach dem Sieg der Alliierten über das „Großdeutsche Reich“ und der Zerschlagung des faschistischen Herrschaftssystems zu Buche. Auch in meiner Familie und nahen Verwandtschaft gab es Opfer der Nazis und des Krieges zu beklagen. Einen meiner Onkel hatten die Faschisten bereits 1933 als Kommunisten schwer misshandelt und zum Invaliden geschlagen, zwei weitere kamen im Krieg für „Führer, Volk und Vaterland“ zu Tode und meine Großmutter verlor auf dem Treck aus Ostpreußen ihr Leben. Besonders aber ist mir in Erinnerung geblieben, wie meine Mutter als jung verheiratete Ehefrau ein Jahrzehnt lang um Leben und Gesundheit meines Vaters bangte, der 1939 zum Kriegsdienst in einer Artillerie-Einheit der faschistischen Wehrmacht eingezogen wurde und nach Kriegsende noch 3 Jahre in sowjetischer Kriegsgefangenschaft war.

Eingedenk dessen, was die deutschen Faschisten dem eigenen Volk und den von ihnen überfallenen Völkern an unendlichem Leid angetan haben, stand 1945 nach der Befreiung vom faschistischen Joch die Entmachtung der Kriegsbrandstifter und die Bestrafung der Nazi-Verbrecher in ganz Deutschland auf der Tagesordnung. „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Faschismus“ waren die Losungen des Tages und sie haben bis in die heutige Zeit nichts an Aktualität verloren.

Die nach der Liquidierung und Einverleibung der DDR territorial größer, politisch einflussreicher und militärisch stärker gewordene Bundesrepublik Deutschland sieht sich wieder zur „Führungsmacht“ in Europa berufen und giert sogar danach, neben den USA als „Ordnungsmacht“ weltweit mitzumischen.

Seit auch der auf den Posten eines Bundespräsidenten gehievte Pastor aus dem Hause von Alt-nazis zu mehr „globaler Verantwortung“ Deutschlands aufgerufen hat, wird immer ungenierter über eine „neue deutsche Weltpolitik“ sinniert. Weltweite Einmischung in „Konfliktlösungen“ nach deutschem Duktus (am „deutschen Wesen“ sollte schon einmal die Welt genesen) und vor allem Auslandseinsätze der Bundeswehr („Verteidigung von Freiheit und Demokratie“ nicht nur am Hindukusch) stehen auf der Agenda derjenigen, die mit dem christlichen Wort von „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ weniger zu schaffen haben, als mit ihren maßlosen Machtansprüchen und Profitinteressen. Sprüche wie „Deutschland muss in der Welt wieder mehr Verantwortung übernehmen“ erinnern mich doch sehr an ähnliche Ambitionen der Nazis im „Großdeutschen

Reich“ und wir alle wissen, wohin das führte. Und nicht zuletzt darum ist aktuellen Forderungen der Friedensbewegung vorbehaltlos zuzustimmen: Die Waffen nieder und Schluss mit Kriegen, Beendigung deutscher Kriegsbeteiligung unter scheinheiligen Vorwänden, Kooperation statt Konfrontation, internationale Solidarität und soziale Gerechtigkeit auch im eigenen Lande!

Es ist unbestreitbar: Krieg schafft nirgendwo Frieden. Imperialistische Kriege waren und sind stets auch verbunden mit Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In der DDR gehörte eine auf Frieden und Völkerverständigung gerichtete Politik zur Staatsräson. Bereits in der am 7. Oktober 1949 beschlossenen Verfassung wurde mit Artikel 5 bestimmt: „(1) Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts binden die Staatsgewalt und jeden Bürger. (2) Die Aufrechterhaltung und Wahrung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern ist die Pflicht der Staatsgewalt. (3) Kein Bürger darf an kriegerischen Handlungen teilnehmen, die der Unterdrückung eines Volkes dienen.“

Dieser Staatsdoktrin dienten u.a. das am 15.12. 1950 beschlossene Gesetz zum Schutz des Friedens sowie das Gesetz über die Nichtverjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen vom 15. September 1964. Im Strafgesetzbuch der DDR (12.1.1968) hieß es im 1. Kapitel ausdrücklich: „Die unnachsichtige Bestrafung von Verbrechen gegen ... den Frieden, die Menschlichkeit, die Menschenrechte und Kriegsverbrechen ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine stabile Friedensordnung in der Welt und für die Wiederherstellung des Glaubens an grundlegende Menschenrechte, an Würde und Wert der menschlichen Person und für die Wahrung der Rechte jedes einzelnen.“

Als Staatsverbrechen zu ahnden waren demnach u.a. Planung und Durchführung von Aggressionskriegen (§ 85), Vorbereitung und Durchführung von Aggressionsakten (§ 86), Anwerbung für imperialistische Kriegsdienste (§ 87), Kriegshetze und -propaganda (§ 89), Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 91), Faschistische Propaganda, Völker- und Rassenhetze (§ 92) und nicht zuletzt Kriegsverbrechen (§ 93).

Derlei auf Friedenssicherung und Ahndung von Verbrechen gegen den Frieden gerichtete Rechtsnormen sucht man in der „freiheitlich- demokratischen Rechtsordnung“ der BRD bis heute vergebens. Andererseits hielt die BRD stets daran fest, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert habe und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen sei (vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Juli 1973 zum Grundlagenvertrag). Und in der Begründung der Bundesregierung zum Einigungsvertrag vom 31. August 1990 heißt es: »Mit der Einbeziehung des anderen deutschen Staates in den Geltungsbereich des Grundgesetzes erlangt die mit dem Völkerrechtssubjekt ›Deutsches Reich‹ subjektidentische Bundesrepublik Deutschland ihre gebietsmäßige Vollständigkeit.«

Deshalb ist es für mich auch nicht verwunderlich, dass heutzutage noch immer alles versucht wird, den Klassencharakter des faschistischen Herrschaftssystems und des von den deutschen Faschisten als Vernichtungskrieg gegen andere Länder und den „Bolschewismus“ angezettelten II. Weltkrieges zu verschleiern und den Zusammenhang mit den von ihnen begangenen Verbrechen gegen andere Völker und das eigene Volk zu leugnen. So werden beispielsweise die Verbrechen der Nazis vordergründig auf „Rassenkampf“ und die damit einhergehende Judenverfolgung reduziert und der Systemcharakter faschistischer Herrschaftsmethoden sowie imperialistischer Raub- und Vernichtungskriege überhaupt in Abrede gestellt.

Mir persönlich wurde seit meinem 20. Lebensjahr die ehrenvolle Aufgabe und zugleich auch verantwortungsvolle Verpflichtung zuteil, als Angehöriger des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR unmittelbar an der völkerrechtlich gebotenen Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie der strafrechtlichen Verfolgung daran beteiligt gewesener Täter mitzuwirken. So war ich zunächst in Oranienburg u. a. mit der Suche nach ehemaligen SS-Schergen aus dem KZ Sachsenhausen befasst, ehe ich 1968 zur Abteilung 11 in der Hauptabteilung Untersuchung des MfS (HA IX/11) nach Berlin-Hohenschönhausen versetzt wurde. Seitdem war ich mehr oder weniger unmittelbar an allen Ermittlungen gegen in der DDR vor Gericht gebrachte Verfahren wegen Nazi- und Kriegsverbrechen beteiligt. Über den auf diesem Kampffeld von den Sicherheits- und Justizorganen der DDR geleisteten Beitrag ist bereits in dem beim Verlag „edition ost“ im Jahre 2002 herausgegebenen Buch „Die Sicherheit - Zur Abwehrarbeit des MfS“ im Band 2 auf

den Seiten 464 ff ausführlich berichtet worden. In unserem ebenfalls bei „edition ost“ 2016 erschienen Buch „Im Namen des Volkes“ haben Reiner Stenzel und ich als ehemalige mit faschistischen Massenverbrechen befasst gewesene Mitarbeiter des MfS darüber geschrieben und die in der DDR anhängig gewesenen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren gegen Nazi- und Kriegsverbrecher, die an faschistischen Tötungsverbrechen tatbeteiligt waren, aufgelistet. Im Osten Deutschlands hatten sich seit Mai 1945 bis 1990 insgesamt 12.890 statistisch erfasste Nazitäter vor Gericht zu verantworten.

Im anderen Teil Deutschlands waren es in dieser Zeit nur etwa halb so viele, obwohl die meisten an schweren Naziverbrechen beteiligt gewesenen Täter sich bei Kriegsende aus Angst vor „Vergeltung durch die Russen“ gen Westen abgesetzt hatten.

Nicht zuletzt durch meinen 32jährigen aktiven Dienst auf diesem Kampffeld ist mir nach meinen Kindheitserinnerungen an Kriegs- und Nachkriegszeit erst so richtig bewusst geworden, was Kriege und Kriegsverbrechen an menschlichem Leid mit sich bringen und welch hohes Gut ein Leben in Frieden und sozialer Geborgenheit ist, wie ich das in der DDR erleben durfte.

Manch einer der medial bejubelten und generös dotierten „Aufarbeiter“ bekommt wie bei einem Pawlowschen Reflex hysterische Schnappatmung, wenn von der DDR die Rede ist, von ihrer auf Frieden und Völkerverständigung gerichteten Politik und von dem in der DDR praktizierten Antifaschismus. Da wird nicht nur ahistorischer Schwachsinn verbreitet, sondern auch beispiellos niederträchtige Hetze betrieben, mit der die DDR für alles und jedes seit 1945 geschehene Unrecht verantwortlich gemacht und mit dem verbrecherischen Nazi-Regime gleichgesetzt wird. Das in der DDR angeblich praktizierte „Unrechtsregime“ soll demnach in weiten Teilen noch schlimmer als die verbrecherische Nazi-Herrschaft gewesen sein.

Und dass dies alles zudem noch mit einer unverschämten Glorifizierung der Adenauerschen BRD und scheinheiligem Getue von „Anstand“ und „Ehrlichkeit“ im Umgang mit deutscher Geschichte einhergeht, ist unerträglich. Mit ihrem primitiven schwarz-weißen Weltbild liegen solche Leute weit entfernt von geschichtlicher Wahrheit und Wahrhaftigkeit.

Dabei hätten doch nicht wenige von denen, die sich heutzutage alleinige Deutungshoheit über die DDR und deren Vergangenheit anmaßen und sich als ewige Rechthaber wähen, allen Grund, sich erst einmal mit dem auseinander zu setzen, was in dem Teil Deutschlands geschah, aus dem sie zumeist scharenweise hergekommen sind, ehe sie sich über den anderen deutschen Staat und seine Bürger hermachen, sie denunzieren, diskriminieren und kriminalisieren.

Auch wenn es uns trotz intensiver Suche und Aufklärungsarbeit nicht gelungen ist, alle und jeden in der DDR erkannt und unerkannt lebenden, an Nazi- und Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt gewesenen Tatverdächtigen aufzuspüren, zu überführen und vor Gericht zu bringen, so ist doch die immer wieder gegen die DDR und speziell das MfS ins Feld geführte Behauptung, Naziverbrecher seien hier vor Strafverfolgung geschont worden, um das öffentliche Ansehen des Antifaschismus als Staatsdoktrin der DDR nicht zu beschädigen, eine infame und skrupellos zelebrierte politische Lüge der sogenannten „Aufarbeiter“. Was diesbezüglich der Öffentlichkeit an Wahrheitswidrigkeit zugemutet wird, geht sprichwörtlich „auf keine Kuhhaut“. Nazi-Verbrecher gehörten für Antifaschisten nun einmal nicht zu denen, die wir nach dem sogenannten „Unsere-Leute-Prinzip“ auf unserer Seite der Barrikade zu unseren Leuten rechneten. Das war im Westen genau andersherum, wie nach über viele Jahrzehnte hinweg praktiziertem Leugnen heute auch unumwunden zugegeben wird. Und das mit der Begründung, dass solche Leute für den Aufbau der „freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung“ der BRD als „Sachkenner“ und „Fachleute“ gebraucht wurden. Dass da Altfaschisten und selbst Massenmörder zu Edeldemokraten mutierten, wird beanstandungslos akzeptiert.

Wir, die wir uns als „staatsnahe“ Bürger der DDR für diesen deutschen Staat, für Frieden und Sozialismus mit Herz und Verstand eingesetzt haben und dafür von uns immer noch feindlich gesinnten geistigen Erben der deutschen Faschisten unverblümt öffentlich denunziert und politisch ausgegrenzt werden, haben keinerlei Grund oder sonstige Veranlassung, uns unserer Gesinnung und unseres Engagements für den deutschen Friedensstaat DDR zu schämen oder gar dafür Abbitte leisten zu müssen. Ich meine, wir brauchen uns für nichts und bei niemandem zu entschuldigen und schon gar nicht bei denen zu Kreuze kriechen, die sich als antikommunistische Hetzer und friedensgefährdende Kriegstreiber gerieren.

Nichts ist vergessen

Karl-Heinz Schmalfuß

Stellvertreter des Ministers des Inneren der DDR

Die Manifestation „Soldaten für den Frieden“ ist ein bedeutendes Dokument von Generalen und Offizieren der Nationalen Volksarmee der DDR. Sie enthält die vielfältigen Aktivitäten zum Schutz der Arbeiter-und-Bauern-Macht an der Seite der Sowjetunion, aber auch die Haltung zum Erhalt des Friedens im wiedervereinigten Deutschland.

Ich war Angehöriger des Ministeriums des Innern der DDR und solidarisiere mich mit dem Aufruf voll und ganz. Ich gehe davon aus, dass man das Soldat sein nicht zu eng sehen darf. Der Schutz der DDR und des Friedens vollzog sich auf einer breiten Basis. An ihr hatten neben der NVA, das MdI, das MfS, die Kampfgruppen der Arbeiterklasse und viele andere ihren Anteil. Äußere und innere Sicherheit bilden eine untrennbare Einheit, die umfassend gewährleistet werden musste.

Begriffe wie „Waffenbrüderschaft“, die „Freundschaft zum Regiment nebenan“ und die gute tägliche Zusammenarbeit spielten eine große Rolle. Bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen war die gegenseitige Hilfe besonders spürbar. Und vergessen wir es nicht: Die Deutsche Volkspolizei und die anderen Organe des MdI waren nach der Zerschlagung des Faschismus auf der Grundlage der Weisungen der Sowjetischen Militäradministration, der Aufgaben der Landesregierungen und den Beschlüssen der Partei-und-Staatsführung der DDR stets an den Brennpunkten des öffentlichen Lebens tätig.

Das betraf sowohl den Kampf gegen faschistische Elemente, die Durchführung der Bodenreform, die Enteignung der Monopolkapitalisten und die Überwindung des Spekulantenschiebertums. Die Anstrengungen waren auch darauf gerichtet, die umfangreichen Reparationsleistungen – den Wismut-Bergbau eingeschlossen – zu gewährleisten. Sicher zu schützen waren die Entfaltung des Volkseigentums sowie die Arbeit der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Gleichmaßen wichtig war die aktive Mitwirkung beim Aufbau einer neuen Gesellschaft und das Eintreten für die staatliche und internationale Anerkennung der DDR. Die DVP und die anderen Organe haben maßgeblich dafür gesorgt, dass die Bürger der DDR in Ruhe und Frieden leben konnten. Schließlich bildete das MdI auch das Mutterorgan für die anderen Sicherheitsorgane der DDR.

Mein Einstieg in die bewaffneten Organe der DDR begann 1955 als Unteroffizier bei den Inneren Truppen, meine Entlassung erfolgte 1990 mit dem Dienstgrad eines Generalleutnants. Ich denke, dass es von Interesse ist, meinen Werdegang etwas näher zu beschreiben.

Ich stamme aus einer vogtländischen Arbeiterfamilie. Das Leben verlief in sehr bescheidenen Verhältnissen, der Vater war oft arbeitslos. An den Besuch einer höheren Schule war nicht zu denken. Dann kam der Krieg, in dem einer meiner Brüder „auf dem Felde der Ehre“ fiel. Unsere Familie begriff immer mehr, dass das faschistische Deutschland zum Scheitern verurteilt ist. Aus Radio Moskau und der britischen BBC hörten wir, was sich in der Welt tatsächlich vollzog. Wir erlebten, wie Nazideutschland unter den Schlägen der Sowjetarmee und der anderen Alliierten zerbrach. Die gesellschaftlichen Verhältnisse begannen sich zu ändern, es wurden demokratische Grundlagen geschaffen. Ich konnte die Oberschule besuchen und das Abitur ablegen. Am neuen Leben beteiligte ich mich zuerst mehr gefühlsmäßig, danach immer bewusster. Ich wurde Mitglied der Freien Deutschen Jugend und der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 1950 trat ich der SED bei. Die Lehren von Marx und Engels überzeugten mich von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges. Beruflich wurde ich Neulehrer für Russisch und Latein, später Schulinspektor.

1955 folgte ich der Aufforderung der Partei, mich am Aufbau der bewaffneten Kräfte der DDR zu beteiligen. Nach kurzer Ausbildung und der Beförderung zum Leutnant wurde ich zunächst als Dolmetscher eingesetzt. Ich tat Dienst bei zwei sowjetischen Regiments-Kommandeuren, die als Berater bei den Inneren Truppen eingesetzt waren. Sie traten in jeder Hinsicht vorbildlich

auf und waren echte Vertreter ihrer Heimat. Von ihnen kam der Vorschlag und die Aufforderung, eine militäarakademische Ausbildung in Moskau zu absolvieren. Ich nahm den Vorschlag an, die Familie hatte ihm zugestimmt und die Leitung des MdI sanktionierte ihn. Ich empfand ihn als Auszeichnung für meine Arbeit und war stolz darauf.

Somit erhielt ich von 1956 bis 1960 eine militäarakademische Ausbildung am Militärinstitut in Moskau, die ich mit der Goldmedaille abschließen konnte. Noch heute bin ich der Sowjetunion für diese Möglichkeit dankbar. Das Studium erfolgte gemeinsam mit Offizieren aus Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn. Für die damalige Zeit war das ein Ausdruck der Zusammengehörigkeit des sozialistischen Lagers. Hier ist nicht der Platz, um über das Studium detailliert zu berichten. Nur so viel, dass die Wissensvermittlung grundsätzlich von den Lehren des Großen Vaterländischen Krieges ausging, dass sie auf hohem Niveau verlief und ihr immer eine beispielhafte Exaktheit zu Grunde lag. Wir wurden stets freundschaftlich, zuvorkommend und mit großer Aufmerksamkeit behandelt.

Natürlich war der Aufenthalt in der Sowjetunion auch geprägt durch das Kennenlernen der Menschen, ihrer Sitten und Gebräuche und ihrer materiellen Möglichkeiten. Großzügig wurde uns die russische und sowjetische Kultur erschlossen. Viele Feste feierten wir gemeinsam. Stets wurden wir als Freunde aufgenommen.

Doch das ist nur die eine Seite. Gesehen haben wir auch, dass die Wunden des vom faschistischen Deutschland angezettelten Krieges bei weitem noch nicht getilgt waren. Vergessen wir nicht, dass 27 Millionen Menschen starben, Tausende Städte und Dörfer in Mitleidenschaft gezogen und Industrie, Landwirtschaft und das Verkehrswesen schwer geschädigt wurden. Es waren Deutsche, die die Kulturstadt Leningrad weitgehend zerstörten und über eine Million Menschen dem Hungertod auslieferten.

Der Wiederaufbau wurde zwar vehement vorangetrieben, aber ihm standen auch nicht wenige Schwierigkeiten und Hindernisse entgegen. Die Menschen lebten in Armut, doch der Wille zum Leben war unverkennbar.

Für uns war daraus die Schlussfolgerung abzuleiten, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, dass von Deutschland und den Deutschen nie wieder ein Krieg ausgeht. Mit dieser Verpflichtung begann auch ich meine Arbeit nach dem Studium. Ich wurde als erster Absolvent einer Militäarakademie dem Stab des MdI zugeordnet und arbeitete dort bis Ende 1964 in verschiedenen Funktionen. Der Stab des MdI war 1959 mit dem Ziel gegründet worden, die Anstrengungen des MdI zu koordinieren, um wirksam gegen den Kalten Krieg vorgehen zu können.

Bereits 1946 waren imperialistische Kreise – vornehmlich in den USA und England – zur Auffassung gelangt, dass der Kommunismus, „das Reich des Bösen“, eine Bedrohung darstellt und vernichtet werden muss. Ohne auf den militärischen Faktor zu verzichten, sollte das vor allem mit dem riesigen Wirtschaftspotential der USA unterhalb der atomaren Schwelle erfolgen. Dafür bürgerte sich der Begriff des „Kalten Krieges“ ein. Die Sowjetunion sollte auf Grund ihrer relativen kriegsbedingten Schwäche damit in die Knie gezwungen werden. Die Maßnahmen dazu wurden allseitig und sorgfältig vorbereitet und schrittweise durchgesetzt. Eckpunkte waren: die Abkehr von den Beschlüssen von Jalta und Potsdam, der Marshallplan, die Gründung des Separatstaates BRD, die Bildung der NATO und der EU. Nehmen wir den Staat BRD. Er wurde 1949 geschaffen. Als Führungskräfte wurden weitgehend Mitglieder der NSDAP genutzt, darunter auch direkte Kriegsverbrecher. Die Richter, Diplomaten, Militärs, Geheimdienstler, Polizisten und Beamte aller Stufen waren weitgehend die alten. Für die Auswahl trug Herr Globke im Auftrag Adenauers die volle Verantwortung. Bei Hitler war er für die Kommentierung der Rassengesetzgebung, der Judengesetze, zuständig.

1949 waren die Führungskräfte des Bundesministeriums des Innern zu 54 Prozent, des Bundesnachrichtendienstes zu 57 Prozent und des Bundeskriminalamtes zu 75 Prozent Mitglieder der NSDAP.

Im Rahmen des Kalten Krieges spielte Westberlin eine herausragende Rolle. Der ungeklärte Status dieser Stadt erwies sich als ein Faustpfand ersten Ranges, er war von strategischer Bedeutung. Westberlin wurde als Schaufenster der westlichen Welt ausgebaut. Hier konzentrierten sich die Geheimdienste aller Couleur, über sie lief die organisierte Abwerbung von Spezialisten

und Bürgern aus der DDR, es war ein Zentrum der Wirtschaftsmanipulation und man lebte dazu noch billig mit Produkten und Lebensmitteln aus Ostberlin. Durch alle diese Machenschaften wurde der DDR ein enormer Schaden zugefügt. Das täglich mit ansehen zu müssen, war für uns alle unerträglich. Diesem Treiben musste ein Ende gesetzt werden. Die Sowjetunion versuchte das auf vielfältige Weise. Am Ende entschlossen sich die Staaten des Warschauer Vertrages, am 13. August 1961 die Grenze zu Westberlin und zur BRD dicht zu machen. Es wurde die Berliner Mauer errichtet, weitere Grenzbefestigungen geschaffen und ein spezifisches Grenzregime eingeführt. An der Organisation und Durchführung dieser Maßnahmen war ich unmittelbar beteiligt. Ich habe sie in dieser Situation für zweckmäßig und richtig gehalten.

Die Maßnahmen vom 13. August 1961 führten zu einer deutlichen Beruhigung der Lage, aber eine generelle Entschärfung der Situation trat nicht ein. Die DDR vermochte ihr friedliches Aufbauwerk fortzusetzen und konnte nachhaltige Erfolge erzielen. Bedeutsam waren auch ihre internationale Anerkennung und die Aufnahme in die UNO. Die äußere und innere Sicherheit des Landes wurden immer besser gewährleistet, die territoriale Verteidigung stand auf fester Grundlage.

Anfang der 80er Jahre begann jedoch für die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder eine Situation, die durch zahlreiche Schwierigkeiten gekennzeichnet war. So führte die militärische Hilfe der Sowjetunion gegenüber Afghanistan nicht zu den erhofften Ergebnissen. Sie forderte nicht wenige Opfer und nahm riesige Mittel in Anspruch. Das behinderte wesentlich die weitere Entwicklung und die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages und ging somit auch an der DDR nicht vorbei. Mit Hilfe von Glasnost und Perestroika versuchte die Sowjetunion das wieder in die Reihe zu bringen, aber es gelang nicht. Die Probleme und Schwierigkeiten nahmen zu und waren immer schwerer beherrschbar. Das war natürlich Wasser auf die Mühle gegnerischer Kräfte, die intensiv versuchten, diesen Prozess zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Die Ereignisse der Jahre 1989/1990 in der DDR habe ich noch deutlich vor Augen. Sie zeigten, wie überaus kompliziert die Lage und wie schwierig sie im Griff zu behalten war. Die Partei- und Staatsführung der DDR war ihrer nicht mehr Herr. Sie hatte weder eine klare Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Lage des Landes noch war ihr ausreichend bewusst, wie Glasnost und Perestroika die Bevölkerung beeinflussten und mit welcher nachhaltiger Wirkung die verschiedenen Einrichtungen der BRD – insbesondere die Massenmedien – die Stimmung aufheizten. Doch muss man ihr letztendlich zubilligen, dass sie verantwortungsbewusst gehandelt hat, indem sie den Vorschlägen von Mdi, MfS und NVA zur friedlichen Lösung der Probleme folgte. Der Volkspolizei und den anderen bewaffneten Organen der DDR war nicht zuzumuten, dass ungelöste politische Probleme mit polizeilichen oder militärischen Mitteln gelöst werden.

Aber es war für uns alle eine große Tragik, erleben zu müssen, wie mit dem Zerfall der Berliner Mauer symbolisch auch die Sowjetunion und das sozialistische Lager zerfielen und sich aus der Weltpolitik verabschiedeten. Der Sozialismus war in dieser Situation dem Kapitalismus unterlegen. Er war ökonomisch einfach zu schwach, um sich durchsetzen zu können. Die Folgen des 2. Weltkrieges waren noch nicht überstanden und die Ausgaben für Bewaffnung und Verteidigung überforderten die Länder des Warschauer Vertrages.

Natürlich war auch die DDR an einer Wiedervereinigung Deutschlands interessiert, jedoch hätte das unserer Auffassung nach auf sozialistische Weise geschehen sollen. Stattdessen wurde auf die DDR das kapitalistische Wirtschafts- und Lebenssystem übertragen. Die volkseigene Industrie wurde dichtgemacht. Es begann eine umfangreiche Herabwürdigung des Lebens in der DDR. Westdeutsche Richter bestrafte Funktionäre der DDR wegen der Vorkommnisse an der Grenze. Für die bewaffneten Organe und Angehörige des öffentlichen Dienstes erfolgten drastische Rentenkürzungen. Zur Abrechnung mit dem MfS wurde die Gauck-Behörde gebildet. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Zur Wiedervereinigung Deutschlands gehört auch der Zwei plus Vier-Vertrag. Er hatte besonders für die Sowjetunion ernste Folgen. Sie musste sich verpflichten, ihre Truppen bis 1994 aus Deutschland zurückzuziehen. Die USA gingen eine solche Verpflichtung nicht ein.

Außenminister Baker erklärte zwar mündlich, dass die NATO nicht nach Osten ausgedehnt werden soll, seine Worte erwiesen sich aber als eine bewusste Lüge. Offensichtlich haben sich die USA für Deutschland und Europa ein Bleiberecht auf Ewigkeit gesichert. Das Hauptziel ist dabei, Russland im Würgegriff zu behalten. Auf dieses Ziel ist die Militärpolitik der USA, der weitere Ausbau der NATO und die Mitwirkung politischer Helfershelfer ausgerichtet. Für diesen Zweck ist auch das Weißbuch der BRD neu verfasst worden. Die Strategie des Kalten Krieges hatte gefährliche Auswirkungen. Die Kriegsgefahr ist gewachsen. Russland befindet sich im direkten Zangengriff der NATO. Die Vorposten der NATO sind nun im Baltikum, in Polen, auf dem Balkan, in Georgien und in weiteren Ländern. Der Staatsstreich in der Ukraine wird besonders von den USA genutzt, um Russland weiter zu schwächen. Die Wiederangliederung der russischen Krim an das russische Mutterland wird dreist als Aggression aufgefasst und als politisches Druckmittel ausgebaut.

Somit ist für die Erhaltung des Friedens in der Welt eine ernste Gefahr entstanden, gegen die mit den zur Verfügung stehenden Mitteln angekämpft werden muss.

Wir sollten mit unserer Erfahrung und unserem Wissen alles tun, um die Öffentlichkeit auf das drohende Unheil aufmerksam zu machen, jeder an seinem Platz und mit seinen Möglichkeiten.

In Deutschland und Europa brauchen wir weder amerikanische Truppen noch amerikanische Atomwaffen. Ich sehe auch keine Existenzberechtigung für die NATO. In der Politik der früheren Jahre gab es zwei bedeutsame Losungen: „Hände weg von Russland“ und „Ami go home“. Sie sind aktueller denn je.

Gute Nachbarschaft und friedlicher Handel

Willy Wimmer

Ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministers der Verteidigung mit besonderer Verantwortung für die Integration der Streitkräfte in Deutschland und der Beziehungen zur Westgruppe der Truppen.

Ex-Vizepräsident der OSZE.

Es ist in der deutschen und europäischen Militärgeschichte ein einmaliger und hoch zu schätzender Vorgang gewesen, in welchem konstruktiver Weise die bewaffneten Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik in der Nationalen Volksarmee den Prozess in Europa, der zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands geführt hat, angestoßen, begleitet und erfolgreich zu Ende geführt haben.

In der geschichtlichen Stunde für die deutsche Nation und nach den bitteren Jahren der teilungsbedingten Probleme wussten die bestimmenden Kräfte in diesen deutschen Streitkräften um ihre historische Verantwortung.

Dieser Verantwortung sind sie in überzeugender und historisch einmaliger Weise gerecht geworden. Dafür gebührt den Angehörigen der Nationalen Volksarmee der Dank aller Deutschen, unbeschadet der Ereignisse, die nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8./9. Mai 1945 das Leben in einem geteilten Land bestimmt haben.

Die Angehörigen der Nationalen Volksarmee gehörten als Speerspitze der Streitkräfte des Warschauer Paktes zu denen, die die Folgen einer militärischen Auseinandersetzung in Europa und damit in Deutschland beurteilen können. Es zeichnet die Verfasser dieses Aufrufs aus, dabei die historische Entwicklung und die daraus resultierende Verpflichtung deutlich in ihrem Aufruf anzusprechen.

Wenn sie dabei auch die Menschen in der Russischen Föderation ansprechen, dann geschieht das in Übereinstimmung mit dem Denken und den Wünschen ihrer Landsleute in allen Teilen des wiedervereinigten Deutschland.

Das bis heute fortdauernde Elend in Europa, das durch zwei Weltkriege hervorgerufen worden ist, verpflichtet alle Völker und Staaten zu guter Nachbarschaft und friedlichem Handel.

„Ächten Sie die Kampfdrohnen“

Der Ruf im Bundestag

Laura von Wimmersperg

Friedensaktivistin

Berliner Friedenskoordination

Im Januar 1945 musste unsere Familie aus Wroclaw, damals Breslau, flüchten. Breslau wurde zur Festung erklärt, also Kampfgebiet. Ich war damals 10 Jahre alt. Wie für die meisten Menschen nach dem zweiten Weltkrieg, war auch für mich Krieg nicht mehr denkbar. Aber eine bewusste aktive Haltung gegen Krieg bildete sich bei mir erst heraus als ich Lehrerin war und ich junge Menschen unterrichtete und ich nicht wollte, dass sie nicht ähnliches wie ich erleben sollten.

Als dann am 12. Dezember 1979 von der NATO die Stationierung von Atomraketen für Europa und damit auch in Deutschland beschlossen wurde, wollte ich etwas dagegen tun. Ich gehörte zu einem Kreis, der die erste Friedensinitiative in Westberlin, die FI Wilmersdorf, gründete. Seitdem arbeite ich in der Friedensbewegung, also seit 36 Jahren. Ich vertrat die FIW in der Berliner Friedenskoordination, einem Netzwerk sagen wir heute, zu dem sich viele weltanschaulich verschiedene Gruppen und Organisationen zusammenschlossen und deren Moderatorin ich nun mehr als 12 Jahre bin.

Anders als in den 80er Jahren, wo die FB nur die Atomraketen im Fokus hatte, häufen sich seit den 90er Jahren unsere Aufgabenfelder. Seit 2012 gehört die Arbeit gegen Kampfdrohnen auch dazu. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich ab, dass die Bundesregierung Drohnen, unbemannte Waffensysteme, für das Arsenal der Bundeswehr anschaffen will. Wir - die FB - lehnen diese Pläne strikt ab.

Einige der wichtigsten Argumente, die für eine solche Ablehnung sprechen:

- unbemannte Waffensysteme machen die Welt nicht sicherer. Im Gegenteil: die Schwelle zu Gewalteinsetzungen wird mit Drohnen gesenkt.
- das gezielte Töten einzelner ins Visier genommener Personen außerhalb von Kampfzonen, also ohne, dass sie den Status von Kombattanten haben, muss als Mord bezeichnet werden und verstößt gegen die Menschenrechtscharta der UNO und gegen das Völkerrecht. Der ins Visier Genommene kann zu dem Tatvorwurf, den man ihm macht, nicht Stellung beziehen, das bedeutet Aushebelung der Gewaltenteilung, der Grundlage unserer Demokratie.
- die Behauptung, Drohnen seien präzise Waffen, ist falsch. Zwar gibt es keine Zahlen offizieller Stellen. Aber die Menschenrechtsorganisation Reprieve schätzt, dass im Durchschnitt 28 unbeteiligte Personen auf eine Zielperson gerechnet werden müssen.

Die schwerwiegenden rechtlichen Ablehnungsgründe vermitteln uns aber nicht das übergroße Leid der Bevölkerung, die in solchen Gegenden, wo Drohnen eingesetzt werden, lebt. Folgen der ständigen Todesangst, vermittelt durch das ständige Surren über ihren Köpfen, sind schwere Traumatisierungen. Schilderungen von Drohnenangriffen sind selbst beim bloßen Lesen schwer zu ertragen.

Die Entwicklung der Drohnen zu autonomen unbemannten Waffensystemen, die sich ihre Ziele selbst suchen, um sie auszuschalten, setzt einen weiteren Rüstungswettlauf in Gang. Experten befürchten außerdem, dass, anders als bei Atomwaffen, nichtstaatliche Akteure autonome Waffensysteme in absehbarer Zeit einfach und günstig herstellen und sprechen von Drohnen als Kalaschnikows der Zukunft.

Der Physiker Marcel Dickow von der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) warnt, dass für unbemannte bewaffnete Luftfahrzeuge „der Pfad in die Autonomie nicht mehr zu stoppen sei“. Dickow rät darum, dringend von der Bewaffnung unbemannter Systeme abzusehen.

In Fachkreisen gilt die Drohnenentwicklung als die dritte militärtechnische Revolution nach der Erfindung des Schießpulvers und der Atomwaffen. Nachdem wir diese Informationen zur Kenntnis

genommen hatten, richteten wir in der Friedenskoordination eine ständige Arbeitsgruppe dazu ein.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl 2013 erstellten wir Wahlprüfsteine zum Thema „Anschaffung von Drohnen für die Bundeswehr“. Wir richteten die Anfragen an die in Berlin aufgestellten Kandidaten und an die im Verteidigungsausschuss arbeitenden Bundestagsabgeordneten der verschiedenen Fraktionen. Von den Befragten antworteten uns mehr als die Hälfte nicht.

Als wir erfuhren, dass im April 2013 das Thema „Anschaffung von Drohnen für die Bundeswehr“ zum ersten Mal im Bundestag zur Diskussion stand, und damit auch vor der Bundestagswahl, berieten wir, was wir tun könnten, um unserer Besorgnis Ausdruck zu geben.

Wir überlegten eine Aktion des zivilen Ungehorsams, in der Hoffnung, dem Thema damit mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen, denn die Medien schwiegen beharrlich. So entstand die Idee, dass wir zu viert während der Bundestagsdebatte mit rot angemalten, also symbolisch blutigen, erhobenen Händen von unseren Plätzen auf der Tribüne aufstehen, um mehrmals zu rufen „Ächten Sie die Kampfdrohnen“. Wir berieten uns mit einem Rechtsanwalt, der empfahl, keinen Redner zu unterbrechen, sondern die Pause zwischen zwei Rednern zu nutzen. Daran hielten wir uns. Ich denke wir haben drei-höchstens fünf Mal unsere Aufforderung den Abgeordneten zugerufen. Dann führten uns Sicherheitskräfte ab.

Diese Szene soll nach Roger Willemsen 20 Sekunden gedauert haben, sie ist in seinem Buch „Das hohe Haus“ auf Seite 221 genau dokumentiert. Er hat in seinem Buch wie auch in mehreren Interviews immer wieder wohlwollend darauf hingewiesen, dass dieser Protest der einzige während des ganzen Jahres, in dem er die Sitzungen des Bundestages beobachtete, war, der nicht vor der Haustür des Parlaments geblieben ist.

Florian Hahn, der nächste Redner am Pult, ermahnte uns oberlehrerhaft: „Das ist nicht demokratisch, was Sie hier auf der Tribüne tun. Setzen Sie sich bitte hin und folgen Sie einfach der Diskussion“. Roger Willemsen nennt ihn in seinem Buch „den entschiedensten Parteigänger dieser Waffentechnologie.“

Der Spiegel schreibt, Florian Hahn, CSU/CDU-Verteidigungspolitiker, ist in seiner Nebentätigkeit Aufsichtsratsmitglied des Technologiekonzerns IABG. Dieser Konzern macht seine Geschäfte neben anderen Rüstungsgütern vor allem mit Kampfdrohnen. Hahn erhält für diese Nebentätigkeit im Jahr bis zu 30.000 Euro. Laut Spiegel wird die Firma bei der Entwicklung der europäischen Kampfdrohne dabei sein, die 2025 einsatzbereit sein soll.

Wie Recht Roger Willemsen hatte, als er ihn den „entschiedensten Parteigänger“ für die neue Waffentechnologie nennt.

Nun hat sich die Bundesregierung allen Bedenken zum Trotz, dafür entschieden, bewaffnungsfähige Drohnen in Israel zu leasen. Sie sind gedacht als Überbrückung für die Zeit, bis 2025 die geplante Eurodrohne einsatzfähig sein soll.

Das Versprechen der Regierung im Koalitionsvertrag vor Anschaffung qualitativer neuer Waffensysteme ethische, sicherheitspolitische, völker- und verfassungsrechtliche Fragen sorgfältig zu prüfen, ist nicht eingehalten worden. Wir hätten es uns gewünscht, aber aufgrund unserer langjährigen Erfahrung in der Friedensarbeit haben wir es auch ernsthaft nicht erwartet.

Die Friedensbewegung ist eine von vielen außerparlamentarischen Bewegungen in unserem Land. Außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit sind unserer Ansicht nach zwei sich unverzichtbar ergänzende Seiten funktionierender, lebendiger Demokratie.

Das friedensfähige Deutschland muss erst wiederentdeckt werden

Über zwei friedenspolitische Aufgaben nach 1990

Unentdecktes Land e.V.

Ein antifaschistisches Projekt junger Menschen

www.unentdecktes-land.org

1. »Ein bisschen Frieden

Wenn Frieden heißt, dass keine Kugeln und Bomben auf dich einhageln, etwa, weil in einem gegebenen Land keine Kampfhandlungen staatlicher Armeen stattfinden, dann herrscht in der BRD der feinste, klarste Frieden. Zwar gibt es hierzulande Bundeswehreinätze im Inneren, und keineswegs nur gegen wirkliche oder vermeintliche Naturkatastrophen, sondern, wie etwa am 3. Oktober 2016, auch gegen allerlei Terrorgefahren, potentiell auch gegen Streiks und mehr. Aber so richtig akut am Ballern ist die Bundeswehr hierzulande offenbar bisher dann doch nicht, und insofern herrscht kein Grund für Aufregung, herrscht also Frieden. Dass sich Alt- und Neonazibanden mit ihrem Verfassungsschutzfilz professionell bewaffnen und vom Oktoberfest-Anschlag 1980 über Brandanschläge auf Asylantenheime seit den 1990er Jahren bis zur NSU-Mordserie völkisch-rassistischen politischen Terror verbreiten, könnte zwar als eine gewisse Einschränkung des Friedens und der „öffentlichen Sicherheit“ gedeutet werden. Aber da der Nazi-VS-Filz einmal nicht als staatliche Armee definiert wird und gelegentlich der eine oder andere, der es gar zu toll treibt, dafür auch mal eine Strafe von (nicht-militärischen) Gerichten der BRD erhält, redet auch niemand von einem „Bürgerkrieg von rechts“ oder dergleichen, und es herrscht also Frieden. Was Bundeswehr, diverse Polizeieinheiten und der Nazi-VS-Filz im Ausland so treiben, bleibt bei so einer Betrachtung zwar dahingestellt bzw. tunlich ausgeblendet. Aber dass „die da unten“ nicht so vernünftig und besonnen sein können wie „wir hier“ und es deswegen andernorts wilder hergeht, versteht sich hierzulande gern von selbst. Aufrüstung, Rüstungsproduktion, Waffenexporte könnten schließlich zwar als Indizien für gewisse gefährliche Entwicklungen aufgefasst werden, stehen aber auch nicht dem Befund entgegen, dass hier aktuell keine militärischen Auseinandersetzungen stattfinden. Wir können uns daher angesichts einer sehr unruhigen Welt beruhigt zurücklehnen: Hier herrscht Frieden.

Dieser Frieden, den wir mit und in der BRD bestenfalls kriegen können, erscheint bei genauer Betrachtung als ein eigenartiger, ja besonderer, höchstens höchst relativer Frieden: eine angespannte Feuerpause, ein zeitlich sehr befristeter Waffenstillstand zwischen Wirtschaftskrisen und faschistischen Gefahren, eine Galgenfrist und bloße Vorbereitungsphase für neue Kriege, ohne jede Aussicht darauf, die Waffen würden niedergelegt und die menschliche Entwicklung endgültig von der Kriegsgeißel befreit.

Man kann diesen Frieden mit einigem Fug und Recht als imperialistischen Grabfrieden deutscher Provenienz bezeichnen. Und wie sehr sich die Friedenskräfte auch anstrengen werden: Mit diesem Staat BRD kann es keinen besseren, keinen sichereren, keinen allgemeineren Frieden geben als den der latenteren oder offeneren Vorbereitung neuer Kriege gegen abhängige Länder und Staaten der kapitalistischen Konkurrenz, keinen anderen Frieden als den täglich weiter zerbröselnden und zerschossenen Waffenstillstand von 1945. So beschrieb es auch Bertolt Brecht 1954: „Die Kapitalisten wollen keinen Krieg. / Sie müssen ihn wollen. Die deutschen Kapitalisten haben zwei Möglichkeiten in einem Krieg. 1. Sie verraten Deutschland und liefern es an die USA aus. (Pétain.) 2. Sie betrügen die USA und setzen sich an die Spitze.“

So einen Frieden haben wir in der BRD: Altnazis und Revanchisten haben diesen Staat aufgebaut, der sich bis 1990 in einem permanenten gnadenlosen Wirtschaftskrieg gegen die Deutsche Demokratische Republik befand und die Territorien drei weiterer Staaten unmittelbar bedrohte, der seit 1990

mit militärischen Mitteln Jugoslawien zerstörte und auf Basis seiner Kriegs- und Naziprofite europaweit und weltweit den allgemeinen Wirtschaftskrieg schürt, der anderen europäischen Ländern Aufrüstungsprogramme aufdrückt und zugleich ihre Truppenteile in seine Befehlsgewalt bringt und in dessen Planzentralen die Schubladen so voll von offensiven Revancheplänen für passende Zeiten sind wie seine Fördertöpfe für Vertriebenenverbände und andere völkische Organisationen. Und während auf die Bundesrepublik keine einzige Bombe fällt, die die Relativität des bundesdeutschen Friedens auch den Letzten hier sinnfällig vorzuführen geeignet wäre, stolziert der deutsche Soldatenstiefel durch Weltteile in Ost sowohl als auch West, die die Nazi-Wehrmacht nie gesehen hat.

2. »Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg«

Nun haben wir alle mehr oder weniger die friedensbeseelten Schwüre westdeutscher Politiker seit 1945 in den Ohren, und der eine oder die andere glaubt diesen Beteuerungen wohl auch noch, denen zufolge z.B. der Zweite Weltkrieg eine missliche Affäre gewesen sein soll, die man doch besser vermieden oder wenigstens etwas geschickter und begrenzter zu führen gehabt hätte. Das ist mal eine offizielle Friedensposition in der BRD: „Nie wieder ungeschickte Angriffskriege!“ Bis 1971 hoch im Kurs und Schwange war auch die atemraubend fixe Idee, die Einverleibung der SBZ/DDR und gewisser Territorien Polens, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion würde eine allen wohltuende Befriedung der so rastlos nach Boden und Blut dürstenden revanchistischen BRD mit sich bringen. Westdeutsche Politiker nahmen diese ihre Haupt-Hausaufgabe der Etappe 1949-71 sehr ernst und klopfen regelmäßig west-alliierte Regierungstüren ab, ob sich wohl wieder Gestalten fänden, einen Einmarsch der Bundeswehrmacht in diesmal vorerst nur vier souveräne Staaten erneut als friedenssichernde Maßnahme auszugeben oder gar mit Atombombeneinsätzen zu flankieren. Und vor allem bierseligstes Vertrauen in die Friedensfähigkeit des deutschen Imperialismus war es dann auch und wieder und wieder, als die Welt 1990 der BRD das Versprechen abkaufte, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“ (siehe „Abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“). So rechtschaffen, redlich, ritterlich spricht, wer so reichlich Lohn dafür einstreicht – und wer wäre nicht zu noch ganz anderen Lippenbekenntnissen bereit, wenn ihm dafür eine Volkswirtschaft von Weltrang zum nach Belieben Ausweiden zugeschanzt würde? Wenn ihm dafür Raum und Möglichkeit gegeben würde, sich für 40 Jahre Antifaschismus, Antimilitarismus und Entmachtung des deutschen Kapitals auf 100.000 Quadratkilometern rücksichtslos zu rächen? Frieden als wohlfeile Handelsware: Kurze Phrasen für wuchtige Annexionen, das ist ein prima Schnitt.

Die maßgeblich von der BRD aus betriebene Zerschlagung Jugoslawiens folgte dem Fetzen Papier auf dem Fuße. Und bei allen ihren militärischen Aktivitäten seit 1990 spreizte sich die BRD wahlweise als „humanitärer Retter“ oder als „ehrlicher Makler“ und „Friedensmacht Deutschland“. Diese altbewährte Tradition imperialistischer Friedensdemagogie, dieses „Reden vom Frieden und rüsten zum Krieg“, wurde von den ersten Preußenkönigen über Bismarck und Wilhelm auf Hitler, Adenauer, Kohl, Schröder und Merkel weitervererbt und hochkultiviert und findet auch international an Perfidie nicht ihresgleichen. Die Erfahrung zeigt, dass im Kampf gegen neue deutsche Kriege keiner noch so beredten friedenspolitischen Absichtsbekundung, keinem noch so wohlfeilen Angebot der BRD, als „ehrlicher Makler“ zu fungieren, getraut werden kann. Die BRD ist nicht friedensfähig.

3. »Friede im Osten«

Wenn Frieden heißt, eine gesellschaftliche Entwicklung beinhaltet nicht die systematische Vorbereitung von Angriffskriegen, Eroberungskriegen, Weltkriegen, dann herrschte in der Deutschen Demokratischen Republik der feinste, klarste Frieden – allerdings ein dem Frieden in und durch die BRD diametral entgegengesetzter.

Der Frieden, für den die Deutsche Demokratische Republik einstand, war seinen Voraussetzungen und Zielen nach das genaue Gegenteil dessen, was in der BRD nur möglich ist: ein allgemeiner Frieden, ein wirklicher Vorschein des Weltfriedens, ein zwar noch bewaffneter Frieden aber mit Aussichten, dereinst die Waffen niederzulegen und die menschlichen Vermögen und Bedürfnisse fürderhin frei von kriegerischen Auseinandersetzungen zu entwickeln.

Aus der Sicht von Menschen aus der Deutschen Demokratischen Republik, aus der Vogelperspektive des gehabten Friedens Marke Warschauer Vertragsstaaten, erscheinen Kriege als reiner

Anachronismus, als Zudringlichkeiten von außen, als lästiges Hindernis für die gesellschaftliche Entwicklung. Die Kosten für Ausrüstung, Ausbildung und Unterhalt militärischer Formationen, die Kosten für Grenzbefestigungen und die Kosten für wehrpolitische Bildung werden als im Prinzip vergeudete Posten des gesellschaftlichen Produktionsfonds schmerzlich gespürt. Und wie spaßig auch immer der kameradschaftliche Abend in der NVA ausgefallen sein mag: Es ist im Grunde alles kein Spaß. Dieser Frieden muss halt bewaffnet sein – notgedrungen, unfreiwillig, nicht aus eigenem Antrieb, ohne jegliche offensiven Kriegsziele, einzig zur Wahrung seiner selbst.

So ein Frieden war das in der DDR, und für so einen Frieden steht die DDR auch heute und auf immerdar ein: Antifaschisten haben diesen Staat aufgebaut, um den Auftrag der Völker der Welt zu erfüllen und dem Befehl der Anti-Hitler-Koalition entschlossen Folge zu leisten, das Potsdamer Abkommen wenigstens in einem Teil Deutschlands umzusetzen. Gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands zum Hauptkriegstreiber Europas galt es nicht nur, sich zur Wehr zu setzen, sondern auch, sie vor aller Welt anzuzeigen, wie u.a. im „Braunbuch – Kriegs- und Naziverbrecher in der BRD und Westberlin“ geschehen. Allein dafür hat die Welt der DDR viel zu verdanken – selbst wenn die DDR nur ein lebloser Riegel vor diesem Staat BRD gewesen wäre. Die verschlagene Bestie des deutschen Eroberungskrieges über 40 Jahre lang politisch und militärisch im Zaum gehalten und regelmäßig ihre aggressive Fratze der Welt offenbart zu haben, ist allein ein unsterbliches Verdienst der DDR im Bunde der Warschauer Vertragsstaaten. Und wenn nicht von Westdeutschland und Westberlin aus Militarismus, Revanchismus, Wirtschaftskrieg und psychologischer Krieg die gesellschaftliche Entwicklung der DDR so massiv beeinträchtigt hätten, hätten auch ihre militärischen Formationen keine Funktionen auszuüben gehabt, wie sie hatten, und die „Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums“ wären bedeutend üppiger geflossen, als sie flossen. Die DDR war stets friedenswillig und friedensfähig. Und es war und ist der Staat BRD, der eine friedliche Entwicklung Deutschlands systematisch hintertreibt.

4. »Diese Grenze wurde aufgehoben, damit wir gemeinsam wieder in den Krieg ziehen«

Mit der Annexion der DDR räumte die BRD das Haupthindernis auf ihrem Weg zu neuen deutschen Kriegen auf den Müllhaufen. Die dem Imperialismus aufgezwungene relativ friedliche Koexistenz am deutschen Frontabschnitt des Weltklassenkampfes endete 1990 schlagartig. Zur friedenspolitischen Aufgabe, den deutschen Imperialismus vor aller Welt für die Remilitarisierung und die Förderung nazistischer und ultrarechter Kräfte in Deutschland und Europa zu denunzieren, tritt seither zusätzlich die friedenspolitische Aufgabe, die verbrecherische Annexionspolitik der BRD gegenüber der DDR im Besonderen zu denunzieren: den Raub und die Vernichtung des Volkseigentums der DDR-Bürger, die Deindustrialisierung und Entvölkerung ganzer Landstriche, die Entrechtung und Willkürjustiz im Zeichen des Antikommunismus, die Schleifung und Verhöhnung der antifaschistischen Kultur, die systematische Rekrutierung ostdeutschen Kanonenfutters aus dem Heer der staatlich erzeugten Massenarbeitslosigkeit. Und es gilt, wieder und wieder daran zu erinnern und zu zeigen, dass eine friedliche gesellschaftliche Entwicklung ohne neuerliche Kriegsvorbereitungen auch in Deutschland sehr wohl möglich ist, wenn nur erst die antifaschistisch-demokratischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, wie es in der Deutschen Demokratischen Republik der Fall war.

Mit dem Verein »Unentdecktes Land e.V.«, mit seinen Aktionen, seiner Bildungsarbeit und seinen Faktensammlungen, hoffen wir, einen den düsteren Gegebenheiten dieser Tage und den daraus entspringenden schwierigen friedenspolitischen Aufgaben entsprechenden Beitrag leisten zu können.

Bertolt Brecht 1954:

„Die Kapitalisten wollen keinen Krieg. Sie müssen ihn wollen.“

Siegt das Brot und der Wein
Über Pulver und Blei,
schmilzt Metall in gebändigten Flammen,
strömt der Wohlstand der Völker beruhigt und frei
in dem Reichtum der Menschheit zusammen.

Herrschaft des Volkes begann,
Pflüger, die Erde bestellt!
Wer dieses Leben lieb gewann,
kämpft für den Frieden der Welt!

Lied der Weltjugend (3. Strophe)

„Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, - ihr äußerster Grad ist der Tod.

Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.

Und doch wird nichts mich davon überzeugen, dass es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen.

Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Munde sind!

Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind. Und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden."

Bertolt Brecht

Auszug aus seiner Rede für den Frieden, 1952

